



**Abschlussbericht der Projekte
„Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“**

**der AGJF Baden-Württemberg und der
AGJF Sachsen**

Albert Scherr, Lena Sachs

unter Mitwirkung von:

Sarah Schmid, Martin Bachhofer, Nora Häuser, Kai Dietrich und Robin
Harder

Inhalt

Impressum.....	3
1. Einleitung.....	4
2. Junge Menschen mit Fluchterfahrung – eine Bewährungsprobe für die Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	5
3. Das Projekt „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“.....	9
3.1. Arbeitsprinzipien der OKJA.....	9
3.2. Zielsetzung des Projekts „Geflüchtete - Demokrat*innen von Anfang an“.....	11
3.3. Widerstände der Einrichtungen gegen die Teilnahme am Projekt.....	13
3.4. Strukturelle Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Teilprojekte.....	15
3.5. Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen des Projekts.....	19
4. Die wissenschaftliche Begleitung des Projektes	21
5. Zentrale Erkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitung.....	25
5.1. Konzeptionsentwicklung – eine Herausforderung für die Praxis.....	25
5.2. Konflikte bei der Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung und Ablehnungshaltungen innerhalb der OKJA.....	30
5.3. Die Zugänglichkeit des offenen Betriebs	57
5.4. Politische Bildung, Partizipation und Empowerment in den Teilprojekten.....	79
6. Hinweise und Empfehlungen für die Praxis der Offenen Kinder- und Jugendarbeit	95
Literatur.....	103

Impressum

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e. V.
Siemensstraße 11
70469 Stuttgart

Telefon: 0711 / 89 69 15 -0
Fax: 0711 / 89 69 15 -88
Mail: info@agjf.de
Internet: www.agjf.de

Vertretungsberechtigter Vorstand: Martin Wetzel, Patrick Burtchen
Vereinsregister: Amtsgericht Stuttgart
Registernummer: 4004

Stuttgart, Juni 2020

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V.
Neefestraße 82
09119 Chemnitz

Telefon: 0371 / 5 33 64 - 0
Fax: 0371 / 5 33 64 - 26
Mail: info@agjf-sachsen.de
Internet: www.agjf-sachsen.de

Vorstandsvorsitz: Prof. Dr. Sandra Zabel
Vertretungsberechtigter Vorstand: Anke Miebach-Stiens
Vereinsregister: Amtsgericht Chemnitz
Registernummer: VR 1433

Chemnitz, Juni 2020

1. Einleitung

Durch die Projekte „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“ der AGJF Sachsen (Januar 2019 bis August 2020) und der AGJF Baden-Württemberg (Oktober 2018 bis April 2020) sollten im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Begegnungen und gemeinsames Handeln von Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung gefördert sowie jungen Geflüchteten Erfahrungen mit sozialer Teilhabe, Verantwortungsübernahme, Mitbestimmung und Mitwirkung an Entscheidungsstrukturen ermöglicht werden. Ausgangsüberlegung des Projekts waren die Annahmen, dass die OKJA aufgrund ihrer Strukturprinzipien Offenheit, Freiwilligkeit, Niedrigschwelligkeit und Partizipation in besonderer Weise dazu geeignet ist, die soziale Integration und Partizipation junger Menschen mit Fluchterfahrung zu fördern und eine ihrer Stärken darin besteht, gleichberechtigte Begegnungen und soziale Kontakte zwischen Jugendlichen jenseits diskriminierender Unterscheidungen zu ermöglichen. Das Projekt „Geflüchtete - Demokrat*innen von Anfang an“ stellte dafür ein Experimentier- und Lernfeld zur Verfügung. Die Umsetzung des Projektes in Baden-Württemberg wurde vom Ministerium für Soziales und Integration gefördert, die Förderung für das Projekt in Sachsen wurde von der Robert-Bosch-Stiftung zur Verfügung gestellt.¹

Im Rahmen des Projektes wurden sechs Teilprojekte in Baden-Württemberg über 16 Monate und vier Teilprojekte in Sachsen über 13 Monate durchgeführt.² Die Förderung beinhaltete neben der finanziellen Unterstützung auch eine Begleitung und Beratung durch die Fachstellen der AGJF Baden-Württemberg und der AGJF Sachsen, regelmäßige Austauschtreffen zwischen den beteiligten Fachkräften sowie eine formative Evaluation durch die wissenschaftliche Begleitung.

Der vorliegende Abschlussbericht ist in Zusammenarbeit zwischen der Projektkoordination der AGJF Baden-Württemberg, der AGJF Sachsen und der wissenschaftlichen Begleitung entstanden. Nachdem im zweiten Kapitel eine allgemeinere Einschätzung der Ausgangslage junger Menschen mit Fluchterfahrung in der OKJA formuliert wird, werden die Projekte „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“ in Kapitel drei genauer beschrieben. Nach einer Darstellung des Vorgehens der wissenschaftlichen Begleitung im vierten Kapitel werden in Kapitel fünf die dabei entstandenen Erkenntnisse und sich daraus ergebende Überlegungen

¹ Der Robert-Bosch-Stiftung und dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg ist für die Finanzierung und das Ermöglichen der beiden Projekte zu danken.

² In Sachsen hat ein Teilprojekt die Teilnahme im Oktober 2019 aufgrund verschiedener Faktoren beendet. Gründe waren unter anderem personelle und strukturelle Veränderungen, eine unsichere finanzielle Zukunftsperspektive und Auseinandersetzungen um die politische Haltung der Träger und Fachkräfte vor Ort. Daraufhin wurde eine neue Einrichtung in Sachsen gefunden, die Anfang November die Projektarbeit aufnahm.

zu Herausforderungen, Potenzialen und Erfolgsbedingungen, die über den spezifischen Fokus der Projekte hinaus zu Klärungsprozessen in der OKJA auffordern, vorgestellt. In Kapitel sechs werden aus den Ergebnissen abgeleitete Hinweise und Empfehlungen für die Praxis der Offenen Kinder- und Jugendarbeit formuliert.

2. Junge Menschen mit Fluchterfahrung – eine Bewährungsprobe für die Offene Kinder- und Jugendarbeit³

Aus den gesetzlichen Vorgaben des SGB VIII ergibt sich eindeutig eine *Zuständigkeit* der offenen Kinder- und Jugendarbeit auch für junge Menschen mit Fluchterfahrung. Denn dort ist festgeschrieben, dass „jeder junge Mensch [...] ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung“ hat (§1). Eine Einschränkung in Bezug auf die Staatsangehörigkeit und den Aufenthaltsstatus erfolgt nicht, und zweifellos handelt es sich auch bei Geflüchteten um „junge Menschen“. Wie im Folgenden deutlich werden wird, können auch *spezifische Chancen und Potenziale* bestimmt werden, welche Offene Kinder- und Jugendarbeit mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung kennzeichnen: Jugendarbeit kann einen relevanten Beitrag zur Förderung der Entwicklung junger Geflüchteter leisten, und die Anwesenheit junger Geflüchteter in den Einrichtungen der OKJA eröffnet zugleich auch Lernpotenziale für die Mitarbeiter*innen und ihre sonstigen bisherigen Adressat*innen. Gleichzeitig aber ist festzustellen, dass damit auch spezifische *Herausforderungen und Probleme* einhergehen, die eine Bewährungsprobe für die Offene Jugendarbeit sind: Ob die Jugendarbeit ihrem gesetzlichen Auftrag, die Interessen junger Menschen aufzugreifen, sie „zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“ (SGB VIII, § 11) sowie ob sie den in ihren Theorien und Konzeption verankerten Ansprüchen gerecht wird, hat sich auch in ihrer Arbeit mit jungen Geflüchteten zu erweisen.

In der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung betritt die Jugendarbeit aber auch ein *gesellschaftspolitisches Konfliktfeld*: Denn die Frage, wer als ein Flüchtling anerkannt werden soll, der Anspruch auf Aufnahme und Schutz in Deutschland hat, verweist auf gesellschaftliche Konflikte, die im Fall drohender Abschiebungen in zugespitzter Weise deutlich werden (s. dazu Scherr/Inan 2017; Scherr 2015a und 2017). Eine Bewährungsprobe für die Jugendarbeit entsteht dabei insbesondere dann, wenn Geflüchtete, die an Angeboten der Jugendarbeit teilnehmen, aufgefordert sind, Deutschland zu verlassen und ihnen

³ Die folgenden Ausführungen sind überwiegend dem Text „Junge Flüchtlinge – eine Bewährungsprobe für die Offene Jugendarbeit“ entnommen, der im folgenden Sammelband erschien: Deinet U. (2019) (Hrsg.): Herausforderung angenommen. Offene Kinder und Jugendarbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 193 – 202. Für diese Dokumentation wurde der Text erheblich gekürzt sowie überarbeitet.

gegebenenfalls eine Abschiebung angedroht wird. Denn dann stellt sich für die Jugendarbeit die Frage, wie mit dem Spannungsverhältnis zwischen ihrem professionellen Mandat und den Vorgaben des Ausländerrechts umzugehen ist.⁴ Zudem hat die Zuwanderung von Geflüchteten inzwischen zu erheblichen Abwehrreaktionen geführt, die in der Bedeutungszunahme rechtspopulistischer Strömungen deutlich werden (s. Scherr 2018b). Es kann also keineswegs immer und überall vorausgesetzt werden, dass die Teilhabe von jungen Menschen mit Fluchterfahrung an Angeboten der Jugendarbeit und das Recht von Geflüchteten auf Angebote der Jugendarbeit, in der lokalen Öffentlichkeit, der kommunalen Politik oder bei den übrigen Adressat*innen, unumstritten ist. Zudem ist klärungsbedürftig, welche Formen der Unterstützung für junge Geflüchtete sich die Jugendarbeit zumuten und zutrauen kann, insbesondere dann, wenn es sich um junge Menschen handelt, die aufgrund ihrer Biografie und ihrer aktuellen Lebenssituation massiven psychosozialen Belastungen unterliegen. Die Präsenz von jungen Menschen mit Fluchterfahrung stellt also nicht nur eine große Chance für die Jugendarbeit dar; sie ist auch mit erheblichen Herausforderungen verbunden.

Im Folgenden werden einige Aspekte dieser Überlegungen etwas näher betrachtet.

Potenziale der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung

Zweifellos besteht eine spezifische Stärke der OKJA *erstens* darin, dass sie *Begegnungen und soziale Kontakte* zwischen Jugendlichen ermöglichen kann, die idealerweise Erfahrungen der gleichberechtigten Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Jugendhausbesucher*innen, der Anerkennung als gleichwertiges und gleichberechtigtes Individuum jenseits diskriminierender Unterscheidungen – etwa nach Staatsangehörigkeit, Hautfarbe, Religion oder Ethnizität – ermöglichen. In Verbindung mit der Chance der Partizipation und der Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsverfahren ermöglicht Jugendarbeit damit ein Lernfeld für eine politische Bildung, in der die Bedeutung von Demokratie und grundrechtlicher Prinzipien, insbesondere des Diskriminierungsverbots, erfahrbar wird. Dies kann potenziell auch mit Bildungsangeboten verbunden werden, die über den Erfahrungsraum Jugendhaus hinausgehen und zu einer Auseinandersetzung mit den Grundsätzen demokratischer Politik und der Bedeutung und Grund- und Menschenrechten anregen.

Aber bereits die Möglichkeit zu sozialen Kontakten mit einheimischen Jugendlichen ist für junge Menschen mit Fluchterfahrung schon deshalb in besonderer Weise wichtig, weil es in ihrer Situation (etwa: Wohnen in separierten Einrichtungen; unzureichende Sprachkenntnisse; ggf. keine Integration in Schulklassen) in besonderer Weise schwierig und zugleich in besonderer Weise wichtig ist, sich sozial integrieren zu können, Kontakte zu einheimischen Gleichaltrigen zu finden und Freundschaftsbeziehungen aufbauen zu können. Zudem sind junge Menschen mit Fluchterfahrung erheblichen Diskriminierungsrisiken ausgesetzt – der Ungleichbehandlung

⁴ Zu den Konflikten zwischen den Vorgaben des Kinder- und Jugendhilferechts und des Ausländerrechts s. Cremer 2014.

gegenüber Staatsbürger*innen im Aufenthaltsrecht, beim Arbeitsmarktzugang usw. sowie ggf. auch rassistischer Diskriminierung in der Öffentlichkeit und im Freizeitbereich – und damit zur Aufrechterhaltung ihrer Selbstachtung und ihres Selbstwertgefühls in besonderer Weise auf Anerkennungserfahrungen angewiesen. Jugendarbeit kann also dazu beitragen, dass Begegnungen, Beziehungen und Freundschaften zwischen einheimischen und Jugendlichen mit Fluchterfahrungen entstehen, die Erfahrungen von Zugehörigkeit und Anerkennung ermöglichen, die den informellen Spracherwerb fördern sowie dafür hilfreich sein können, dass Jugendliche mit Fluchterfahrung in informellen Lernprozessen ein Wissen über Normen, Werte, Gepflogenheiten und alltagspraktische Angelegenheiten in der Aufnahmegesellschaft erwerben. Die Möglichkeit zur Teilnahme an Angeboten der Jugendarbeit ist für junge Menschen mit Fluchterfahrung darüber hinaus auch deshalb in besonderer Weise wichtig, weil sie in Erstaufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften vielfach sehr beengten Wohnbedingungen unterliegen, die keinen zureichenden Raum für die Freizeitgestaltung bieten. Offene Jugendarbeit kann also einiges zu einer positiven Alltagsgestaltung und zur Förderung junger Menschen mit Fluchterfahrung beitragen.

Zweitens eröffnet die Anwesenheit von jungen Geflüchteten in der OKJA auch für die einheimischen Jugendlichen ein erhebliches Lern- und Bildungspotenzial. Denn die Präsenz junger Menschen mit Fluchterfahrung stellt eine Steilvorlage, eine geradezu ideale Bedingung für *gesellschaftspolitische Bildungsprozesse* in der Jugendarbeit dar: Sie fordert dazu auf, sich im Dialog und am Fall der anwesenden Geflüchteten mit Fluchtursachen, Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsrecht zu befassen und ist auch ein Anlass dafür, sich mit den Vorurteilen, den Ressentiments und den Ideologien zu beschäftigen, die zu Abwehrhaltungen und zu Feindseligkeit gegenüber Geflüchteten führen. Eine darauf ausgerichtete Bildungsarbeit findet die Chance vor, die Erfahrungen und das Wissen junger Menschen mit Fluchterfahrung aufzugreifen sowie sie aktiv in Dialog- und Projektformate einzubeziehen, in denen Geflüchtete und Einheimische miteinander und voneinander lernen können. Dies umfasst dabei aber auch Lernherausforderungen für die Mitarbeiter*innen. Denn um darauf ausgerichtete Bildungsformate initiieren und leiten zu können, ist es erforderlich, sich selbst ein Grundlagenwissen zum Themenkomplex ‚Flucht, Zwangsmigration, Menschenrechte, Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsrecht‘ zu erarbeiten.

In diesem Zusammenhang ist auch die gesellschaftlich im Kontext von Fluchtmigration virulente Thematik der *Werte Vermittlung* anzusprechen. Zweifellos kann die OKJA als ein Arrangement verstanden werden, das dazu geeignet ist, Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung im Alltag die Bedeutung von Werten wie Gleichberechtigung der Geschlechter, Akzeptanz sexueller Vielfalt oder Religionsfreiheit für das soziale Zusammenleben erfahrbar zu machen. Gleichteilig aber fordert die Präsenz von jungen Menschen mit Fluchterfahrung dazu heraus, einheimische Jugendliche zu einer Auseinandersetzung damit zu veranlassen, was die Grund- und Menschenrechte als deklarierte Wertegrundlage unserer Gesellschaft bedeuten sollen und bedeuten können, warum diese als gemeinsamer Rahmen für das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft unverzichtbar sind und in welcher Weise sie moralisch und rechtlich zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten verpflichten.

Welche Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrung erreicht die Offene Kinder- und Jugendarbeit?

Im Jahr 2017 hat die Forschungsstelle für sozialraumorientierte Praxisforschung und Entwicklung bundesweit Einrichtungen der OKJA zu ihrer Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen befragt. Rund 67 % der Einrichtungen gaben dort an, gezielt spezifische Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche anzubieten. Mehr als 45 % der befragten Einrichtungen verweisen auf einen Anteil geflüchteter Besucher*innen zwischen 11 und 30 Prozent (Icking 2019, S. 47). Die Studie zeigt damit zwar auf, dass die OKJA durchaus in erheblichem Umfang junge Geflüchtete erreicht. Als ungeklärt gelten muss jedoch, ob die OKJA tatsächlich für alle Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrung zugänglich ist. Dies ist insbesondere bei denjenigen fraglich, die in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, bei denen im näheren räumlichen Umfeld kein Jugendhaus existiert. Hinzu kommt, dass die Institution Offene Kinder- und Jugendarbeit in den Herkunftsländern von Geflüchteten gewöhnlich nicht bekannt ist. Auch deshalb ist fachlich zu fordern, dass es die Offene Kinder- und Jugendarbeit nicht den Zufälligkeiten der „Komm-Struktur“ überlässt, welche jungen Menschen mit Fluchterfahrung de facto Zugang zu ihren Angeboten finden oder nicht, sondern auch aktiv versucht, durch Formen der aufsuchenden Arbeit in Erstaufnahmeeinrichtung und Gemeinschaftsunterkünften Zugänge zu ihren Angeboten zu eröffnen.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein Zugang zu Erstaufnahmeeinrichtungen voraussetzungsvoll ist und eine deklarierte politische Absicht darin besteht, soziale Kontakte zwischen Einheimischen und Geflüchteten bis zu einer positiven Entscheidung über ihre Bleibeperspektive zu erschweren. Jugendarbeit wäre insofern auch darauf verwiesen, einen Zugang zu allen Flüchtlingsunterkünften aktiv einzufordern und den Anspruch aller jungen Menschen auf Angebote der Jugendarbeit in landes- und kommunalpolitischen Diskursen offensiv zu vertreten.

3. Das Projekt „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“

3.1. Arbeitsprinzipien der OKJA

Auch wenn die OKJA viele Freiräume bietet, sich an den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen orientiert und in der Regel kein festes Programm bietet, arbeitet sie nach bestimmten Leitlinien und Prinzipien, die die tägliche pädagogische Praxis strukturieren und professionalisieren.

In einer Broschüre der AGJF Baden-Württemberg werden diese Prinzipien wie folgt gefasst:⁵

„Offene Kinder- und Jugendarbeit hat seit ihrer Entstehung mit Blick auf gesellschaftspolitische und soziale Entwicklungen und auf der Basis theoretischer und empirischer Erkenntnisse ihre Arbeitsprinzipien deutlich formuliert. Diese sind wesentlicher Bestandteil der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Voraussetzung für ihren Erfolg.

Prinzip der Offenheit

Dieses Prinzip hat mehrere Aspekte:

- Alle Kinder und Jugendlichen können in die Einrichtungen kommen. Sie müssen keinerlei Voraussetzungen erfüllen. Offene Kinder- und Jugendarbeit beschränkt sich nicht auf bestimmte Zielgruppen.
- Es werden keine Themen und Inhalte einfach vorgegeben. Das, was Kinder und Jugendliche mitbringen, ist Thema. Dabei geht die Offene Kinder- und Jugendarbeit auf die verschiedenen Lebenslagen, Lebensstile und Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen ein.
- Offenheit bezieht sich auch auf die Zielsetzungen der pädagogischen Praxis. Die Themen und Anliegen der Kinder und Jugendlichen sind eigentlicher Arbeitsauftrag und keine „Störungen“ von Angeboten und deren (vorher definierten) Zielsetzungen. Diese Offenheit ermöglicht erst das Erreichen von pädagogischen Zielen.

Damit wird die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu einem Ort der Begegnung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlichster sozialer und kultureller Milieus.

Prinzip der Freiwilligkeit

Alle Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind freiwillige Angebote für Kinder und Jugendliche. Sie können und müssen selbst darüber entscheiden, was sie tun, was Thema ist und worauf sie sich einlassen. Motivation, Selbstbestimmung und das Erkennen eigener

⁵ https://www.agjf.de/files/cto_layout/Material/Publikationen/AGJF-zweite-Heimat-web.pdf, S. 14ff (Zugriff am 22.10.2019)

Bedürfnisse sind wesentliche Aspekte von Freiwilligkeit. Diese bilden einen Spannungsbogen zu teils notwendiger Verbindlichkeit und Kontinuität. Insofern hat das Prinzip der Freiwilligkeit, wie das der Offenheit, unterschiedliche Ebenen und Ausmaße. In Kooperation mit dem formalen Bildungsbereich steht es ganz oft infrage. Es ist jedoch für eine erfolgreiche Offene Kinder- und Jugendarbeit unabdingbar.

Prinzip der Partizipation

Kinder und Jugendliche sind nicht nur Adressaten und Adressatinnen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, sondern sie gestalten und bestimmen die Inhalte und Methoden entscheidend mit – sie partizipieren. Im Gegensatz z. B. zur Schule kann die Offene Kinder- und Jugendarbeit viele Möglichkeiten anbieten, in denen sich Kinder- und Jugendliche als aktive Gestalter*innen der angebotenen Räume und darüber hinaus einbringen können. ‚Wegen der fehlenden bürokratischen, formalen Bestimmungen, auf Grund der Freiwilligkeit des Kommens und der sich wandelnden Gruppenkonstellationen muss in jeder Einrichtung mit den Beteiligten im Aushandlungsprozess immer wieder aufs Neue geklärt werden, was Thema ist, welche Ziele und Inhalte daraus hervorgehen und wie diese methodisch zu realisieren sind‘.⁶ Partizipationserfahrungen können extremistischen Orientierungen entgegenwirken und sind wesentlicher Bestandteil politischer Bildung.

Lebenswelt- und Sozialraumorientierung

Lebensweltorientierung bedeutet: Lebenserfahrungen, Deutungsmuster und Perspektiven der Kinder und Jugendlichen auf ihre Umwelt und sich selbst werden wahrgenommen und ernst genommen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit bezieht sie in ihre Arbeit als grundlegendes Denk- und Handlungsprinzip und Ausgangspunkt der Arbeit mit ein. Das stellt sicher, dass Interessen und Bedürfnisse sichtbar werden. Ohne diese Orientierung kann Offene Kinder- und Jugendarbeit nicht erfolgreich arbeiten. Darin unterscheidet sie sich von anderen Bildungsinstitutionen. Sozialraumorientierung bedeutet, den umgebenden Stadtteil/die Gemeinde mit ihren Einrichtungen im Hinblick auf ihre Ressourcen für Kinder und Jugendliche in die Arbeit miteinzubeziehen. In den Blick kommen Räume, die Kinder und Jugendliche für sich erschließen und sich aneignen. In den Blick kommen aber auch Institutionen, die für Jugendliche eine – je eigene – Bedeutung haben (können).

Das Prinzip der Lebenswelt- und Sozialraumorientierung stellt sicher, dass Mitbestimmung, Bedarfsorientierung und differenzierte Angebote für unterschiedliche Milieus und Altersstufen umgesetzt werden.

⁶ Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz: Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Schweiz. Grundlagen für Entscheidungsträger und Fachpersonen, Moosseedorf 2007, S.4.

Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigt im Sinne des SGB VIII die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen, versucht Benachteiligung abzubauen und Gleichberechtigung zu fördern. Selbstbestimmte Geschlechtsidentität in vielfältigen Facetten wird sowohl in koedukativen wie in geschlechtshomogenen Angeboten gezielt gefördert.“⁷

3.2. Zielsetzung des Projekts „Geflüchtete - Demokrat*innen von Anfang an“

Mit den beschriebenen Arbeitsprinzipien erweist sich die Offene Kinder- und Jugendarbeit konzeptionell als das Arbeitsfeld, welches sich besonders für das Erreichen der Ziele des Projektes „Geflüchtete - Demokrat*innen von Anfang an“ eignet. Das Projekt zielte darauf, für einheimische und geflüchtete Jugendliche Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen sowie den jungen Menschen mit Fluchterfahrung Chancen demokratischer Mitwirkung aufzuzeigen und zugänglich zu machen. Ausgehend von der Partizipation und Mitbestimmung innerhalb der OKJA sollten ihnen Möglichkeiten der politischen Mitwirkung auch auf kommunaler Ebene aufgezeigt werden. Dabei war klar, dass dies eine anspruchsvolle Zielsetzung ist und es keineswegs davon auszugehen war, dass diese Zielsetzung im Projektzeitraum von 13 Monaten in Sachsen und 16 Monaten in Baden-Württemberg auch tatsächlich umfassend erreicht werden kann. In Bezug auf das Arbeitsfeld Offene Kinder- und Jugendarbeit könnte man das Ziel des Projekts auch wie folgt zusammenfassen:

„Die Offene Jugendarbeit nimmt ihren gesellschaftspolitischen Bildungsauftrag ernst und ergreift die Chance, die aus der Anwesenheit von Geflüchteten in der Jugendarbeit für die Ermöglichung von beidseitigen Bildungsprozessen bei einheimischen und geflüchteten Jugendlichen resultiert (...).“ (Scherr 2019, S. 200)

Für die unterschiedlichen Zielgruppen wurden im Vorfeld des Projekts detailliertere Ziele formuliert, die dem Projekt eine Richtung und Perspektive geben sollten:

Die *jungen Menschen mit Fluchterfahrung* werden als Individuen mit Bedürfnissen und Fähigkeiten wahrgenommen und ihr Potenzial für politisches und soziales Engagement wird gefördert. Sie können in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Erfahrungen von Teilhabe, Selbstwirksamkeit und Verantwortungsübernahme machen und werden nicht auf Spracherwerb bzw. auf berufliche Qualifizierung reduziert. Junge Menschen mit Fluchterfahrung erkennen ihre eigenen Interessen, lernen, sich adäquat zu äußern und werden

⁷ Aus: https://www.agjf.de/files/cto_layout/Material/Publikationen/AGJF-zweite-Heimat-web.pdf, S. 14-17 (Zugriff am 22.10.2019)

befähigt, sich mit den Interessen anderer auseinanderzusetzen, Kompromisse zu suchen, zu finden und diese gemeinsam umzusetzen.

Dieselben Ziele sollten auch für die *jugendlichen Stammesbesucher*innen* der Einrichtungen gelten. Zudem sollten diese Erfahrungen mit den jungen Menschen mit Fluchterfahrung austauschen, sich mit Vorurteilen auseinandersetzen und ihre unterschiedlichen Situationen in Bezug zueinander setzen⁸.

Die *Fachkräfte* reflektieren das demokratische Potenzial der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und ihrer Einrichtung und schöpfen es so weit wie möglich aus. Sie befördern Integrationsprozesse im Sinne eines Empowerments und erarbeiten konkrete Konzepte zum Umgang mit Betroffenen von Rassismus. Außerdem werden konkrete Konzepte zum Umgang mit Etabliertenvorrechten, Rassismus, Ablehnung von Asylbewerber*innen und anderen GMF-Facetten erarbeitet. Die Fachkräfte ermöglichen Kommunikation und Begegnung und initiieren gemeinsam mit Stammesbesucher*innen und jungen Geflüchteten Beteiligungsprozesse, die über die Einrichtung hinauswirken und setzen diese in Bezug zu laufenden oder geplanten Beteiligungsverfahren der Kommune.

Für die *Kinder- und Jugendarbeit als Arbeitsfeld* bewirkt das Projekt auch, dass sie sich ihrer demokratischen Potenziale zunehmend bewusst wird und diese gezielt in der täglichen Praxis realisiert. Die Kinder- und Jugendarbeit kommuniziert diese Potenziale zudem offensiv nach außen.

Die formulierten Ziele charakterisierten einen grundlegenden konzeptionellen Rahmen für die konkrete Praxis an den Projektstandorten. Darüber hinaus entwickelte jeder Projektstandort eigene Ziele für das jeweils eigene Teilprojekt. Diese Flexibilität ermöglichte es den lokalen Projektstandorten, die aktuellen Fragestellungen und Interessen der beteiligten Jugendlichen aufzugreifen sowie im lokalen Kontext zu entscheiden, ob z. B. ein Bedarf an Auseinandersetzung mit Abwehrhaltungen der bisherigen Besucher*innen gegenüber jungen Menschen mit Fluchterfahrung gegeben ist oder welche Formen der Partizipation realisiert werden können.

In der Ausschreibung an die Einrichtungen wurde das Ziel des Projektes so formuliert, dass junge Menschen mit Fluchterfahrung in der OKJA die Möglichkeit bekommen sollten, gemeinsam mit den bisherigen Stammesbesucher*innen demokratische Erfahrungen zu sammeln. In der Ausschreibung wurde angenommen, dass die Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit ihrer Arbeit und den eigenen Arbeitsprinzipien einen „Lernort für Demokratie“ schaffen, an dem die Kinder und Jugendlichen Schritt für Schritt lernen können, ihre Interessen zu erkennen, diese zu formulieren und gegenüber Anderen zu vertreten. Sie sollten lernen, an demokratischen Prozessen teilzunehmen und, dass sie auch über die

⁸ In den Teilprojekten wurden hauptsächlich Jugendliche als Zielgruppe angesprochen und erreicht.

Einrichtung hinaus Möglichkeiten haben, sich einzubringen und etwas in der Gesellschaft bewegen können - unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus.

Es wurden keine Vorgaben zu methodischem und inhaltlichem Vorgehen beschrieben. Auf welche Art und Weise und bei welchem Thema demokratische Erfahrungen gemacht werden, war den Teilprojekten überlassen.

Die Beschreibung von „demokratischen Erfahrungen“ wurde nicht detailliert ausgeführt und führte daher auch zu vielen Nachfragen aus den Einrichtungen. Damit war der Diskurs um das Demokratieverständnis der Fachkräfte und der Einrichtungen eröffnet. Was bedeutet Demokratie für jede*n persönlich? Welche Erfahrungen und Begriffe verbinden sich damit? Was bedeutet Demokratie für die konkrete pädagogische Praxis in den Einrichtungen?

Eine wichtige Rahmung des Projekts bestand in der Vorgabe, dass der Erfolg nicht allein daran zu bemessen ist, ob die Zielsetzungen von den Teilprojekten auch tatsächlich erreicht werden. Vielmehr war das Projekt als ein offener Lernprozess angelegt, in dem es möglich war, auch aus Erfahrungen mit Misserfolgen und Grenzen der Möglichkeiten Einsichten für die Weiterentwicklung der Jugendarbeit mit geflüchteten Jugendlichen zu gewinnen. Die Einrichtungen, die am Projekt teilgenommen haben, sollten sich daher als Mitwirkende an einem gemeinsamen Entwicklungs- und Lernprozesses begreifen.

3.3. Widerstände der Einrichtungen gegen die Teilnahme am Projekt

Mit den Fachkräften und der Projektkoordination wurde auf den Fachkräfteaustauschen die Frage diskutiert, warum sich nicht mehr Standorte für die Teilnahme am Programm „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“ interessiert und dafür beworben haben. Durch die Fachkräfte wurde diesbezüglich übereinstimmend die Einschätzung geäußert, dass solche Projekte oftmals nicht als Unterstützung, sondern vielmehr als zusätzlicher Aufwand betrachtet werden, der mit den geringen personellen Ressourcen nicht bewältigt werden könne:

„Wenn ich an unser Jugendhaus denke, dann wird Projektarbeit als Mehraufwand angenommen.“⁹

„Alle sind natürlich personell minimalistisch aufgestellt. Projektarbeit wird dann häufig als etwas zusätzliches, als etwas ‚was wir jetzt auch noch machen müssen‘ wahrgenommen. (...) Es macht mehr Arbeit und es kostet Zeit und die ist bekanntlich knapp, so dass sich Träger oder Einrichtungen fragen müssen: ‚Passt das Projekt gerade rein? Ist es gerade Thema?‘“

Die Sach- und Personalkosten, die im Rahmen von Projekten zur Verfügung gestellt werden, können nach Einschätzung einzelner Fachkräfte den Mehraufwand, der mit der Durchführung

⁹ Die in Anführungsstriche gesetzten Zitate wurden von den Kinder- und Jugendarbeiter*innen der Einrichtung getätigt. Um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten wurden diese grammatikalisch angeglichen.

von Projekten verbunden ist, oftmals nicht aufwiegen. Auch im Verlauf des Projekts „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“ zeigte sich, dass die für das Projekt erforderliche konzeptionelle Arbeit sich für die Fachkräfte zum Teil als aufwändig und schwierig darstellte (siehe Kapitel 5.1). Dies führte bei einigen Teilprojekten anfänglich zu einer Hinterfragung der Notwendigkeit und des Sinns einer detaillierten konzeptionellen Planung.

Im Gegensatz dazu zeigte sich im Falle eines Projektstandortes, dass die Projektfinanzierung aufgrund der unzureichenden Grundfinanzierung eine Voraussetzung dafür war, den Regelbetrieb aufrechterhalten und pädagogisch gestalten zu können. Die Teilnahme am Projekt war hier also weniger darauf ausgerichtet, die spezifischen Projektziele umzusetzen, sondern vor allem darauf, unter ungünstigen Rahmenbedingungen die bestehende Arbeit fortführen zu können:

„Wenn man nur einfach besetzt ist, kann man häufig nur Aufsicht halten und Feuerwehr spielen. Das Projekt gab uns die Möglichkeit ein paar zusätzliche Sachen zu machen und eben nicht nur den Laden am Laufen zu halten (...) Ohne das Projekt wäre das Haus vielleicht wochenlang geschlossen gewesen.“

Als ein weiterer Grund für Desinteresse und Nicht-Teilnahme von Einrichtungen wurde genannt, dass von Jugendeinrichtungen oftmals nicht der Bedarf gesehen werde, sich für neue Zielgruppen, in diesem Fall für junge Menschen mit Fluchterfahrung, zu öffnen. Von den beteiligten Fachkräften wurde kritisch angemerkt, dass die Erwartung, als Einrichtung der OKJA generell offen für alle Kinder und Jugendlichen sein zu sollen, oft mit einer passiven Haltung und einer fehlenden Auseinandersetzung mit den eigenen Zugangsbarrieren einhergehe. Von einigen Fachkräften werde davon ausgegangen, dass Offenheit allein schon durch das Fehlen formeller Zugangsbegrenzungen gegeben und deshalb auch keine aktive Öffnung für Geflüchtete erforderlich sei. Dies verdeutlicht eine Fachkraft am Fall einer ihr bekannten Jugendhausleitung wie folgt:

„Die Leitung meinte: ‚Wir sind doch ein offenes Jugendhaus, da kann doch jeder kommen. Warum sollen wir dann noch ein Projekt speziell für Geflüchtete initiieren?‘“

Auch von der Projektkoordination der AGJF Sachsen wurde der Eindruck geschildert, dass in der Praxis der OKJA oftmals eine konzeptionelle Klarheit in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung fehle.

Insbesondere die Verbindung der Themen Geflüchtete und Demokratiebildung bzw. Beteiligung war nach Einschätzung der Fachkräfte tendenziell überfordernd und deshalb wenig attraktiv. Dem entsprechend wurde von einer Projektleitung die Einschätzung geäußert, dass eine Förderung, welche sich auf die Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung beschränkt, wahrscheinlich auf mehr Resonanz gestoßen wäre:

„Ich denke, ein anderer Titel, welcher das Thema Demokratie nicht so sehr in den Fokus rückt hätte mehr Bewerbungen zur Folge gehabt.“

Auch seitens der AGJF Baden-Württemberg wurde im Rückblick auf die Projekterfahrungen die Einschätzung formuliert, dass es für die Einrichtungen der OKJA nicht plausibel ist, die Themenbereiche Geflüchtete und Demokratie miteinander in Verbindung zu bringen:

„Ich hatte das Gefühl, dass die Kombination der Themen ‚Arbeit mit den jungen Geflüchteten‘ und ‚Demokratie‘ nicht wirklich mit deren Konzept oder Denken verbunden werden konnte. Ich nehme das so wahr, dass die Arbeit mit den jungen Geflüchteten häufig Freizeitgestaltung und Problemlösung ist. Das Thema ‚Demokratie‘ kommt dann ein wenig als Luxusthema daher. Also wenn gar nichts anderes mehr dabei ist, dann kommt das vielleicht dran.“

Bei der Akquise der Projektstandorte der AGJF Sachsen wurde die Erfahrung gemacht, dass insbesondere Einrichtungen im ländlichen Raum aufgrund personeller Unterbesetzung nicht über ausreichend personelle Ressourcen für eine Teilnahme am Projekt verfügten; die Bedingungen waren für neue Mitarbeiter*innen nicht attraktiv genug, um die Projektarbeit in einem Umfang von 6 Wochenstunden, beispielsweise als Honorarkraft, zu unterstützen. Zugleich war dieses Wochenpensum für Personen, die in Vollzeit arbeiten, zu hoch angesetzt, so dass eine Aufstockung der Stelle nur für Teilzeitarbeitende in Frage kam. Darüber hinaus wurde die Einschätzung geäußert, dass die politisch angespannte Lage in Sachsen, insbesondere die Verbreitung nationalistischer und rassistischer Einstellungen, Einrichtungen davon abgehalten haben könnten, sich explizit für jungen Menschen mit Fluchterfahrung zu engagieren um Konflikte zu vermeiden:

„Es gibt viel Anfeindung von außerhalb im sächsischen Rum. Vielen Leuten ist es einfach zu heiß zu sagen, ‚ich positionier mich da jetzt noch mehr.“

Die Fachkraft eines Jugendhauses äußerte sich in einem Telefonat mit der Projektkoordination wie folgt:

„Das Projekt klingt spannend, aber wenn die Leute hier im Ort erfahren, dass wir jetzt noch verstärkt mit Flüchtlingen arbeiten, machen die ein Fass auf.“¹⁰

3.4. Strukturelle Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Teilprojekte

Während der Laufzeit stellte sich zudem heraus, dass die Umsetzung der Projekte von grundlegenden strukturellen Schwierigkeiten geprägt war. Neben den jeweiligen organisatorischen Problemen der Einrichtungen wie Personalwechsel, Stellenvakanz oder Mitarbeiter*innenausfall und damit verbundenen vorübergehenden Schließungen von zwei

¹⁰ Zu nationalistischen und rassistischen Einstellungen und Konflikten im Umfeld der Einrichtungen siehe Kapitel 5.2.5.

Einrichtungen, waren insbesondere die fehlende Kontinuität der Teilnehmer*innen sowie der hohe Anspruch der Programmausschreibung bedeutsam.

3.4.1. Fehlende Kontinuität der Teilnehmer*innen

Im Rahmen des Programmes zeigt sich, dass bei einem Teil der Projekte, die darauf abzielten, mit einer konstanten Gruppe an Besucher*innen über die gesamte Projektlaufzeit zu arbeiten, eine zentrale Schwierigkeit gerade in der vorausgesetzten Kontinuität der Teilnahme bestand, die dann jedoch nicht gegeben war. Bei einem der Standorte gab es z. B. während des Projektzeitraumes einen unerwarteten Generationenwechsel unter den Stammbesucher*innen, sodass sich eine wöchentlich treffende Gruppe, die zu Beginn des Projektes mit dem Ziel der politischen Bildung gegründet wurde, nach zwei Monaten wieder auflöste:

„Die Bildung einer stetigen Gruppe, die sich an einem Abend trifft und dann an einem Thema arbeitet, das wäre ein ganz hohes Ziel gewesen, aber wir haben uns immer mehr davon entfernt.“

Die Identifikation mit und die Motivation für dieses Projekt sei, so die Einschätzung eines Mitarbeiters, nicht ausreichend gewesen, um trotz der veränderten Lebensumstände (Schulabschluss, Ausbildungsbeginn) weiterhin an den regelmäßigen Treffen im Jugendhaus teilzunehmen:

„Es war so, dass die Bindung nicht so enorm war, dass das Thema weiterhin für die Jugendlichen relevant ist.“

Da die Projektidee vor diesem Hintergrund nicht in der geplanten Form umgesetzt werden konnte, wurde der Schwerpunkt in der weiteren Projektlaufzeit darauf gelegt, mit unterschiedlichen Besucher*innen punktuelle Angebote und Aktionen durchzuführen, die keine stabile Gruppe bzw. kontinuierliche Teilnahme voraussetzen. Diese Angebote (z. B. Besuch der Bundesgartenschau, Jugendforum mit dem Bürgermeister) wurden von Kindern und Jugendlichen gerne angenommen und von den Mitarbeiter*innen als erfolgreich beschrieben.

In einem weiteren Jugendhaus war es zu Beginn der Projektlaufzeit die zentrale Herausforderung, eine relativ stabile Gruppe für ein regelmäßiges Sportangebot aufzubauen, mit dem Begegnungen zwischen Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrungen ermöglicht werden sollten. Aus der Perspektive der Fachkräfte erwies sich dies aufgrund der häufig wechselnden Besucher*innen und der aus Sicht der Nutzer*innen geringen Verbindlichkeit der Teilnahme, als schwierig. Als Reaktion darauf wurde versucht, über die Schulsozialarbeit neue Jugendliche zu erreichen, die bisher nicht zu den Besucher*innen des Jugendhauses gehören und denen das Anbot von vorne herein als Maßnahme für eine feste Gruppe mit verbindlichen Terminen vermittelt wurde. Bis zum Ende der Projektlaufzeit ist es jedoch nicht gelungen, eine

Gruppe im Jugendhaus zu etablieren, mit der kontinuierlich an den Projektzielen gearbeitet werden kann.¹¹

In einem anderen Jugendhaus, das zum Großteil von Jugendlichen mit Fluchterfahrung besucht wird, sah die Projektkonzeption vor, dass eine Kerngruppe aus Stammbesucher*innen ein eigenes Projekt plant und umsetzt, über das vor Beginn durch die Besucher*innen abgestimmt wurde. Die Jugendlichen hatten sich dafür entschieden, in den Sommerferien einen gemeinsamen Ausflug in den Europapark zu unternehmen, was zu Beginn der Planung mit großer und für die Mitarbeiter*innen überraschender Motivation angegangen wurde. In der Zeit vor den Sommerferien wurde trotz gelungenem Planungsprozess jedoch ein Rückgang des Engagements der Jugendlichen deutlich. Die Mitarbeiter*innen führen dies zum einen darauf zurück, dass sich die Jugendlichen mit der Verantwortlichkeit für den Ausflug überfordert fühlten und feststellten, dass einige der an der Planung beteiligten Jugendlichen in den Sommerferien keine Zeit haben, mit in den Freizeitpark zu fahren. Zudem wurde das Jugendhaus vor und insbesondere während der Sommerferien nur noch unregelmäßig von den beteiligten Jugendlichen besucht, da diese sich eher im Freibad aufhielten, mit der Betreuung von jüngeren Geschwistern betraut oder mit ihren Familien verreist waren. Einige der Stammbesucher*innen haben zudem nach den Ferien eine Ausbildung begonnen oder sind dazu übergegangen, vermehrt ein Fitnessstudio zu besuchen, und kamen aufgrund dessen auch nach den Ferien nur noch selten in das Jugendhaus. In der abschließenden Befragung hoben die Fachkräfte den Einbruch der Kontinuität als zentrale Schwierigkeit der Projektumsetzung hervor und gaben an, bei einem nachfolgenden Projekt die Ferienzeiten in die Planung mit einzubeziehen:

„Wir würden uns den Projektzeitraum nochmal ganz genau anschauen und nach Möglichkeit so planen, dass keine allzu großen Lücken über Ferienzeiten entstehen.“

Auch in einem weiteren Jugendhaus kam es über die Sommerferien zu einem Wegfall der am Projekt beteiligten Stammbesucher*innen, was von einer Fachkraft der Einrichtung als ein für die OKJA erwartbarer Normalfall beschrieben wurde. Darauf bezogen wird akzentuiert, dass eine große Herausforderung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit darin besteht, attraktive Angebote zu finden, die eine längerfristige Bindung der Kinder und Jugendlichen an die Einrichtung ermöglichen:

„Es ist schade. Man war schon so weit vorgedrungen und hatte Ideen mit den Jugendlichen entwickelt und dann sind diese auf einmal weg. Das ist in der offenen Arbeit ja häufiger der Fall. Man denkt immer und hofft auch immer, dass man durch solche Projekte die jungen Menschen bindet.“

¹¹ Auf Möglichkeiten der Verbindung des Offenen Betriebs mit spezifischen Angeboten sowie den damit für die OKJA einhergehenden konzeptionellen Herausforderung für die OKJA gehen wir im Kapitel 5.3.6. etwas näher ein.

Bei einem Arbeitstreffen der Projekte der AGJF Baden-Württemberg und der AGJF Sachsen im September 2019 wurde von einigen Fachkräften übereinstimmend die Einschätzung formuliert, dass die Rahmenbedingungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aufgrund der oftmals großen Fluktuation der Besucher*innen und eines wenig verbindlichen Charakters der Angebote nicht dafür geeignet sind, um Projekte zu realisieren, die darauf abzielen, über einen längeren Zeitraum kontinuierlich mit einer konstanten Gruppe zu arbeiten. Insbesondere nach dem Ende des Schuljahres und in den Sommerferien komme es häufig zu Veränderungen bei den Stammbesucher*innen. Daher sollte bei künftigen Ausschreibungen zum einen darauf geachtet werden, dass Projekte, die auf eine konstante Beteiligung der Jugendlichen angewiesen sind, sich am Schuljahr orientieren und nicht durch die Sommerferien unterbrochen werden. Stattdessen könnte die Sommerzeit, in der oftmals relativ wenig Jugendliche in die Jugendhäuser kommen, für die konzeptionelle Planung von Projekten genutzt werden.

Im Rahmen von Förderprogrammen würde es die Umsetzung der Projekte zum anderen erleichtern, wenn der Fokus auf Aktivitäten gelegt würde, die keine kontinuierliche Teilnahme erfordern. So etwa auf die Unterstützung der Planung und Initiierung von Veränderungen, die Sensibilisierung der Fachkräfte und Besucher*innen für bestimmte Themen oder dem Aufbau von Kooperationen, beispielsweise mit Initiativen oder Unterkünften für Geflüchtete, Schulen oder der verbandlichen Jugendarbeit. Für die bessere Verankerung politischer Bildung in der OKJA wurde in der Entwicklung einer Kooperation mit Trägern der verbandlichen Jugendarbeit eine wichtige und ausbaufähige Perspektive gesehen.

3.4.2. Zu hoher Anspruch der Projektausschreibung

In der Projektausschreibung war geplant, zunächst Stammbesucher*innen in das Projektvorhaben einzubeziehen um erste Kontakte zu Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung zu knüpfen. Darauf aufbauend sollten junge Geflüchtete und Stammbesucher*innen im Kontext der Einrichtung dann erste, von den Fachkräften begleitete Beteiligungserfahrungen machen, die im weiteren Verlauf ausgebaut werden sollten. In einem nächsten Schritt war dann vorgesehen, die Beteiligung auch auf Bereiche des Gemeinwesens außerhalb der Einrichtungen auszuweiten. Dieser Anspruch der Ausschreibung, aufeinander aufbauende Partizipationsstufen zu realisieren, stellte sich als zu hoch angesetztes Programmziel heraus. Er war deshalb nicht realisierbar, weil das geplante Stufenkonzept eine kontinuierliche Teilnahme an den Teilprojekten für die gesamte Laufzeit voraussetzt, die in der offenen Jugendarbeit nur schwer zu gewährleisten ist, da Kontinuität hier in Folge des Prinzips der Freiwilligkeit der Teilnahme eine hohe und stabile Eigenmotivation der Teilnehmer*innen voraussetzt. Dem entsprechend ist es den Teilprojekten aus unterschiedlichen Gründen nicht gelungen, Jugendliche für eine dauerhafte und verbindliche Teilnahme zu motivieren. Insbesondere während der Sommermonate ist die Präsenz Jugendlicher in den Jugendzentren

und die Teilnahme an Projektangeboten relativ geringer und die Sommerferien führen immer wieder auch zu Veränderungen bei der Zusammensetzung der Stammbesucher*innen.

Das Stufenmodell der Programmkonzeption wurde deshalb in keinem der beteiligten Projekte umgesetzt oder im Rahmen der ausführlichen Projektkonzeption in dieser Form angestrebt. Stattdessen erfolgte eine Fokussierung auf die Anbindung junger Menschen mit Fluchterfahrung an die OKJA und zeitlich befristete Aktivitäten für wechselnde Teilnehmer*innen. Dass sich innerhalb des Projektes die Umsetzung aufeinander aufbauender Partizipationsstufen nicht realisieren ließ, bedeutet jedoch keineswegs, dass der Partizipationsanspruch innerhalb der OKJA herabgesetzt werden sollte. Anstatt die Förderung politischer Partizipation als konsekutives Stufenmodell zu denken, sollten stattdessen darauf gesetzt werden, immer wieder neue Impulse für unterschiedliche und situationsangemessene Formen der Partizipation und der politischen Bildung zu setzen.

In einem Teil der Einrichtungen ging es faktisch zudem darum, junge Menschen mit Fluchterfahrung als neue Zielgruppe zu erreichen. Zwei der baden-württembergischen Einrichtungen wurden bereits vor Projektbeginn fast ausschließlich von geflüchteten Jugendlichen besucht.

Eventuelle künftige Programme, die auf den Einbezug von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung oder die Stärkung politischer Bildung und Partizipation in der OKJA zielen, sollten deshalb Ziele setzen, die stärker an dem orientiert sind, was unter den gegebenen Bedingungen in der OKJA erreichbar ist. Das heißt nicht zuletzt auch: das für die OKJA grundlegende Prinzip der Orientierung an den Bedürfnissen und Interessen der Teilnehmer*innen ins Zentrum zu stellen. Dies setzt voraus, dass vor einer Programmausschreibung fundierte Einschätzungen dazu gewonnen werden müssen, welche Formen der Partizipation, welche Inhalte politischer Bildung und welche Angebotsformate für die Besucher*innen der OKJA attraktiv sind.

3.5. Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen des Projekts

Im baden-württembergischen Projektantrag wurde von den Projektverantwortlichen die Bereitschaft abgefragt, an weiterbildenden Maßnahmen teilzunehmen. Diese Bereitschaft war Bedingung für eine Teilnahme am Programm. Die Fachkräfte gaben im Antrag bereits Themen an, zu denen sie sich Qualifizierungsangebote wünschten. Diese Wünsche wurden auf dem Fachkräfteaustausch und im persönlichen Gespräch mit der Projektkoordination konkretisiert. In Sachsen wurden die Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten als Option im Projektantrag genannt und regelmäßig im persönlichen Gespräch erfragt. Hierbei wurde auf die kontinuierlich stattfindenden Fort- und Weiterbildungsangebote der sächsischen AGJF-Projekte „connect – Jugendhilfe migrationssensibel und menschenrechtsorientiert gestalten“ und „MUT Rassismusprävention“ verwiesen. Fachkräfte und Träger werden hier durch Tages-

und Mehrtagesseminare, Fachtage, Fachforen und Modulreihen bei spezifischen Bedarfen in der Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen unterstützt. An der connect-Fachtagung „Mensch.Recht.Profession. - Menschenrechtsorientierung in der Jugendhilfe stärken“¹² nahmen im September 2019 zwei Fachkräfte einer Einrichtung aus Sachsen sowie eine Fachkraft aus Baden-Württemberg teil. An dem zweitägigen Seminar „Übersehene Chancen am Kicker - Wertesysteme als Perspektiven in der Offenen Jugendarbeit“,¹³ welches im Juni 2019 stattfand, nahmen drei der vier projektbeteiligten Einrichtungen teil. Dieses fand auf dem Gelände einer projektinvolvierten Einrichtung statt.

Das größte Interesse zeigten die beteiligten Fachkräfte, sowohl aus Baden-Württemberg als auch aus Sachsen, an einem kollegialen Fachkräfteaustausch: Das war für alle Fachkräfte, die nach Qualifizierungswünschen befragt wurden, besonders wichtig. Neben der Einführungsveranstaltung, bei der die Fachkräfte ihre Teilprojekte vorstellten, fanden in den beiden Bundesländern weitere Austauschtreffen statt: Ein Austausch unter allen baden-württembergischen Fachkräften in Pforzheim, ein Austausch der sächsischen Fachkräfte in Borna sowie ein gemeinsamer Austausch der Projektbeteiligten aus Baden-Württemberg und Sachsen in Chemnitz. Ein vierter, im April 2020 geplanter Austausch mit sächsischen und baden-württembergischen Fachkräften in Herrenberg fiel aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie aus.

Fachkräfte aus zwei Einrichtungen aus Baden-Württemberg nahmen zudem an der Fortbildungsreihe der Akademie der Jugendarbeit zum Thema und mit dem Titel „junge Geflüchtete in der Jugendarbeit“ teil.

Für zwei baden-württembergische Einrichtungen waren spezifische Beratungsangebote notwendig, da der Projektverlauf dort auf besondere Umstände und Schwierigkeiten stieß. Das betraf einmal die Frage, wie die Zielgruppe der jungen Menschen mit Fluchterfahrung erreicht werden könnte, nachdem nach vielversprechendem Beginn die Jugendlichen ausgeblieben waren. Eine andere Einrichtung reagierte auf eine Konflikteskalation mit dem Hinzuziehen einer externen Beratung, nachdem es zu erheblicher Gewalt unter den Jugendlichen kam und das Ziel, geflüchtete Jugendliche in den offenen Betrieb zu integrieren, als vorerst nicht realisierbar eingeschätzt wurde.

¹² Siehe: <https://agjf-sachsen.de/fachtagungen/mensch-recht-profession.html>

¹³ Siehe: <https://www.agjf-sachsen.de/seminare/uebersehene-chancen-am-kicker.html>

4. Die wissenschaftliche Begleitung des Projektes

Die wissenschaftliche Begleitung des Projektes „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“, durchgeführt von Prof. Albert Scherr und Lena Sachs von der Pädagogischen Hochschule Freiburg, war als formative Evaluation angelegt. D. h.: Es ging nicht allein darum, abschließend die Erfolge und Schwierigkeiten des Projektes bzw. der einzelnen Teilprojekte zu dokumentieren und zu bewerten. Vielmehr war angestrebt, bereits während der Projektlaufzeit relevante wissenschaftliche Perspektiven und Zwischenergebnisse der Evaluation an die Programmleitung und die Teilprojekte zu vermitteln, sodass Reflexionen und Lernprozesse im Programmverlauf angeregt werden und Teilprojekte ggf. Veränderungen vornehmen können. Zielsetzung der wissenschaftlichen Begleitung war es gleichwohl auch, auf Grundlage der Evaluationsergebnisse und in Kooperation mit der Projektkoordination nach Abschluss des Programms Empfehlungen für künftige Projekte und Maßnahmen zu geben, die zur Förderung von Partizipation beitragen und den Einbezug von jungen Menschen mit Fluchterfahrung in die OKJA verbessern.

Um Informationen aus den Einrichtungen möglichst wenig verzerrt zu erhalten, war es für Projektkoordination und wissenschaftliche Begleitung ein wichtiges Ziel, ein gutes Verhältnis zu den Projektverantwortlichen in den Einrichtungen aufzubauen, das von gegenseitigem Vertrauen geprägt ist. Hierzu sollten bei einem ersten Treffen sowohl in Baden-Württemberg als auch in Sachsen mögliche Vorbehalte vonseiten der Einrichtungen abgebaut werden, die typischerweise gegenüber Evaluationen bestehen. Häufig wird damit eine Kontrollabsicht verbunden. Projektkoordination und wissenschaftliche Leitung betonten den Einrichtungen gegenüber die unterstützende Funktion der Evaluation und eine solidarische Haltung und machten deutlich, dass Misserfolge für die Dokumentation des Projekts und für andere Einrichtungen häufig ebenso wertvoll sein können wie euphemistische Erfolgsgeschichten, da hieraus häufig viele Erkenntnisse gewonnen werden können, die für das Arbeitsfeld als Ganzes relevant sind. Während der Evaluation ist bei der wissenschaftlichen Begleitung der Eindruck entstanden, dass der Aufbau einer vertrauensvollen und offenen Kommunikation mit den Teilprojekten gelungen ist.

Die wissenschaftliche Begleitung war an das sog. ‚logische Modell‘ der Evaluationsforschung angelehnt (s. Owen/Rogers 1999; Frechtling 2007), das sich sowohl als Planungsinstrument für Evaluationen wie zugleich auch für die Konzeptionsentwicklung von Projekten eignet. Dies ist deshalb der Fall, weil das logische Modell der Evaluationsforschung weitgehende Übereinstimmung mit Modellen zur Konzeptionsentwicklung aufweist, wie sie in der Fachdiskussion für die OKJA vorgeschlagen werden (s. Spiegel 2013; Scherr 2005). Das logische Modell fordert insbesondere dazu auf, allgemeine Zielsetzung in terminierte, realistische und überprüfbare Teilziele zu übersetzen. Dies bietet Projektverantwortlichen eine Grundlage für die Entwicklung, Überprüfung und Reflexion ihrer Vorgehensweisen und umfasst Zielsetzungen und Erfolgskriterien, die durch Evaluationsinstrumente erfasst werden können.

Ein wichtiger Befund der Evaluation war, dass die Übersetzung konzeptioneller Grundideen in konkrete, terminierte und überprüfbare Teilziele nicht zu den gängigen Arbeitsweisen in der OKJA gehört und deshalb für Praktiker*innen als schwierige Herausforderung angenommen werden kann. Im ersten Schritt der formativen Evaluation wurden die Teilprojekte durch die wissenschaftliche Begleitung deshalb darin unterstützt, ihre Projektideen anhand des logischen Modelles zu konkretisieren. Dazu wurden die übergeordneten Wirkungsziele zu Teilzielen konkretisiert, für die jeweils geeignete Methoden und Handlungsziele bestimmt wurden. Insbesondere für die Handlungsziele wurde versucht, diese möglichst konkret und genau, realistisch, terminiert und überprüfbar zu fassen. Die Kriterien, mit denen Erfolge und Misserfolge der Zielerreichung überprüft werden können (qualitative und quantitative Indikatoren) wurden nicht durch die Evaluation festgelegt, sondern von den Teilprojekten selbst bzw. in Kooperation mit der wissenschaftlichen Begleitung bestimmt.

Zudem wurden Ausgangs- und Rahmenbedingungen der Teilprojekte erhoben, um identifizieren zu können, worin die spezifischen Herausforderungen oder Ansatzpunkte der jeweiligen Projekte bestehen. Dazu wurden die Standorte gebeten, anhand eines Fragenkatalogs den Kontext und die Organisation des Teilprojektes sowie Incomes und Inputs darzulegen:

- Kontext: sozialräumlicher, politischer, rechtlicher Kontext des Teilprojektes;
- Organisation: strukturelle Gegebenheiten von Einrichtung und Träger, evtl. Kooperationspartnern;
- Incomes: Ideen, Haltungen, Werte, Interessen, Bedürfnisse der Adressat*innen und dahinter anzunehmende Alltagserfahrungen;
- Inputs: personelle, materielle, räumliche, zeitliche und organisatorische Ressourcen; Potenziale auf Teamebene zur Durchführung des Teilprojektes.

Die geplante Vorgehensweise wurde zu Beginn der Projektlaufzeiten zunächst auf den Fachkräftetreffen vorgestellt sowie den Projektstandorten im Anschluss schriftlich zur Verfügung gestellt. Zur Verdeutlichung wurde zudem ein Konzept für ein fiktives Teilprojekt erstellt, das den Fachkräften als Handout ausgehändigt wurde. Die Phase der Konzeptionsentwicklung erstreckte sich dann in Baden-Württemberg von November 2018 bis Februar 2019, anstatt wie zunächst vorgesehen auf nur fünf Wochen, weshalb sich Konzeptionsentwicklung und erste Umsetzungsschritte zeitlich überlagerten. In der Phase der Konzeptionsentwicklung ist ein erheblicher höherer Aufwand für die wissenschaftliche Begleitung entstanden, als zunächst vorgesehen war. Auch bei den Einrichtungen in Sachsen

kam es bei der Konzeptentwicklung zu erheblichen Verzögerungen, die deshalb auch hier zum Teil parallel zur Umsetzungsphase realisiert wurde.¹⁴

Die daran anschließende Erhebungsphase hat sich aufgrund der Verzögerungen bei der Konzeptionsentwicklung zeitlich verschoben und konnte in Baden-Württemberg erst im Februar 2019 beginnen. Zunächst war vorgesehen, zwei bis drei aufeinander aufbauende Erhebungsphasen durchzuführen. Dies erwies sich in der Praxis jedoch als schwierig umsetzbar, da einige Teilprojekte, z. B. aufgrund von personellen Wechsels sowie krankheitsbedingten Ausfällen von Mitarbeiter*innen, bei der Terminplanung wenig flexibel waren oder Befragungen zu den zunächst geplanten Zeitpunkten in Hinblick auf die Projektumsetzung wenig Sinn ergaben.

Daher wurden die baden-württembergischen Einrichtungen im Zeitraum Februar 2019 bis Januar 2020 nach individueller Absprache besucht, um Interviews mit den Fachkräften sowie bei einem Teil der Einrichtungen auch mit den teilnehmenden Jugendlichen bzw. Besucher*innen des Jugendhauses zu führen. Insgesamt wurden im Verlauf der formativen Evaluation in Baden-Württemberg vierzehn Interviews mit den beteiligten Fachkräften geführt. Bei drei Einrichtungsbesuchen fanden zudem kürzere Interviews mit Jugendlichen statt und bei zwei Projekten konnten Gruppendiskussionen mit mehreren Jugendlichen durchgeführt werden. Die Erhebungen in Sachsen fanden im September 2019 und Februar 2020 durch Interviews vor Ort sowie durch ergänzende Telefoninterviews und schriftliche Befragungen statt. In Sachsen wurden insgesamt acht ausführliche Interviews mit Fachkräften durchgeführt. Hier war es aus organisatorischen Gründen nicht möglich, Gespräche mit beteiligten Jugendlichen zu führen.

Im Juni 2019 wurden erste Zwischenergebnisse aus den Erhebungen auf einem Fachkräfteaustausch in Baden-Württemberg vorgestellt und mit den Mitarbeiter*innen aus den Teilprojekten diskutiert sowie die Ergebnisse des Austausches dann in die weiteren Auswertungen miteinbezogen. Im September 2019 hat die wissenschaftliche Begleitung die Zwischenergebnisse bei einem Fachkräfteaustausch, der in Kooperation zwischen der AGJF Baden-Württemberg und der AGJF Sachsen in Chemnitz veranstaltet wurde, erneut vorgestellt und diskutiert. Die abschließenden Ergebnisse wurden zudem bei einem Fachkräftetreffen im Februar 2020 in Sachsen präsentiert.

Die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitung und die gemeinsam mit der AGJF Baden-Württemberg und der AGJF Sachsen erarbeiteten Empfehlungen für die Praxis sind im vorliegenden Bericht dargestellt.

Wie bereits beschrieben, hat die wissenschaftliche Begleitung zudem einen am Bedarf der Teilprojekte orientierten Beratungsfunktion eingenommen. Diesbezüglich kann davon

¹⁴ Im Prozess der Konzeptionsentwicklung wurden erhebliche Schwierigkeiten deutlich, die in Kapitel 5.1. genauer dargestellt werden.

ausgegangen werden, dass die Interviews und Gespräche, die zum Teil auch informell, beispielsweise am Rande des Fachkräfteaustauschs, stattfanden, eine unterstützende Funktion hatten. So wurden beispielsweise durch Fragen Reflexionsanstöße für die Praxis gegeben, in Gesprächen auch unter den Fachkräften neue Ideen entwickelt oder in einem Konfliktfall mit Jugendlichen der Kontakt zu einer externen Person vermittelt, die bereit ist, das Jugendhaus in diesem Fall zu unterstützen.

5. Zentrale Erkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitung

5.1. Konzeptionsentwicklung – eine Herausforderung für die Praxis

Konzeptionen sind ein wichtiges Arbeitsinstrument, um allgemein gefasste Projektziele in praktische Handlungsschritte zu übersetzen und überprüfbar zu machen, ob diese realisiert werden konnten. Wie in Kapitel 4 bereits dargestellt, waren die teilnehmenden Projekte deshalb dazu aufgefordert, zu Beginn der Projektlaufzeit die in den Projektanträgen zum Großteil nur vage formulierten Zielsetzungen auf der Grundlage des sog. logischen Modells (s. dazu Lempp et al. 2017) in Hinblick auf Wirkungs-, Teil- und Handlungsziele zu konkretisieren sowie Indikatoren zu bilden, die es ermöglichen zu überprüfen, welche dieser Ziele erreicht wurden. Eine „smarte“ (**s**pezifische, **m**essbare, **a**ttaktive, **r**ealistische und **t**erminierte) Formulierung der eigenen Zielsetzungen sollte nicht nur eine Grundlage für die formative Evaluation bieten, sondern insbesondere den am Projekt beteiligten Fachkräften eine Strukturierungshilfe für die Projektgestaltung sowie eine Reflexions- und Kommunikationsgrundlage für die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen während der Projektdurchführung bieten.

Zur Unterstützung bei der konzeptionellen Konkretisierung wurde den Teilprojekten bei den Auftaktveranstaltungen das sog. logische Modell sowie ein fiktives Projektkonzept vorgestellt und als Handout mitgegeben. Den Einrichtungen wurde zudem seitens der wissenschaftlichen Begleitung angeboten, einen ersten Entwurf für eine strukturierte Projektkonzeption zu entwerfen, der dann von den Fachkräften ergänzt und überarbeitet werden kann. Zwei der beteiligten Teilprojekte nahmen diese Hilfestellung in Anspruch.

Für den Prozess der Zielklärung wurde gemeinsam mit den Teilprojekten in Baden-Württemberg ein Zeitraum von fünf Wochen vereinbart, was sich bei einigen Teilprojekten als nicht ausreichend herausstellte. Insgesamt hat sich der Prozess in Baden-Württemberg auf drei Monate hingezogen, bis von allen Teilprojekten Konzepte vorlagen, die aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung eine akzeptable Grundlage für die Projektarbeit darstellen. Aufgrund der Erfahrungen in Baden-Württemberg, wurde die Konzeptentwicklung bei den in Sachsen teilnehmenden Teilprojekten flexibler gestaltet. So wurde den Einrichtungen mehr Zeit eingeräumt und auf eine Abgabefrist verzichtet sowie auch in der Gestaltung der Ausarbeitungen mehr Freiheiten gelassen. Auch hier lief die Phase der Konzeptionsentwicklung bereits parallel zur Umsetzungsphase, wobei die Projektziele bei zwei der Einrichtungen bereits nach wenigen Wochen formuliert waren, eine Einrichtung das Projektkonzept erst nach mehreren Monaten vorlegen konnte und eine Einrichtung, nach Rücksprache, auf die Erarbeitung eines Projektkonzeptes verzichtet hat. Da sich die Kommunikation mit einigen Teilprojekten sowohl in Baden-Württemberg als auch in Sachsen in dieser Phase, als mühsam herausstellte und einige der eingegangenen Entwürfe auf wenig Motivation oder wenig

Erfahrung der beteiligten Fachkräfte in Hinblick auf Konzeptionsentwicklung schließen ließen, lag die Vermutung nahe, dass dieser Prozess in den Einrichtungen mit Schwierigkeiten verbunden war und ggf. eher als Belastung denn als Hilfe empfunden wurde. Dies wurde im weiteren Verlauf der formativen Evaluation als Anlass genommen, die Phase der Konzeptentwicklung sowohl in den Interviews mit den Fachkräften als auch beim Fachkräfteaustausch im Juni 2019 zu thematisieren.

Von einigen Einrichtungen wurde dabei auf strukturelle Schwierigkeiten in Hinblick auf die Konzeptionsentwicklung verwiesen, so beispielsweise auf die Herausforderung, im Alltag der Einrichtung die Möglichkeit zu finden, sich mit allen Beteiligten gemeinsam über die Zielsetzung auszutauschen:

„Strukturell war es für uns herausfordernd uns überhaupt erstmal zusammzusetzen und Zeit dafür zu finden. Sich abzusprechen, was wir unter den Sachen verstehen die wir da aufschreiben und uns dazu abstimmen war ein Prozess der Zeit brauchte.“

„Ich erlebe es als kreative Spannung aber auch als lästige Pflicht. Ich schwanke da so hin und her. (...) Eigentlich ist es sinnvoll, aber es kostet mich unendlich viel, weil ich gar nicht immer alle an einem Tisch habe. Grundsätzlich bin ich froh, dass wir das Projekt haben und wäre ich nicht gezwungen Dinge zu verschriftlichen, würde ich vieles auch verhaun. Es ist bereichernd auch wenn es mich an manchen Tagen sehr nervt.“

Die Fachkräfte eines Jugendhauses wiesen diesbezüglich auf die fehlenden personellen und zeitlichen Ressourcen hin:

„Das ist wirklich schwierig. Wir haben nicht die personelle Besetzung um Dinge separat zu erledigen. Um mal in Ruhe reden zu können muss ich die Einrichtung abschließen und da haben wir die Probleme der Jugendlichen noch nicht dazu genommen. Wir sind in viele Sachen wirklich sehr eingebunden und alles was darüber hinausgeht, geht wirklich darüber hinaus. Die Arbeit ist legitim, wenn man ein Projekt wie dieses wissenschaftlich begleiten will. Es ist halt nur so, dass wir nicht wirklich die Ressourcen haben um die Zuarbeit immer zeitnah und gut umsetzen zu können.“

Die Erarbeitung eines ausführlichen Projektkonzeptes wurde, seitens der Projektmitarbeiter, zwar als notwendiges Instrument für eine wissenschaftliche Evaluation gesehen, ein Vorteil für die eigene Arbeit im Teilprojekt wurde jedoch nicht wahrgenommen, was zu Schwierigkeiten bei der Konzeptionsentwicklung führte:

„Es ist schwierig die praktische Arbeit so aufzubereiten dass sie für die Wissenschaft nutzbar wird ist. Wir haben uns oft gefragt, was wir eigentlich schreiben sollen. Uns ist klar gewesen (...), dass die wissenschaftliche Begleitung Ergebnisse braucht, aber für uns war es sehr schwer das ganze Ding umzusetzen.“

Auch eine weitere Fachkraft verweist auf die Schwierigkeit, pädagogische Ziele zu formulieren und diese anhand von Indikatoren messbar machen zu sollen:

„Das ist so als würde man einen organischen Prozess in eine digitale Form pressen.“

Von anderen Fachkräften wurde darauf hingewiesen, dass Schwierigkeiten bei der Konzeptionsentwicklung sich daraus ergaben, dass ein derartiges Vorgehen für die OKJA unüblich ist. So berichtete eine Mitarbeiterin:

„Für mich war das einfach neu und eine unbekannte Herangehensweise. (...) Es war schwierig, das alles runter zu brechen aber als ich mir das erklären ließ, war es dann logisch. Es half mir, mir nochmal bewusster zu machen was so die einzelnen kleinen Schritte sein könnten.“

Ihre Kollegin berichtet dagegen, dass ihr das Vorgehen programmatischer Konzeptentwicklung aus ihrer Ausbildung zur Erzieherin geläufig ist und weist beim Fachkräfteaustausch darauf hin, dass es sich hierbei generell um eine Blindstelle im Studium der Sozialen Arbeit handle, was den zukünftigen Fachkräften, auch in Hinblick auf die OKJA, eine Einstellung vermittele, die zu wenig konzeptionell strukturiertem pädagogischem Handeln führe:

„Ich bin der Meinung, dass das Problem bereits im Studium auftritt. (...) In meinem Studium hat mich niemand nach so einer Sache gefragt. (...) und im offenen Bereich fragt da erstrecht keiner nach. Ich glaube, das setzt schon im Studium an. Dort wird einem vermittelt, dass der offenen Bereich wirklich komplett offen und total flexibel ist und überhaupt, dass man irgendwann dort auch so hinkommt.“

Als sie im Weiteren auf fehlende Konzepte in Einrichtungen der OKJA sowie andere Mängel der Qualitätssicherung wie nicht vorhandene Teamsitzungen, Supervisionen oder Dokumentation hinweist, ergab sich eine Kontroverse unter den Fachkräften, die deutlich machte, dass konzeptionell strukturierte Arbeit von einigen Fachkräften als Einschränkung des eigenen Handlungsspielraumes und der aus deren Sicht eigentlich zentralen direkten pädagogischen Arbeit mit den Jugendlichen begriffen wird:

„Ich sehe das ein bisschen anders. Ich finde, dass es notwendig ist flexibel zu sein, und dass es notwendig ist, bevor man einen Plan gemacht hat einfach anzupacken. Was ich häufig sehe und was ganz stark in die Jugendarbeit reingeht sind Dokumentationen und Statistiken. (...) Aber die Zeit die wir mit dem Erstellen von Statistiken verbringen wäre am Jugendlichen definitiv besser aufgehoben.“

In der Diskussion wurde auch die Befürchtung verbalisiert, dass eine konkrete Ausarbeitung der Zielsetzung mit einem Verlust an Flexibilität und Offenheit verbunden sein kann:

„Dass man vielleicht dazu neigt eingeschränkt zu sein, in seiner Freiheit. Dass es einen Korsett-Charakter hat. Es ist an sich nur ein Gefühl, aber es ist da. (...) Das ist der psychologische Charakter, dass man das als Rechtfertigungsdruck wahrnimmt.“

Eine Fachkraft weist einerseits auf den ihrer Einschätzung nach einschränkenden Charakter von Konzeptionen hin, was sie mit ihrer Erfahrung begründet, in der Praxis häufig von gesetzten Zielen abweichen zu müssen. Dabei macht sie aber andererseits auch ihre Vorliebe für Projekte deutlich, die sich durch eine konzeptionelle Planung des eigenen Handelns auszeichnen:

„So diese Feinplanung vor allen Dingen, das so ins Blaue hinein zu planen, in der Hoffnung, dass es sich umsetzen lässt und dass auch noch auf eine ganz schön lange Zeit hin, das war nicht einfach. Und es hat sich ja auch gezeigt, dass es nicht geht und dass man davon abweichen muss. Dass man immer wieder gucken muss: (...) schaff ich das noch? Oder ist das vielleicht einfach der falsche Weg gewesen? Dann

muss ich was anders machen. Ich will das jetzt auch nicht völlig ablehnen, denn es zwingt einen dazu programmatisch zu handeln und zu planen. Das ist gut, das liebe ich an Projekten wirklich, man bleibt in der Spur.“

Seitens der wissenschaftlichen Begleitung wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass es sich bei den Projektkonzeptionen um vorläufige Planungen handelt, die jederzeit angepasst und modifiziert werden können. Bei fast allen Teilprojekten zeigte sich während der Projektlaufzeit auch, dass die Projektkonzepte als flexible Leitfäden gehandhabt wurden. Es wurden neue Handlungsziele gesucht, um Teilziele auf andere Art, als zunächst vorgesehen war, erreichen zu können oder von Wirkungszielen, die sich als nicht erreichbar erwiesen haben, Abstand genommen. Auch in der beschriebenen Kontroverse während des Fachkräfteaustauschs wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, Ziele anzupassen sowie durch eine ausführliche Projektplanung die Chance zu haben, Schwierigkeiten in der Umsetzung ausfindig machen zu können:

„Dass man sich Ziele setzt heißt ja nicht, dass man es genauso machen muss. Es kann ja ganz anders laufen als geplant und dann kann man schauen warum das so ist und nicht anders?“

Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung stellte der Zeitpunkt der Konzeptionsentwicklung, die aufgrund der zeitlichen Vorgaben des Projektes erst nach dem Beginn der Arbeit in den Teilprojekten erfolgte, eine weitere Problematik dar. Einige Teilprojekte waren zum Teil bereits zwei bis drei Monate angelaufen, bevor die konzeptionelle Planung abgeschlossen war. Auch seitens eines Projektmitarbeiters wurde auf diese Schwierigkeit hingewiesen:

„Und wenn man jetzt schon mit der Umsetzung des ganzen Projektes beschäftigt ist, (...) ist das nochmal eine zusätzliche Arbeit. Ich habe mich dann gefragt, ob das jetzt wirklich nötig? ist (...) Also ich glaube, dass es hilft konkreter zu werden, das ja, aber ist im Vorfeld sinnvoller als während des Projekts.“

Bei einem Kooperationsprojekt zwischen einer interkulturellen Jugendgruppe der verbandlichen Jugendarbeit und einem Jugendhaus, lag die Schwierigkeit der konzeptionellen Zielformulierung darin begründet, dass keine Einigkeit über Ziele gegeben war. Von den Mitarbeiter*innen der verbandlichen Jugendarbeit wurde darauf hingewiesen, dass es aufgrund von Kontroversen bei der Zielformulierung fast zu einem Bruch zwischen den Kooperationspartner*innen kam. Durch den Zwang zu einer Klärung der Projektziele konnte dann jedoch ein wichtiger und produktiver Reflexionsprozess angestoßen werden, der eine zentrale Grundlage für die weitere Kooperation war:

„Bei den Diskussionen über die Ziele kam es dann fast zu einem Bruch. ‚Was sind Zielgruppen? Sind wir offen für Geflüchtete oder nicht? Wollen wir überhaupt, dass Geflüchtete hier Zugang haben? Die sind ja alle so angepasst und wir verstehen uns als Gegentendenz‘, so kamen dann Sachen heraus. Oder ‚stigmatisiert man nicht Geflüchtete, wenn man die extra benennt, wenn man Förderprogramme entwickelt? Nimmt man dort anderen etwas weg?‘ Auch sowas kam heraus unter Pädagogen und unter dem Team. Und es war deswegen sehr mühsam gemeinsam Ziele festzulegen.“

Eine Betreuerin der Jugendgruppe aus der verbandlichen Jugendarbeit, die auch als Honorarkraft im Jugendhaus arbeitet, betont in einem Interview mit den Mitarbeiter*innen des

Jugendhauses, dass die Klärung der Zielsetzung notwendig war, um eine gemeinsame Kommunikationsgrundlage zu finden. Dabei betont sie neben dem Aufwand, den ein solcher Abstimmungsprozesses mit sich bringt, auch die Notwendigkeit, sich dafür genügend Zeit zu nehmen:

„Hier im Jugendhaus ist ein Drive und alle wissen, was sie meinen, wenn sie bestimmte Sachen sagen. Wir im Projekt [interkulturelle Jugendgruppe, L.S./A.S] haben einen bestimmten Jargon in dem wir sprechen. Und das dann miteinander abzustimmen war möglich, hat aber Zeit gebraucht. Das war eine erste Erkenntnis, dass es nicht nebenbei laufen kann, sondern es einfach ein Prozess ist, den man vorher machen muss, um dann Schwierigkeiten nachher aus dem Weg zu gehen, oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. (...) Ich fand es dennoch einen bereichernden Prozess. Uns ist nochmal viel klarer geworden, was das Jugendhaus ist. Auch, dass wir das den Jugendlichen nochmal anders erklären können. Ich finde Zielsetzung im Allgemeinen sehr sinnvoll und nötig.“

Die Wichtigkeit der konzeptionellen Planung im Vorfeld, wurde auch von einer weiteren Fachkraft hervorgehoben:

„Also ich fände es gut die Zielsetzung bald mal aufzustellen, um ins Projekt reinzukommen. Es ist ja auch für einen selber gut, das kleinschrittig für sich rauszuarbeiten.“

Wie in diesen Aussagen deutlich wird, handelt es sich bei der konzeptionellen Projektplanung und der Entwicklung smarterer Zielformulierungen um eine Herangehensweise, die für die Fachkräfte mit unterschiedlichen Herausforderungen verbunden ist. Neben strukturellen Schwierigkeiten – wie mit allen Beteiligten die Zeit für genaue Planung und Diskussion der Ziele zu finden – spielt insbesondere auch die Befürchtung eine Rolle, dass eine Vorab-Festlegung auf Teil- und Handlungsziele die Möglichkeiten einschränken könnten, flexibel auf Herausforderungen oder sich ändernde Rahmenbedingungen zu reagieren. Dieses Missverständnis resultiert nach Einschätzung der wissenschaftlichen Begleitung insbesondere daraus, dass es sich hierbei um eine in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit unpopuläre und unbekannte Herangehensweise handelt. Dennoch wurde in den Interviews deutlich, dass die Bedeutung einer ausführlichen Zielklärung von den Fachkräften nicht grundsätzlich infrage gestellt wird und von einigen als Hilfe oder gar Voraussetzung für eine sinnvolle Projektarbeit beschrieben wurde. Es hat sich auch gezeigt, dass die konzeptionelle Projektplanung in vielen Teilprojekten erst der Anlass dafür war, sich intensiv mit der Zielsetzung des Projekts im Team auseinanderzusetzen und eine Verständigung zwischen allen Mitarbeiter*innen über gemeinsame Projektziele anzustoßen.

Für zukünftige Projekte mit programmatischer Förderausrichtung der beiden Träger wäre es aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung deshalb hilfreich, der Bewerbungsphase eine Fortbildung oder andere Unterstützungsangebote zur Entwicklung Projektkonzeptionen voranzustellen sowie für die Phase der Konkretisierung von Projektzielen in den Teams fachliche Unterstützung anzubieten.

5.2. Konflikte bei der Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung und Ablehnungshaltungen innerhalb der OKJA

5.2.1. Ablehnung von Geflüchteten als Ausgangsbedingungen und Herausforderungen der Teilprojekte

Ablehnungshaltungen und Vorurteile gegenüber Geflüchteten gefährden die gesellschaftliche Integration von Geflüchteten und führen immer wieder zu Abgrenzungen seitens Einheimischer (Möller/Neuscheler 2018) und in Integrationsprojekten zu unterschiedlichen Konflikten (Scherr et al. 2019). Dem entsprechend findet auch die Einbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung in die OKJA in einem Kontext statt, in dem nicht fraglos von einer Bereitschaft einheimischer Besucher*innen ausgegangen werden kann, Geflüchtete in die OKJA zu integrieren. Vielmehr stellten Erfahrungen mit Ablehnungshaltungen von Stammbesucher*innen bei einigen der Teilprojekte eine zentrale Problematik des Projektvorhabens dar.

In zugespitzter Weise wurde dies in einem beteiligten Teilprojekt in Baden-Württemberg deutlich: Der Versuch von Jugendlichen mit Fluchterfahrung, den Offenen Treff eines Jugendzentrums zu nutzen, führte zu einer aktiven Ausgrenzung durch die Stammbesucher*innen, die neben verbalen Auseinandersetzungen auch körperliche Gewalt umfasste. Für die Ausgangssituation dieses Teilprojekts ist charakteristisch, dass es nahezu ausschließlich von Jugendlichen aus dem angrenzenden Wohngebiet besucht wird, die sich selbst als Angehörige der Minderheit der deutschen Sinti verstehen. Die Fachkräfte berichten, dass von den Stammbesucher*innen des Offenen Treffs erhebliche Vorurteile gegenüber Geflüchteten artikuliert wurden und schon bei ersten Begegnungen im Jugendhaus Einschüchterungsversuche zu beobachten waren. Auch in einem Gespräch der wissenschaftlichen Begleitung mit einigen Stammbesuchern wurden gravierende Vorurteile und Ablehnungshaltungen gegenüber Geflüchteten deutlich. Nicht zuletzt wurde den Geflüchteten von den männlichen Stammbesuchern das Recht bestritten, Kontakte zu weiblichen Jugendlichen aus der eigenen Herkunftsgruppe aufzunehmen und die eigene Aufgabe darin gesehen, diese vor Geflüchteten zu schützen. Das Jugendzentrum wurde von den Stammbesucher*innen als Einrichtung beschrieben, die schon seit langem Treffpunkt für einheimische Kinder und Jugendliche aus dem angrenzenden Wohngebiet sei und zudem wurde deutlich formuliert, dass es kein eigenes Interesse der Nutzer*innen daran gibt, dass neue Besucher*innen hinzukommen. Auf diese Situation bezogen wurde von einem Mitarbeiter das Selbstverständnis der Einrichtung als offenes Angebot problematisiert:

„Also wir müssen zur Diskussion stellen, ob wir uns überhaupt noch offenes Kinder- und Jugendhaus nennen können, wenn es eigentlich nicht mehr offen ist. (...) Wir haben hier hauptsächlich Sinti. Das ist ein Fakt. Die sind super und ich mag sie. Aber wenn wir uns offenes Kinder- und Jugendhaus nennen wollen, müssen wir es auch hinkriegen, dass diese Gruppe es akzeptiert, wenn hier auch andere kommen.“

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangssituation umfasste das Teilprojekt vor Ort zu Beginn die Zielsetzung, durch Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen Vorurteile seitens der Stammbesucher*innen gegenüber Geflüchteten abzubauen sowie eine Kommunikation über die Konflikte unter den Gruppen zu initiieren. Dies mit dem Ziel, offene Feindseligkeit und Ausgrenzung zu überwinden und Jugendlichen mit Fluchterfahrung die Anbindung an den Treff zu ermöglichen. Dieser Versuch ist aber weitgehend gescheitert, da es nicht gelungen ist, die Ablehnungshaltungen der Stammbesucher*innen aufzubrechen.

Nach Einschätzung der wissenschaftlichen Begleitung sowie der Fachkräfte liegen der ablehnenden Haltung der Stammbesucher*innen gegenüber Geflüchteten unterschiedliche Aspekte zugrunde. Zum einen handelt es sich hierbei erstens um das generelle Phänomen, dass Stammbesucher*innen ein Jugendhaus als ihr Terrain betrachten, das sie nicht mit anderen teilen wollen. Die Fachkräfte nehmen bei den Stammbesucher*innen die Sorge wahr, das Kinder- und Jugendzentrum, das sie sich als ihren Raum angeeignet haben, zu verlieren, wenn andere die Einrichtung besuchen und ihnen damit ihre Vormachtstellung an diesem Ort streitig machen könnten:

„Es ist hier ihr Jugendhaus, das bezeichnen sie so auch: ‚Das ist unser Jugendhaus‘. Ein Stück weit wollen wir das ja auch. (...) Wir wollen aber auch, dass sie akzeptieren, dass auch andere Personen vorbeikommen. Das ist dann für sie etwas Extremes. Da haben sie sofort Verlustängste, haben Angst, dass sie das Jugendhaus verlieren, wenn eine andere Gruppe hinzukommt.“

Diesbezüglich handle es sich nicht ausschließlich um eine Abgrenzung gegenüber Geflüchteten, sondern die Problematik würde sich, so die Einschätzung einer Fachkraft, auch bei anderen Gruppen zeigen, die neu in den Offenen Treff kommen:

„Aber ich glaub in den Offenen Treff könnten auch russische Jugendliche hier aus der Ecke kommen und das würde genauso scheppern, das würde vermutlich auch erstmal nicht gut gehen.“

Diese Situation kann erstens als ein klassischer Etablierten-Außenseiter-Konflikt (s. Elias/Scotson 1993) charakterisiert werden, der dadurch gekennzeichnet ist, dass eine bislang dominante Gruppe auf mögliche Veränderungen mit Abwehrhaltungen und Vorurteilen reagiert und versucht, Veränderungen zu verhindern. Zu dieser Verteidigung von Etabliertenvorrechten kommen zweitens Vorurteile gegenüber Geflüchteten hinzu, wie sie auch gesamtgesellschaftlich verbreitet sind. Diese überlagern sich drittens mit einem Selbstverständnis der jungen Sinti als Angehörige einer Minderheit, die historisch von Verfolgung und Ausgrenzung betroffen war und auch heute noch mit Diskriminierung konfrontiert ist. Ablehnungshaltungen und Vorurteile gegenüber Menschen mit Fluchterfahrung sind vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen mit Diskriminierung und Ausgrenzung immer auch eine Möglichkeit, eigene Probleme indirekt, als Kritik an einer angenommenen, ungerechten Privilegierung von Geflüchteten, zu artikulieren.

Die Überlagerung des Etablierten-Außenseiter-Konflikts zwischen Stammbesucher*innen und neuen Besucher*innen mit der spezifischen Situation der Sinti als diskriminierter Minderheit

führt den Fachkräften zu Folge dazu, dass eine Abwehrhaltung eingenommen wird, die kaum aufzubrechen ist:

„‘Die Flüchtlinge werden bevorzugt’. Diese Haltung ist wirklich schwer bei den Sinti rauszukriegen. Sie haben dafür gekämpft, dass sie jetzt alles haben, dass sie jetzt den Stellenwert haben, den sie haben. Und sie haben jetzt nach Jahren Verfolgung endlich mal einen festen Wohnsitz. ‚Und jetzt kommen die Flüchtlinge und kriegen alles in den Arsch geschoben‘.“

Während der Projektlaufzeit stellte sich dem entsprechend heraus, dass die Feindseligkeiten der Stammbesucher*innen (noch) zu massiv sind, um an dem Vorhaben festzuhalten, Begegnung im offenen Betrieb oder bei gemeinsamen Aktivitäten der Jugendlichen zu initiieren. Im Projektverlauf war dafür auch die Erfahrung folgenreich, dass es in der Anfangsphase des Teilprojektes zu einer Eskalation des Konfliktes in Form einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen den Stammbesucher*innen und jungen Menschen mit Fluchterfahrung kam. In der Folge wurde die Entscheidung getroffen, den Projektfokus zu verschieben: Das Ziel des Einbezugs von Geflüchteten in den offenen Betrieb wurde aufgegeben; stattdessen sollte durch das Angebot eines weiteren, noch nicht durch die Stammbesucher*innen besetzten Abends, an dem verschiedene Aktivitäten angeboten werden, jungen Menschen mit Fluchterfahrung eine Anbindung an die Einrichtung ermöglicht werden:

„Dann wollen wir den Donnerstag als eigenen Treff machen, weil wir gemerkt haben, das wir so viel Arbeit mit den Sinti-Jugendlichen haben und wir halsen uns jetzt nicht noch mehr auf und gehen Risiken ein, dass wir uns das wieder verscherzen mit den Flüchtlingsjugendlichen. Wir haben gesagt wir akzeptieren es, so schade wie es ist. Wir akzeptieren es erstmal und bieten denen einfach eine eigene Plattform.“

Eine Ursache der Ablehnungshaltung der Sinti-Jugendlichen gegenüber Geflüchteten wird von den Mitarbeitern auch in den Elternhäusern verortet, da angenommen wurde, dass die Jugendlichen von ihren Familien in ihrer Haltung bestärkt werden. Daher wurde angestrebt, auch an die Eltern der Stammbesucher*innen heranzutreten:

„Das sind tiefe familiäre oder auch traditionelle Geschichten, die brichst du nicht so einfach auf. Wir haben jetzt gesagt dass wir mit den Eltern sprechen.“

Der Kontakt zu den Eltern konnte während der Projektlaufzeit, trotz aufsuchender Arbeit und der Einladung in die Einrichtung („Offene Tür für Eltern“), nicht hergestellt werden.

Als weiterer Projektschwerpunkt wurde angestrebt, gezielte Gespräche mit den Stammbesucher*innen zu führen. Insbesondere gewalttätiges Verhalten und Vorurteile gegenüber Geflüchteten sollte mit den Sinti-Jugendlichen thematisiert werden. Um die Fachkräfte in Hinblick auf die pädagogische Arbeit mit den Sinti zu beraten, wurde von der wissenschaftlichen Begleitung der Kontakt zu einem Multiplikator aus der Minderheit hergestellt, was von den Fachkräften als hilfreich beschrieben wurde. Dabei ist die Überlegung entstanden, künftig ein Empowermentprojekt für jugendliche Sinti anzubieten, um diese zu einer offenen und selbstbewussten Auseinandersetzung mit der eigenen Situation – anstelle

einer indirekten und projektiven Bearbeitung durch die Abwehr von Geflüchteten – zu befähigen. An dieser Zielsetzung soll auch nach der Projektlaufzeit festgehalten werden.

Die Projektleitung eines Teilprojektes in Sachsen berichtet ebenfalls von erheblichen Konflikten zwischen Stammbesucher*innen und jungen Menschen mit Fluchterfahrung, als diese 2015/2016 vermehrt die Einrichtung der OKJA besuchten. Der Jugendklub wird von der Fachkraft als Einrichtung beschrieben, die bei ihrer Gründung in den 1990ern „sehr rechts gerichtet“ war und verweist auch auf eine Verbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen im Stadtteil. Bis 2016 gab es teilweise große Probleme mit Vorurteilen und Feindseligkeiten gegenüber geflüchteten Besucher*innen, ausgehend von einer Stammbesucher*innengruppe mit stark rassistischen Tendenzen, was auch zu gewalttätigen Konflikten führte. Die aufgeheizte Atmosphäre hatte zur Folge, dass die Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrung zum Teil u.a. mit Messern bewaffnet in den Treff kamen, um sich gegebenenfalls zu verteidigen:

„Das waren die Anfänge. Mit Messern sind sie aufgetaucht, Billardkugeln sind durch die Luft geflogen, zwischen Geflüchteten. (...) Ich hab auch eine Küchenaxt abgenommen und wir haben dann Rucksackkontrollen durchgeführt. (...) Der große Bruder sagt: ‚steck es ein, es ist sicherer‘ und dann wird das Messer auf dem Spielplatz gezeigt und dann rennen alle weg.“

Verschiedene Gesprächsversuche und andere Interventionsmaßnahmen hatten der Fachkraft zufolge keinen Erfolg. Erst Hausverbote, die in Reaktion auf eine Eskalation des Konfliktes zwischen männlichen Stammbesuchern und Besuchern mit Fluchterfahrung gegenüber einer Gruppe der Stammbesucher ausgesprochen wurden, führten zu einer Entspannung der Situation. Die Fachkraft berichtet, dass in der Folge eines Streits zwischen Stammbesuchern und Besuchern mit Fluchterfahrung ein Jugendlicher aus der rechten Fanszene eines Fußballclubs von Stammbesuchern in den Jugendklub gerufen wurde, um mit Gewalt gegen die jungen Menschen mit Fluchterfahrung vorzugehen. Daraufhin haben die Fachkräfte die Polizei gerufen und im Anschluss Hausverbot gegen die Gruppe Stammbesucher ausgesprochen, die seitdem nicht mehr in die Einrichtung kommen.

„Es gab Besucher, die man klar fremdenfeindlich einstufen kann. (...) Einmal wurde sich um Playstation-Zeiten gestritten. Da kamen dann rechtsextreme Fußballfans und die haben jemand angerufen, der in die Einrichtung gestürmt kam. Er hat die Flüchtenden mit ‚ich bring euch um‘ beschimpft(...). Die Person kam verumumt hier rein, mit Handschuhen und allem Drum und Dran. Daraufhin haben wir die Polizei gerufen und die einzige Frage war nur: ‚sind Ausländer beteiligt?‘ (...) Die [Gruppe fremdenfeindlicher Stammbesucher] haben seit dem Hausverbot und jetzt sind die in einer Ausbildung oder so. Sie sind seitdem nicht wieder hergekommen.“

Die Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrung haben nach diesem Vorfall weiterhin die Einrichtung besucht. Trotz dieses Teilerfolgs wird das Vorgehen der Polizei als problematisch beschrieben, da diese nach Einschätzung der Fachkräfte nicht gegen den eigentlichen Aggressor, sondern massiv gegen die Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrung vorgegangen ist:

„Die [Besucher mit Fluchterfahrung] hatten dann Respekt, weil die Polizei nicht gegen denjenigen vorgegangen ist, der die Morddrohungen ausgesprochen hat, sondern gegen die Geflüchteten. Die haben die kontrolliert. Die wurden hier wie Schwerverbrecher an die Wand gestellt und von oben bis unten durchsucht. Und dann wurden die Ausweise kontrolliert. (...) Das wurde dann so hocheskaliert von der Polizei.“¹⁵

Die Mitarbeiter*innen berichten, dass seitdem ein neuer Stamm an Besucher*innen aufgebaut werden konnte, welcher „sehr wenig bis keine von vornherein rassistischen Einstellungen habe“. Die Zahl der Besucher*innen mit Fluchterfahrung war bis zum Projektbeginn jedoch wieder zurück gegangen, was unter anderem auf eine längere Schließzeit aufgrund eines zwischenzeitlichen Umzugs zurückgeführt wird, sowie darauf, dass viele unbegleitete minderjährige Geflüchtete nicht mehr in der Gegend leben und Jugendhilfeeinrichtungen für UMAS abgebaut wurden. Dennoch kamen in den letzten Monaten vor Projektbeginn vereinzelt jüngere Menschen mit Fluchterfahrung alleine oder in kleinen Gruppen in die Einrichtung. Diese als Stammbesucher*innen zu gewinnen sowie die Festigung der weitgehend vorurteilsfreien Haltung der Stammbesucher*innen waren zentrale Ziele des Projektes. Während das Miteinander zwischen Besucher*innen mit und ohne Fluchterfahrung in der Einrichtung zum Zeitpunkt des Projektes als unproblematisch beschrieben wird, kommt es seitens der Bewohner*innen des Stadtteils jedoch immer wieder zu Anfeindungen gegenüber der Einrichtung und den Besucher*innen mit Fluchterfahrung (siehe hierzu Kapitel 5.2.5).

Eine weitere sächsische Jugendeinrichtung berichtet ebenfalls, dass mit dem Zuzug von Geflüchteten die Anzahl insbesondere männlicher Besucher Ende 2017, Anfang 2018 plötzlich und unerwartet anstieg. Die durch die große Zahl neuer Besucher entstandene unübersichtliche Situation machte die pädagogische Arbeit für die Fachkräfte schwierig, zumal es auch zu gewalttätigen Konflikten unter den Jugendlichen kam. Diese Situation war Ausgangspunkt für die Teilnahme am Projekt der AGJF Sachsen:

„Bis vor einem Jahr, zum Zeitpunkt der Bewerbung zu dem Projekt, gab es einen Besucheransturm, von dem wir betroffen waren. Also zwischen 50 und 80 junge Menschen die auf einmal aufgeschlagen sind. Die pädagogische Arbeit war kaum noch machbar. (...) Es gab dann eine Vermischung aus denen die schon hier waren und da hatten wir zu tun die Regeln einigermaßen einzuhalten. Es gab auch viele kritische Situationen mit körperlichen Auseinandersetzungen. Einmal wurde auch ein Messer gezogen.“

Nach Einschätzung der Fachkräfte verliefen die Konfliktlinien nicht primär zwischen den Stammbesuchern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung, sondern vielmehr kam es zu herkunftsübergreifenden Gruppenbildungen:

„Es waren untereinander Konflikte, das war ja eine riesen Gruppe (...). Es gab natürlich unter den Gruppen Konflikte. Die Gruppen waren aber nicht nach Nationalitäten aufgeteilt. Einfach nach

¹⁵ Auch eine andere Einrichtung in Sachsen berichtete von einem problematischen Polizeieinsatz im Jugendhaus, der sich gegen einen zehnjährigen Geflüchteten richtete.

Hosenfarbe, Fingernägel, irgendwas. Da waren auch Einheimische und Geflüchtete gemischt. Das waren sehr durchmischte Leute, ganz bunt.“

Seit den Sommerferien 2018 kommen die Jugendlichen, die mit dem Projekt adressiert werden sollten, nicht mehr in die Einrichtung und sind auch nicht mehr in der Gegend anzutreffen, was die Fachkräfte sich damit erklären, dass die Jugendlichen mit Fluchterfahrung unter anderem aufgrund der Auflösung von Wohngruppen weggezogen sind.

Während der Projektlaufzeit wurde der Treff größtenteils von einheimischen Kindern und jüngeren Jugendlichen besucht, unter denen offene Feindseligkeiten keine große Rolle spielen. Statt offensiver Ausgrenzungen gegenüber neuen Besucher*innen mit Migrationshintergrund ging man sich vielmehr aus dem Weg, was möglich ist, da die Einrichtung über sehr große Räumlichkeiten mit voneinander abgetrennten Zimmern und ein weitläufiges Außengelände verfügt. Dennoch berichten die Fachkräfte auch von fremdenfeindlichen Einstellungen unter den Besucher*innen:

„Fremdenfeindliche Einstellungen werden immer mal wieder geäußert. Auch Vorurteile und die üblichen Klischees, egal ob bei Jugendlichen oder Kindern. Oft hört man das Elternhaus heraus. Aber auch Besucher*innen mit eigenem Migrationshintergrund sind nicht jedem oder jeder aufgeschlossen.“

In der Vergangenheit haben sich die Fachkräfte klar gegen vereinzelt offensiv rechtsextrem auftretende Besucher positioniert und klar gemacht, dass derartiges Gedankengut in der Einrichtung nicht toleriert wird:

„Es gab ein, zwei ganz klar definierte Spezialisten, die mit Heil-Hitler-Rufen provozierten. Wir haben darauf reagiert und gesagt: ‚Nicht hier, hier bist du fehl am Platz‘. (...) Es haben aber nicht nur Deutsche provoziert, sondern auch Leute mit anderen Nationalitäten. Wir haben mit ihnen diskutiert aber da war schon klar, dass bestimmte Sachen hier im Haus einfach nicht gehen.“

Die Abgrenzung gegen rechts wird in der Einrichtung deutlich kommuniziert. So hängen in den Fenstern antirassistische Plakate und auch eine Aktion im Rahmen des Teilprojektes, bei welcher Flaggen unterschiedlicher Nationalitäten an die Fassade des Hauses angebracht wurden, sollen Offenheit für Vielfalt und eine klare Positionierung gegen Fremdenfeindlichkeit signalisieren. An Wochenenden besteht die Möglichkeit, die Räumlichkeiten der Jugendeinrichtung zu mieten. Durch die (Neu-)Gestaltung der Fassade konnten neue Kontakte zu migrantischen Personen und Gruppierungen aufgebaut werden.

Die Anbindung von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung aus einer benachbarten Gemeinschaftsunterkunft war zentrale Zielsetzung eines weiteren Teilprojektes in Sachsen. Seitens der Fachkräfte wurde berichtet, dass ablehnende Einstellungen und Vorurteile der mehrheitlich einheimischen Besucher*innen zwischen 12 und 14 Jahren für die Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrung eine Zugangsbarriere darstellten, auch wenn diese hier nicht zu offensiven Konflikten führen und im Rahmen des Projektes durch Begegnung und gemeinsame Aktivitäten zu Teilen bereits abgebaut werden konnten.

Den Fachkräften zufolge haben sich einige der Stammbesucher*innen rechtspopulistische Denkmuster zu Eigen gemacht, welche von den zum Teil AfD-nahen Elternhäusern übernommen wurden. Ablehnende Einstellung gegenüber Geflüchteten äußerten sich im Vorfeld des Projektes jedoch eher selten im direkten Kontakt mit Menschen mit Fluchterfahrung, sondern wurden vielmehr dann artikuliert, wenn die Kinder und Jugendlichen aus der Gemeinschaftsunterkunft nicht anwesend waren oder zeigten sich nonverbal, beispielsweise durch ein Ignorieren der Besucher*innen mit Fluchterfahrung. Dennoch wurde auch von wiederkehrenden kleineren Konflikten und Ausgrenzungsversuchen seitens der Stammbesucher*innen berichtet, welche die Besucher*innen aus der Gemeinschaftsunterkunft, so die Einschätzung eines Mitarbeitenden, davon abhalten, regelmäßig und selbstständig in den Treff zu kommen:

„Zum Beispiel haben die Mädels aus der Gemeinschaftsunterkunft in der Küche Musik gehört und ein bisschen getanzt. Dann kam ein Jugendlicher und hat gesagt ‚macht diese Afrikanermusik aus‘, (...) rassistische Äußerungen haben da auf jeden Fall eine Rolle gespielt. (...) Besonders eine Person hat permanent gestichelt und irgendwelche Punkte gesucht, damit die irgendwie vor die Tür gesetzt werden. (...) Und das ist auch einer der Gründe, die dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen aus der Gemeinschaftsunterkunft nicht unbedingt so gerne hier her kommen. (...) Ich glaube, dass es die letzten Male immer zu Konfliktsituationen kam, bei denen es auch mal lauter wurde. Das stellt natürlich eine Barriere dar.“

Dass es in der Einrichtung nur punktuell zu offensiver Ausgrenzung und Konflikten kommt, führen die Fachkräfte einerseits auf den eher jungen Altersschnitt der Besucher*innen zwischen 12 und 15 Jahren zurück sowie darauf, dass diese aufgrund klarer Positionierungen der Mitarbeiter*innen gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit und diesbezüglichen Regeln wissen, dass entsprechende Äußerungen in der Einrichtung nicht erwünscht sind. Für die Mitarbeitenden bleibt dabei jedoch die Frage offen, ob die Positionierung der Einrichtung tatsächlich zu einer Einstellungsänderung bei den Kindern und Jugendlichen führt oder ob sich diese lediglich den Verhaltenserwartungen der Einrichtung anpassen. Dass einige Jugendliche bereits von einer Annäherung an die rechte Szene Abstand genommen haben, wird jedoch als Indiz für den Erfolg der politischen Auseinandersetzung mit den Stammbesucher*innen gesehen:

„Du merkst, dass viele Besucher, die hier her kommen, von zu Hause aus eher rechtes Gedankengut vorgetrichert kriegen. (...) Da mussten wir uns natürlich auch super stark positionieren.“

„Wir reden viel über politische Themen und Ansichten mit den Kids. Oftmals schwingt bei den Kindern und Jugendlichen Alltagsrassismus mit. Wir positionieren uns klar dagegen und reden oft darüber. Wir reden aber auch über andere Themen wie Homophobie Sexismus. Ich hab schon das Gefühl (...), gerade auch durch die Regeln die wir aufgestellt haben, dass die Kids wissen was man hier sagen und was man nicht sagen darf. Ob die Kids das im Alltag außerhalb der Einrichtung auch so machen oder so sehen, weiß ich natürlich nicht. In letzter Zeit habe ich aber das Gefühl, dass viele von denen, die sich aus einer kleinen Rebellion heraus in die rechte Szene entwickelt haben, dass jetzt wieder revidieren.“

In einem Stadtteilzentrum an einem Projektstandort in Baden-Württemberg, in dem auch Offene Kinder- und Jugendarbeit stattfindet, waren Konflikte zwischen Stammbesucher*innen und neuen Besucher*innen mit Fluchterfahrung sowie ablehnendes Verhalten und Vorurteile diesen gegenüber Ausgangssituation und Anstoß für die Teilnahme am Projekt „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“. Die Einrichtung liegt in einer Hochhaussiedlung, in der, so die Beschreibung der Einrichtungsleitung, „verschiedene Nationalitäten auf engem Raum zusammen leben“. In unmittelbarer Nähe befindet sich eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete. Einige Bewohner des Viertels sind nach Einschätzung der Fachkräfte sehr negativ gegenüber Geflüchteten eingestellt und machen das Stadtteilzentrum, welches seit einigen Monaten vor Projektbeginn auch von Menschen mit Fluchterfahrung besucht wird, für Probleme im Stadtteil (Gewalt, Vandalismus, Drogenhandel) mit verantwortlich. Auch bei den Stammbesucher*innen der Einrichtung, mehrheitlich aus den Ländern des Balkan zugewanderte Familien, zeigen sich den Fachkräften zufolge nationalistische Tendenzen und eine Ablehnung von Geflüchteten. Insbesondere im Bereich der OKJA werde ablehnendes Verhalten der Stammbesucher*innen gegenüber jungen Menschen mit Fluchterfahrung deutlich. Einige Stammbesucher*innen drohten den Fachkräften gegenüber, nicht länger den offenen Treff zu besuchen, solange sich ebenfalls Geflüchtete dort aufhalten. Die Ablehnungshaltung äußere sich sowohl durch verbale als auch körperliche Auseinandersetzungen. Immer wieder komme es auch zu aggressiven Auseinandersetzungen zwischen den bisherigen Besucher*innen und den neu hinzugekommenen Besucher*innen mit Fluchterfahrung. Die Konflikte fänden vorrangig unter Kindern und Jugendlichen statt, aber gelegentlich gingen auch Erwachsene aktiv gegen Jugendliche mit Fluchterfahrung vor.

Vor diesem Hintergrund war es eine zentrale Zielsetzung des Teilprojektes, Vorurteile gegenüber Geflüchteten abzubauen und Akzeptanz und Zusammenhalt in der Einrichtung und im Stadtteil zu fördern. Dies sollte unter anderem durch Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten, insbesondere im Rahmen eines Selbstverteidigungstrainings, das gemeinschaftliche Erarbeiten einer Hausordnung sowie die Zusammenarbeit bei der Organisation eines Stadtteilstestes geschehen.

Im Rahmen des Teilprojektes wurde zudem ein Komitee als neues Mitbestimmungsgremium für das Stadtteilzentrum entwickelt. Entgegen der Erwartung der Fachkräfte wurden auch zwei Jugendliche mit Fluchterfahrung in das Komitee gewählt. Unklar bleibt, ob es in den ersten Projektmonaten bereits zu einer Verbesserung der Akzeptanz von Geflüchteten gekommen war oder diesbezüglich von Anfang an bessere Ausgangsbedingungen vorlagen, als seitens der Fachkräfte zunächst angenommen wurde:

„Wir hätten nie gedacht, dass Flüchtlinge tatsächlich gewählt werden. Aber das zeigt ja, dass genügend Frequenz von Flüchtlingen da ist oder einige Sympathien zu Flüchtlingen haben. Da liegt mehr als wir dachten. So dass sich das jetzt von selbst ergeben hat.“

Nach sieben Monaten Projektlaufzeit wurde seitens der Einrichtungsleitung die Einschätzung geäußert, dass sich eine Verbesserung im Sinne einer Abschwächung der beschriebenen Konfliktlage abgezeichnet hat:

„Insgesamt ist etwas mehr Kommunikation zwischen Geflüchteten und anderen Stammbesuchern zu beobachten. Grenzen zwischen alteingesessenen Stammbesuchern und den neuen Stammbesuchern beginnen an der einen oder anderen Stelle leicht zu verschwimmen. Das ist jedoch sehr stark von den einzelnen Personen abhängig.“

Nach zwölf Monaten seien nach Einschätzung der Einrichtungsleitung keine Ausgrenzungsprozesse gegenüber Besucher*innen mit Fluchterfahrung mehr wahrzunehmen, die sich während der Projektlaufzeit als Teil der Stammbesucher*innen der Einrichtung etabliert haben:

„Jetzt haben wir’s erreicht, Flüchtlinge gehören einfach genauso dazu, wie alle anderen. Da ist jetzt kein Unterschied mehr zwischen neuangekommenen und alteingesessenen mehr in unserem Haus.“

Die zunehmende Akzeptanz von Besucher*innen mit Fluchterfahrung wird von der Einrichtungsleitung auch darauf zurückgeführt, dass durch die Einführung und die Arbeit des Komitees (siehe hierzu Kapitel 5.4.) das Verantwortungsbewusstsein der Nutzer*innen für die Einrichtung gestärkt wurde und ein neues Gemeinschaftsgefühl entstanden sei. Dies werde beispielsweise daran deutlich, dass Feste, die zuvor von und für einzelne Gruppen organisiert wurden, nun für alle, auch für Menschen mit Fluchterfahrung, zugänglich seien:

„Das ist die Frucht, (...) dass die Flüchtlinge jetzt selbst anfangen sich mit dem Haus zu identifizieren, dass sie sich engagieren und Partys organisieren, die dann auch offen sind für alle und nicht nur für die Stammbesucher alleine. Das denke ich ist schon eine Frucht dieser Komiteearbeit. Dass jetzt auch wie selbstverständlich, wie im Komitee eben auch, die Flüchtlinge dazu gehören und man nicht nur ein internes Fest macht sondern eines das offen ist für alle.“

Eine fundierte Einschätzung dazu, ob bzw. inwieweit dies auf die gezielten Aktivitäten des Teilprojektes zurückgeführt werden kann oder ob beispielsweise Gewöhnungseffekte für die Entspannung der Situation verantwortlich waren, kann hier nicht vorgenommen werden.

Von der Einrichtungsleitung wurde auf Nachfrage auch darauf hingewiesen, dass einige ehemalige Stammbesucher*innen, die oder deren Familien starke Ablehnungshaltungen gegenüber Geflüchteten haben, nicht mehr in die Einrichtung kommen. Die Entspannung der Situation könnte somit auch auf Verdrängungsprozesse zurückzuführen sein.

„Leider gibt es einige die nicht mehr kommen, das sind die Hardliner. Die AfD hat in unserem Stadtteil und im angrenzenden die Mehrheit von allen Parteien. (...) Es genügt, dass sie [die Geflüchteten L.S.] eine Daseinsberechtigung haben im Haus, das hat bei uns schon Leute provoziert. Die Eltern sagen ‚dort sind Flüchtlinge da gehst du nicht mehr hin.‘“

Um derartige Verdrängungsprozesse von Stammbesucher*innen und Konflikte bei der Anbindung neuer Zielgruppen zu vermeiden, ist es wichtig, dass die Stammbesucher*innen sich in ihren Bedürfnissen und möglichen Ängsten gesehen fühlen und eine Konkurrenzsituation zwischen etablierten und neuen Besucher*innen vermieden wird. Eine Fachkraft weist im Rückblick auf die Erfahrungen eines anderen Teilprojektes darauf hin, dass es insbesondere bei Vorbehalten der Stammbesucher*innen wichtig sei, dem angestrebten Anbindungs- und Öffnungsprozess für junge Menschen mit Fluchterfahrung Zeit zu geben, anstatt diesen in

kurzer Zeit erzwingen zu wollen. Die anfängliche Forcierung einer Begegnung der Jugendlichen, dies ohne Bereitschaft der Stammbesucher*innen, habe sich als hinderlich herausgestellt und stellte im weiteren Projektverlauf keine zentrale Zielsetzung mehr dar:

„Gut war sicherlich auch, kein Aufeinandertreffen unserer unterschiedlichen Besucher im Jugendhaus zu erzwingen. So gelang es, dass sich die verschiedenen Besuchergruppen in unserem Haus zwar regelmäßig sahen, sich aber niemand durch den Anderen gestört oder gar verdrängt fühlte.“

Auch eine offen kommunizierte Schwerpunktsetzung auf die Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung an das Jugendhaus, habe zu einer Verstärkung der Widerstände gegenüber den neuen Besucher*innen geführt. Anstatt diese zum Kernthema zu machen, was die Angst vor Bevorzugung einer anderen Gruppe verstärken könnte, wäre es aus Sicht der Fachkraft stattdessen hilfreich gewesen, die Handlungsziele zur Anbindung junger Menschen mit Fluchterfahrung selbstverständlich und nebenbei in die pädagogische Arbeit zu integrieren:

„Mit diesem Fokus haben wir es uns am Anfang schwer gemacht. Wir hatten gesagt, wir müssen jetzt die Flüchtlingsjugendlichen [erreichen L.S.]. Ich glaube man sollte einfach machen.“

Auch an einem weiteren Standort in Baden-Württemberg zeigte sich, dass eine geringe Bereitschaft der Stammbesucher*innen, junge Menschen mit Fluchterfahrung einzubinden, den Projekterfolg beeinträchtigt hat. Geplant war dort, mit einer Gruppe von Stammbesucher*innen Ideen zu erarbeiten und Angebote zu entwerfen, um Jugendliche mit Fluchterfahrung in das Jugendhaus einzubinden, die bislang nicht zu den Stammbesucher*innen gehörten. Die geschlechtergemischte Gruppe bestand aus vier bis sieben Jugendlichen, mehrheitlich Russlanddeutsche¹⁶ sowie Kindern von ehemaligen Arbeitsmigrant*innen. Während eine der Fachkräfte beschrieb, dass die Jugendlichen sehr offen dafür waren, Jugendliche mit Fluchterfahrung einzuladen, schildert ihr Kollege hingegen den Eindruck, dass das Ziel Geflüchtete einzubeziehen von der Fachkraft gesetzt wurde und nicht dem Interesse der Jugendlichen entsprach. Er verweist auch auf ablehnende Haltungen gegenüber Geflüchteten unter den Stammbesucher*innen:

„Die Jugendlichen haben im besten Fall eine neutrale Haltung gegenüber Geflüchteten. In manchen Fällen auch nicht und durch russische Medien (...) oder durch die eigenen Eltern, eine negative Einstellung gegenüber Geflüchteten. Auch unter den sieben. (...) Die wollten nicht aktiv Geflüchtete ran holen, sie hatten eher eine ‚ja ok, wenn’s sein muss‘ - Einstellung.“

Die aus seiner Sicht fehlende Motivation zieht er als Begründung dafür heran, dass es im Rahmen des Projektes nicht möglich war, gemeinsam mit den Stammbesucher*innen Ideen zu entwickeln, wie die neue Zielgruppe angesprochen werden kann. Die Abgrenzung von Stammbesucher*innen gegenüber neuen Jugendlichen beschreibt er dabei in zugespitzter Form als eine erwartbare Reaktion von Jugendlichen, denen er unterstellt, generell nicht offen

¹⁶ Das Jugendhaus hatte vor mehreren Jahren das Ziel, insbesondere die russlanddeutsche Community anzusprechen, deren Kinder auch heute noch in die Einrichtung kommen und einen Großteil der Stammbesucher*innen ausmachen.

gegenüber anderen zu sein, die nicht bereits zum eigenen Freundeskreis bzw. der eigenen Clique gehören; weiter geht er davon aus, dass sich diese pauschale Ablehnung gegenüber Geflüchteten aufgrund gesellschaftlich verbreiteter und familiär überlieferter Vorurteile verstärkt:

„Das hab ich aber auch nicht anders erwartet ehrlich gesagt. Die Jugendlichen sind ja von Natur aus erst mal gruppenfixiert. Auch ohne die jeweilige Herkunft in den Vordergrund zu stellen sind die ja schon sehr selektiv, was Kontakte anbelangt. Ihre Peergroup ist da schon ein zentrales Thema. (...) Das sind dann gleich zwei Faktoren, die sie nicht so toll finden. Neue Jugendliche und Geflüchtete, gleich doppelte Ablehnung. Also vielleicht nicht doppelt, aber eine gewisse Ablehnung lässt sich erkennen.“

Projekte, die auf die Integration von jungen Menschen mit Fluchterfahrung in die offene Jugendarbeit zielen, können also keineswegs voraussetzen, dass die Stammbesucher*innen dazu bereit sind, Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung als neu hinzukommende Besucher*innen zu akzeptieren. Widerstände dagegen sind potenziell aus einer Überlagerung des Interesses der Stammbesucher*innen, das Jugendhaus als einen Ort zu verteidigen, den sie weitgehend exklusiv für eigene Aktivitäten nutzen können und an dem sie die Atmosphäre bestimmen können mit durch Vorurteile untermauerten Abwehrhaltungen begründet, die gesellschaftlich verbreitet sind und ggf. auch in den eigenen Familien verstärkt werden. Zudem sind Ablehnungshaltungen gegenüber Geflüchteten für Jugendliche auch eine Möglichkeit, Gefühle eigener Benachteiligung zu artikulieren, indem die vermeintliche Privilegierung von Geflüchteten als ungerecht kritisiert und darin eine Möglichkeit gesehen wird, indirekt eine Anerkennung der eigenen Probleme einzufordern.

Um Maßnahmen, die zu einer Öffnung von Jugendhäusern für junge Menschen mit Fluchterfahrung beitragen, bei vorhandenen Abwehrhaltungen der Stammbesucher*innen sinnvoll und gezielt einsetzen zu können, ist es u. E. zunächst unverzichtbar, die Gründe der Ablehnungshaltungen sowie deren Funktionalität genauer zu analysieren. Denn wie gezeigt können Versuche, diese direkt durch Begegnungen aufzubrechen, unter bestimmten Bedingungen scheitern. Deshalb kann es sinnvoll sein, bei einer massiven Ablehnung von Geflüchteten, die auch im sozialen Umfeld fest verankert ist, zunächst auf Angebote des Empowerments, der Gemeinwesenarbeit oder auf politische Bildung zu setzen, anstatt Begegnungsprojekte zu initiieren, die aufgrund fehlender Bereitschaft zum Scheitern verurteilt sind. Auch eine klare Positionierung der Fachkräfte gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung und Gespräche mit den Besucher*innen, die zur Reflexion anregen, können dazu beitragen, Konflikte und offensive Ausgrenzung innerhalb der Einrichtung zu verhindern.

Das Beispiel einer Einrichtung in einer Kreisstadt in Sachsen, in welcher rechte Einstellungen innerhalb der Bevölkerung ebenfalls verbreitet sind¹⁷, zeigt, dass diese nicht zwangsläufig eine Rolle bei der Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung an Einrichtungen der OKJA spielen müssen und verdeutlicht diesbezügliche Erfolgsbedingungen:

Das Miteinander zwischen Besucher*innen mit und ohne Fluchterfahrung¹⁸ innerhalb der Einrichtung, welches seit 2015 insbesondere durch die Kooperation mit einem Verein der Geflüchteten-Unterstützung aufgebaut wurde, wird als positiv beschrieben und habe in der Vergangenheit nicht zu Ausgrenzung oder zu Konflikten geführt:

„Widerstand haben wir eigentlich gar nicht gespürt. In unserer Arbeit gar nicht. (...) Das ist sicherlich im Stadtteil ein Thema gewesen aber das haben wir so nicht gespürt. (...) Ich denke [Name der Stadt] ist da generell ein bisschen behaftet.“

Dass die Anbindung der Besucher*innen mit Fluchterfahrung, trotz der Verbreitung rechter Einstellungen im lokalen Umfeld, nicht zu Konflikten innerhalb der Einrichtung führte, wird durch die Fachkräfte auf unterschiedliche Aspekte zurückgeführt: Zum einen darauf, dass mehrheitlich Kinder zwischen 8 und 12 Jahren in der Treff kommen, für die Herkunft noch kein relevantes Unterscheidungsmerkmal darstelle. Zudem erfolgte die Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung über mehrere Jahre schrittweise, so dass langsame Gewöhnungsprozesse möglich waren. Darüber hinaus wird von den Fachkräften angemerkt, dass die Einrichtung nicht über eine verfestigte Stammbesucher*innenschaft verfügt, sondern in der Vergangenheit immer wieder wechselnde Besucher*innengruppen in die Einrichtung kamen, was der Entstehung eines einem Etablierten-Außenseiterkonflikt entgegengewirkt hat:

„Diesen Wechsel von der Klientel gab es ja schon immer. Das gab es bereits bevor ich angefangen habe als die russischen Familien hierher kamen. Das verteilte sich dann wieder und dann waren die wieder weg und jetzt kommt halt die nächste Welle.“

5.2.2. Vielfalt als Herausforderung

In einem Jugendhaus in Baden-Württemberg, bei dem eine positive Grundhaltung der Besucher*innen zu Geflüchteten gegeben war und ablehnendes Verhalten der Stammbesucher*innen bei der Projektplanung deshalb keine Rolle spielte, zeigten sich Schwierigkeiten bei der Realisierung des Projektziels junge Menschen mit Fluchterfahrung an die Einrichtung anzubinden. Für dieses Jugendhaus formulierten die Mitarbeiter*innen die

¹⁷ Bei den Landtagswahlen 2019 haben fast 31% der Bewohner*innen die rechtsradikale Partei AfD gewählt, welche somit nach der CDU zweitstärkste Partei wurde. In der Kommunalpolitik haben die Linken seit Jahren eine Mehrheit der Stimmen, dicht gefolgt von der AfD.

¹⁸ 30% - 40% der Besucher*innen sind nicht deutscher Herkunft. Bei den einheimischen Besucher*innen handelt es sich zum Großteil um Kinder aus sozial benachteiligten Familien, deren Eltern nicht ins Berufsleben integriert sind. Der Anteil von männlichen und weiblichen Besucher*innen ist ausgeglichen.

Einschätzung, dass einige der Stammbesucher*innen vor Projektbeginn sehr aufgeschlossen gegenüber Geflüchteten waren, während die Mehrheit eine eher desinteressierte, aber keineswegs ablehnende oder feindselige Haltung hatten. Für die Fachkräfte war es eine zentrale Erkenntnis des Teilprojektes, dass der gemeinsame Umgang trotz des Wunsches bzw. der Bereitschaft, miteinander in Kontakt zu treten, für die Jugendlichen mit Schwierigkeiten verbunden war. Auch für Jugendliche, die eine politisch motivierte positive Grundeinstellung gegenüber Geflüchteten haben, erwies es sich in einigen Situationen als schwierig, Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten positiv zu gestalten. So war es für die politisierten, nicht-religiösen Stammbesucher*innen z. B. eine irritierende Erfahrung, dass für einige Geflüchtete religiöse Vorschriften bedeutsam bei gemeinsamen Aktivitäten waren:

„Es gibt manche, die das wollen und auch mit angetriggert haben, (...) die sehr politisch sind, aber gleichzeitig furchtbare Berührungängste haben, wenn sie ihnen gegenüber stehen. Das war ihnen aber vorher gar nicht bewusst. Das haben die Jugendlichen auch thematisiert, dass ihnen erst jetzt klar wurde, dass es Schwierigkeiten mit sich bringen kann und nicht alles easy ist. Dass es ganz schön schwer sein kann, wenn da plötzlich Geflüchtete in der Küche stehen und man nicht weiß, wie man miteinander umgehen soll. Religion ist etwas, was sie bei uns total blöd finden und plötzlich sollen religiöse Gesetze beim Kochen beachtet werden.“

Auch eine weitere Fachkraft, die die hier angesprochene Kochgruppe begleitete, berichtet von generellen Berührungängsten und Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme unter den sich zuvor unbekanntem Jugendlichen:

„Da habe ich schon Brücken bauen können und die ins Gespräch gebracht, aber es ist den Jugendlichen schwergefallen, selbstständig Kontakt aufzubauen. Diese typische ‚Was sag ich jetzt eigentlich? Oder wie können wir jetzt miteinander sprechen?‘ - Situation. Wie es halt so ist, wenn man mit einer großen Gruppe von seinen Freunden da ist und dann jemand neues kommt. Das ist eine schräge Situation.“

Die Mitarbeiterin beschreibt im Weiteren, dass Konflikte und Schwierigkeiten im Teilprojekt nicht nur auf Vorurteile gegenüber Geflüchteten, sondern auch auf problematische Verhaltensweisen von Jugendlichen mit Fluchterfahrung zurückzuführen sind. Sie weist darauf hin, dass diese zwar aufgrund der biografischen und aktuellen Belastungen von jungen Menschen mit Fluchterfahrung verständlich sind, gleichwohl aber eine Herausforderung auch für die Mitarbeiter*innen darstellen. Um damit angemessen umgehen zu können, sei es entscheidend, zwischen einer grundsätzlichen Ablehnung Geflüchteter und Reaktionen auf problematisches Verhalten einzelner Jugendlicher zu differenzieren:

„Wenn dann Jungs kommen, die echt schwer belastet sind, die in der Familie große Probleme haben, mit Klauen große Probleme haben, mit Sucht große Probleme haben; wenn die hier landen, sind das natürlich Jungs, die man zunächst total blöd und Scheiße findet. Das sind keine angepassten Leute, die machen Stress. Dass es natürlich auch deutsche Jungs gibt, die genauso verloren sind, ist klar. Aber wenn das Geflüchtete sind, die wir ins Jugendhaus integrieren wollen, ist klar, dass das zu Konflikten führt und nachvollziehbar, dass es Stress geben wird.“

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung wurde diesbezüglich deutlich, dass es den Mitarbeiter*innen im fachlichen Austausch generell schwerfiel, problematische

Verhaltensweisen von einzelnen Jugendlichen mit Fluchterfahrung zur Sprache zu bringen, da sie nicht in den Verdacht geraten wollten, selbst Vorurteile zu haben oder diese zu verstärken. Angesprochen ist damit, in einer politisch aufgeladenen Atmosphäre, problematische Verhaltensweisen (auch) von jungen Menschen mit Fluchterfahrung anzusprechen, ohne in falsche Verallgemeinerung zu verfallen und ohne dass dies als Bestätigung von Vorurteilen missverstanden wird. Eine fachliche Kommunikation, auch über mögliche Schwierigkeiten und Konflikte mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung in der OKJA, ist unserer Meinung nach jedoch wichtig, um einen konstruktiven Umgang mit diesen zu finden.

Von einigen Fachkräften wurde diesbezüglich auch betont, dass Konflikte nicht nur negativ zu sehen sind, sondern im Gegenteil gerade Anlässe für gezielte pädagogische Aktivitäten und Lernprozesse bieten. So können Auseinandersetzungen beispielsweise als Ansatzpunkt aufgegriffen werden, um über grundsätzliche Themen in den Austausch zu treten und so zu wechselseitiger Verständigung beizutragen:

„Der Konflikt ist die beste Integrationsmethode. (...) Zunächst lernt man die Stresser am besten kennen. Man kennt die Namen dann gut. Und wenn es dann wirklich mal eskaliert, dann ist das oftmals ein Anhaltspunkt, um sehr intensiv darüber zu reden: was normal ist, wie eine Gesellschaft funktionieren kann, wie man mit Gefühlen umgeht und wie man mit Beleidigungen umgeht. Ich würde sagen, ich habe die intensivsten Erfahrungen genau dann mit Leuten gemacht wenn’s vorher geklatscht hat.“

Damit ist treffend darauf hingewiesen, dass das Ziel der Integration von jungen Menschen mit Fluchterfahrung in die offene Jugendarbeit auch die Herausforderung beinhaltet, potenzielle Konflikte zwischen Stammbesucher*innen sowie Mitarbeiter*innen und Besucher*innen mit Fluchterfahrung zu bearbeiten. Das unterscheidet offene Jugendarbeit mit Geflüchteten jedoch keineswegs grundsätzlich von der Arbeit mit anderen Zielgruppen, da Konflikte in der offenen Jugendarbeit nichts Außergewöhnliches, sondern immer dann der Normalfall sind, wenn Jugendarbeit tatsächlich für Besucher*innen mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen und Interessen offen ist.

5.2.3. Aufbrechen von Gruppenkonstruktionen und Abbau von Vorurteilen durch Begegnungen

Direkte persönliche Begegnungen gelten als ein entscheidendes Mittel, um Vorurteile abzubauen. Es wird angenommen, dass Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen deshalb durch Begegnung überwunden werden können, weil diese die Möglichkeit bietet, dass eine wechselseitige Wahrnehmung als Individuum - mit jeweiligen persönlichen Stärken und Schwächen - an die Stelle kategorialer Wahrnehmung als Mitglied einer bestimmten Gruppe tritt, deren Mitgliedern bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Um auf die beschriebenen Ablehnungshaltungen gegenüber Geflüchteten zu reagieren, war dem entsprechend auch für einen Teil der Projekte die konzeptionelle Idee zentral, durch Begegnungen zwischen Stammbesucher*innen und jungen Menschen mit Fluchterfahrung einen Abbau von Vorurteilen zu ermöglichen. Die sozialpsychologische Forschung zur sog.

Kontakthypothese (Allport 1954/1971) hat jedoch gezeigt, dass Begegnungen keineswegs automatisch zum Abbau von Vorurteilen führen. Dazu ist es erforderlich, dass die Kontakte als positiv empfunden werden und bestimmten Qualitätskriterien genügen, die im Folgenden anhand der Teilprojekte genauer betrachtet werden sollen.

Die sozialpsychologische Forschung zeigt zum einen, dass *Begegnungen in einer freundlichen und zwanglosen Umgebung* stattfinden müssen, in der die Mitglieder unterschiedlicher Gruppen ungehindert miteinander agieren können. Zum anderen ist es eine wesentliche Bedingung für den Abbau von Vorurteilen, dass Begegnungen *auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet* sind, das nur durch die *Zusammenarbeit aller Beteiligten* erreicht werden kann. Durch die Grundprinzipien der Freiwilligkeit und Offenheit verfügt die OKJA zwar über das Potenzial, positive Kontakte in diesem Sinne zu ermöglichen. Wie im Kapitel 5.3. ausführlicher thematisiert wird, ist hier jedoch infrage zu stellen, ob der offene Betrieb, der oftmals von Passivität („Abhängen“) sowie Dominanz von Stammbesucher*innen gekennzeichnet ist, ein geeigneter Rahmen für Begegnungen zwischen Jugendlichen bietet, aus denen heraus gemeinsame Aktivitäten entstehen. Diesbezüglich hat sich in den Teilprojekten vielmehr gezeigt, dass insbesondere spezifische Gruppenangebote und Projekte, die einen erkennbaren Gebrauchswert haben und für die gilt, dass die Teilnahme am Projekt Interesse an gemeinsamen Aktivitäten voraussetzt, positive Kontaktaufnahmen eher begünstigen als der offene Betrieb.

Dem entsprechend formulierte eine Mitarbeiterin aufgrund ihrer Erfahrungen in der Offenen Jugendarbeit die Einschätzung, dass gruppenbezogene, z. B. ethnische, religiöse oder nationale Abgrenzungen im Rahmen gemeinsamer Aktivitäten an Relevanz verlieren:

„Wenn sie mal miteinander in Kontakt kommen und normal aufeinander zugehen, dann funktioniert es. Wenn die beim Slackline-Laufen oder beim Klettern oder ähnlichem einfach beschäftigt wären, dann ist der Fokus weg. Davon bin ich überzeugt. Das ist für mich nach wie vor ein Ding – Kinder und Jugendliche über Aktionen miteinander zu verbinden.“

In einem anderen Teilprojekt wurden positive Erfahrungen mit dem Anbieten eines Parcourstrainings beschrieben, bei welchem die Jugendlichen nicht miteinander in Konkurrenz treten, sondern eine gemeinsame, strukturierte Aktivität im Mittelpunkt steht:

„Da ist ein Anleiter dabei, der die Vorgaben macht und dadurch ist eine Struktur vorhanden. Ganz wichtig bei Parcours: Jeder macht was er kann, da ist kein Wettbewerb dahinter und das macht die Sache auch weniger konfliktrichtig.“

Diesbezügliche Erfolge wurden von einer Einrichtung in Hinblick auf ein gemeinsames Selbstbehauptungstraining beschrieben, welches von einer externen Honorarkraft für Besucher*innen mit und ohne Fluchterfahrung angeboten wurde. Durch gemeinsame Spiele und Übungen mit gruppen- und erlebnispädagogischem Charakter konnte dort die Distanz zwischen den Teilnehmer*innen ein Stück weit aufgebrochen werden, was sich auch positiv auf die Gemeinschaft im offenen Treff ausgewirkt hat:

„Wenn man sie vorher im Klub gesehen hätte, dann hätten die vielleicht nicht mal begrüßt, sondern wären aneinander vorbeigegangen. Aber da haben die mal richtig was zu tun gehabt, mal zusammen Übungen gemacht, mussten gemeinsam etwas überwinden. (...) Das war echt erfolgreich (...) und nachhaltig würde ich sagen. Die sind da im Training das erste Mal miteinander ins Gespräch gekommen und im Klub haben sie sich dann begrüßt oder gemeinsam etwas gemacht. (...) Das hat dann ein bisschen übergeschwappt.“

Eine weitere Einrichtung berichtet von positiven Erfahrungen, die mit dem Anbieten von gemeinsamen Aktivitäten mit den Stammbesucher*innen des Kinder- und Jugendhauses und Kindern und Jugendlichen aus einer nahegelegenen Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete gemacht wurden. Ziel des Teilprojektes war es, Ablehnungshaltungen durch Begegnung und verbindende Aktionen zu überwinden und Beziehungen aufzubauen sowie die Teilnehmer*innen mit Fluchterfahrung, die bislang nur punktuell bei speziellen Angeboten und in Begleitung von Erwachsenen in die Einrichtung kamen, langfristig an die OKJA anzubinden und ihnen eine selbständige Teilhabe zu ermöglichen. Um diese Zielsetzung zu erreichen, haben die Fachkräfte der Einrichtung, in Kooperation mit den Mitarbeitenden der Gemeinschaftsunterkunft (GU), ein gemeinsames Bootsbauprojekt organisiert sowie dann an einem Bootsrennen im Rahmen eines Stadtteilstestes teilgenommen. Während sich der Bootsbau, bei dem zwei Stammbesucherinnen und wechselnde Kinder und Jugendliche aus der GU teilnahmen, aufgrund fehlender Kontinuität der Teilnehmenden als schwierig herausstellte, wurde die Teilnahme am Bootsrennen als sehr erfolgreich beschrieben. Die Stammbesucher*innen und die Bewohner*innen der GU nahmen als gemischtes Team an dem Wettbewerb teil. Ein dabei gewonnenes gemeinsames Pizzaessen wurde als wichtiges Erlebnis beschrieben, bei dem aus Sicht der verantwortlichen Fachkraft, erstmals ein Gemeinschaftsgefühl unter den Jugendlichen entstanden ist:

„Und das war tatsächlich ein richtig, richtig schöner Nachmittag. Weil ganz viele aus der GU da waren, ganz viele von den Stammbesucher*innen und auch viele die sich noch gar nicht vorher kannten. Irgendwann ist dann etwas passiert, wir wissen auch nicht genau was. Vielleicht war es das Pizzaessen? Wir haben Pizza gebacken und es war super harmonisch. Es war oft so separiert, dass die aus der GU eher für sich sind und die Stammbesucher*innen für sich sind. Und an dem Tag waren alle zusammen. Wie eine große Gruppe. Das war echt schön.“

Zudem wurde während der Projektlaufzeit eine dreitägige Mädchenfreizeit mit Übernachtung mit vier Bewohnerinnen der GU, zwei Besucherinnen der am Projekt beteiligten Einrichtung sowie mehreren Besucherinnen einer weiteren Jugendeinrichtung durchgeführt. Da insbesondere unter den Teilnehmerinnen des anderen Jugendklubs fremdenfeindliche Einstellungen verbreitet waren, stellte dies eine Herausforderung für alle Beteiligten dar. Bereits zu Beginn des Ausflugs kam es zu ausgrenzendem Verhalten gegenüber den Mädchen mit Fluchterfahrung. Durch Einwirkung der Fachkräfte in Form von gruppenpädagogischen Spielen und verbindenden Aktionen konnten innerhalb von zwei Tagen jedoch gegenseitige Vorbehalte abgelegt werden und ein positives Miteinander der zunächst separierten Gruppen entstehen, was in einer ausgelassenen Feier am letzten Abend mündete. Die positive Entwicklung führt die teilnehmende Fachkraft neben den verbindenden pädagogischen

Interventionen auch darauf zurück, dass die Mädchen mit Fluchterfahrung selbstbewusst mit der Situation umgegangen sind und sich von den Anfeindungen nicht einschüchtern ließen. Seitens der Fachkraft wurde bedauert, dass im Anschluss an das Camp keine weitergehende pädagogische Arbeit mit der temporär zusammengesetzten Gruppe möglich war, für die durch die erste Annäherung eine gute Ausgangslage bestand:

„Das war echt eine spannende Sache, denn die Mädchen, die aus dem anderen Treff mitgemacht haben, (...) sind schon ein wenig rechts eingestellt. Es gibt auch offenkundig rechte Aussagen, die die immer treffen. Schon im Vorfeld war das spannend und wir fragten uns, wie das wohl werden wird. Wir haben uns gesagt, wir probieren das einfach (...) schon als wir ankamen haben wir gesehen, dass die Mädchen sich nicht mal grüßten. Die Mädchen [mit Fluchterfahrung] waren total vor den Kopf gestoßen und hatten dann auch sofort kein Bock mehr auf die. Das waren am Anfang schon zwei krass separierte Gruppen. Am ersten Tag war es schwierig. Die Mädchen aus dem anderen Treff haben sich ständig abgegrenzt (...) und Anstalten gemacht darauf hinzuweisen, dass sie die Mädchen aus [Stadtteil der Einrichtung] gar nicht cool finden. Wir haben natürlich Dinge gemacht, die mehr zusammenbringen. Wir haben versucht, die Gruppen zu mischen, zum Beispiel beim Einkaufen oder beim Kochen. So peu à peu sind sich doch alle ein bisschen nähergekommen. Am zweiten Tag konnten wir dann schon gemeinschaftlich existieren und am zweiten Abend haben wir eine Party gemacht. Das lief alles innerhalb eines Tages. Weil wir alle so eng zusammen sein mussten und so viele Sachen zusammen machten, und weil sie auch gemerkt haben, dass die Mädchen ja eigentlich alle cool sind. Am dritten Tag waren dann alle traurig, dass wir jetzt schon abreisten. Ich glaube, ab da hätten wir mit der Gruppe wirklich arbeiten können. (...) Man muss auch dazu sagen, dass die Mädchen aus der GU super extrovertiert sind und kein Blatt vor dem Mund nehmen. Ich glaube, die haben die anderen auch sehr aus der Reserve gelockt.“

Auch bei einer weiteren Übernachtung, die im Jugendklub stattfand und bei der auch Jugendliche aus der GU teilnahmen, wurde die Erfahrung gemacht, dass anfängliche Konflikte und Ablehnung in einem Gemeinschaftsgefühl mündeten, das eine Anbindung der Jugendlichen mit Fluchterfahrung an den Treff ermöglichte, die jedoch nicht langfristig aufrechterhalten werden konnte:

„Gerade bei dieser einen Übernachtung vor ein paar Monaten hat man gemerkt, dass es zwei Lager gab, was natürlich zu Konflikten führte. (...) Aber gegen Ende hat das super harmonisiert. Die kommenden Tage sind die dann auch wiedergekommen und haben sich super verstanden. Dann ist das aber wieder zurückgegangen. Dann sind die seltener gekommen.“

Generell werden gemeinsame Freizeitaktivitäten mit Übernachtung von den Fachkräften der Einrichtung für die Förderung einer Annäherung der Jugendlichen als sehr erfolgreich beschrieben:

„Ich fand das richtig schön. Es hat super gut funktioniert und es war super schön zu sehen, wie sich die Jugendlichen näher kamen und Vorurteile ablegten. Von beiden Seiten tatsächlich. Das war schön zu sehen, dass sich diese Gruppen ein bisschen angenähert haben und das dann auch mit in den offenen Treff tragen. Dass es dann nicht mehr zu Konflikten kommt, sondern dass sich die Jugendlichen darüber austauschen wo sie herkommen und was vielleicht die eigenen Gründe oder die der Eltern sind, hier herzukommen. (...) Gerade bei den deutschen Kids herrschen bei vielen Vorurteile, gerade gegenüber Geflüchteten.“

Um eine langfristige Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung und einen nachhaltigen Abbau von Vorurteilen zu ermöglichen, wären nach Einschätzung der Fachkräfte jedoch regelmäßige gemeinsame Aktivitäten und alltägliche Begegnungen wichtig, die über die bisher stattgefundenen punktuellen Aktionen hinausgehen:

„Aber damit das richtig vorangeht, müssten regelmäßiger Sachen stattfinden, oder die Kinder und Jugendlichen regelmäßiger kommen. So dass man auch einen alltäglichen Umgang miteinander hat.“

Diese Kontinuität sei jedoch aufgrund der aktuellen Personalsituation, die auch zu einer zwischenzeitlichen Schließung der Einrichtung während der Projektlaufzeit führte, nicht ausreichend zu gewährleisten. So konnte beispielsweise ein regelmäßiges gemeinsames Fußballtraining, wie es Seitens der Bewohner*innen der GU gewünscht wird, und mit welchem bereits positive Erfahrungen gemacht wurden, nicht dauerhaft angeboten werden. Im Abschlussbericht des Teilprojektes wird dennoch positiv wie folgt resümiert:

„Viele der im Vorfeld festgelegten Ziele wurden erreicht. Vor der Unterbrechung des Projektes erreichten wir durch Veranstaltungen, wie z. B. Übernachtungen, Grill- oder Lagerfeuerabende etc. Wir schafften es Strukturen bereits existierender Gruppen aufzubrechen und eine Vermischung eben dieser zu erzielen. Dies führte zu einer offeneren und vorurteilsfreien Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht. Auch fremdenfeindliche Äußerungen spielten keine Rolle mehr. Die Besucher*innen kamen sich näher und fingen an sich die Räume unserer Einrichtung gemeinsam anzueignen.“

Aufgrund massiver Ablehnung der Stammbesucher*innen gegenüber Geflüchteten konnten derartige Kontakte unter den Jugendlichen dagegen in einer der in Baden-Württemberg beteiligten Einrichtungen während der Projektlaufzeit nicht initiiert werden. Stattdessen findet in Kindergruppen der Einrichtung, bei denen angeleitetes, spielerisches Kämpfen als gemeinsame Aktivität im Mittelpunkt steht, eine Begegnung zwischen Kindern unterschiedlicher Herkunft statt, die, so die Einschätzung des Mitarbeiters, nicht von Vorurteilen und Abgrenzung geprägt ist. Einen Grund für das positive Miteinander sieht er darin, dass die Kinder einen gemeinsamen Fokus haben, bei dem die Herkunft in den Hintergrund rückt. Die Arbeit mit den Kindern, bei denen noch keine „verhärteten Fronten“ bestehen, wird als Möglichkeit beschrieben, frühzeitig und präventiv eine Integration von Kindern mit Fluchterfahrung zu fördern:

„Bei den zehn- und elfjährigen Jungs liegt ein Potential. Wenn man mit denen gut arbeitet, hat man eine Nachhaltigkeit drinnen. (...) Das ist dann nicht so ‚oh da sind Geflüchtete‘, sondern es ist ganz normal. Man merkt, die können ja doch miteinander. Weil es ihnen in den Momenten gar nicht bewusst ist dass da ein Sinti mit einem Pakistani oder so kämpft. Es ist für sie völlig normal. (...) Ich find das die sinnvollste Methode das nachhaltig zu machen.“

Auch dass *Begegnungen auf Augenhöhe* – d. h. unter Gleichrangigen und Gleichberechtigten – stattfinden, wird von der Kontakthypothese als eine Voraussetzung beschrieben, um Ressentiments zu überwinden. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit beansprucht zwar, dass alle Besucher*innen sich als gleichberechtigt verstehen und sich jenseits aller Unterschiede als gleichwertige Individuen anerkennen sollen. Bei der Begleitung der Teilprojekte wurde jedoch deutlich, dass insbesondere die offenen Bereiche von Jugendhäusern oftmals von bestimmten

Stammesbesucher*innen oder Cliquen besetzte und somit von Dominanzverhältnissen geprägte Räume sind¹⁹. Es muss daher in den Blick genommen werden, dass ein Kontakt zwischen neuen Zielgruppen und Stammesbesucher*innen nicht per se eine Begegnung auf Augenhöhe darstellt – dies auch unabhängig von den ohnehin gegebenen Ungleichheiten, die durch ihre soziale Situation (z. B. Aufenthaltsstatus, Sprachkompetenz, Bildungssituation) bedingt sind.

In einigen Interviews mit den Fachkräften wurden Statusungleichheiten unter den Jugendlichen thematisiert. So berichtete der Leiter eines Jugendhauses von dem Besuch des Jugendgemeinderats in der Einrichtung, der zunächst durch eine asymmetrische Konstellation zwischen den privilegierten Mitgliedern des Jugendgemeinderates und den Stammesbesucher*innen, bei denen es sich in diesem Fall fast ausschließlich um männliche Jugendliche mit Fluchterfahrung handelt, gekennzeichnet war. Dies konnte dann aber durch eine gemeinsame Aktivität, ein Tischfußball-Turnier, situativ aufgebrochen werden:

„Es war wirklich so: ‚Wir sind der Jugendgemeinderat‘. Wir verschenken Pizza und (...) an der Theke kriegt ihr gratis Getränke von uns. (...) Das war keine Augenhöhenbegegnung. Das war ein ‚wir schenken euch jetzt was‘. Jeder war da bisschen in seiner Ecke. Und im Turnier sind sie dann wirklich miteinander auf eine Augenhöhe gekommen. Sie haben zusammen gespielt und haben auch zusammen gelacht. Sie waren nett in der Interaktion.“

Von einer Fachkraft aus der Jugendverbandsarbeit wurde beschrieben, dass es zentrale Zielsetzung für die Gründung einer interkulturellen Jugendgruppe war, das Machtgefälle zwischen Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung aufzubrechen und eine Konstellation herbeizuführen, in der Geflüchtete nicht in die Position der Hilfsbedürftigen verwiesen sind:

„Wir haben uns gesagt, dass wir etwas brauchen das für beide Gruppen interessant ist. Etwas, bei dem nicht immer nur die Deutschen sagen ‚wir helfen jetzt den Geflüchteten‘ (...) Es ist auch nicht gut für die Begegnung, wenn es in der Hierarchie stecken bleibt.“

Diese Einschätzung wird auch von einer weiteren Fachkraft geteilt:

„Die Rollen ein bisschen umdrehen, nicht nur die deutschen Ehrenamtlichen als Helfer etablieren und die Geflüchteten, für die ein Angebot gemacht wird. (...) Sonst fühlen sie sich nicht als vollwertige Mitglieder und sind es auch nicht, weil keine Beziehung auf Augenhöhe stattfindet. (...) Wir versuchen die Rollen umzukehren, so dass man voneinander lernt, ohne dass es schräg wirkt und aufgezwungen.“

Eine Mitarbeiterin berichtet, dass gegenseitige Abgrenzungen, auch in Hinblick auf Hierarchien unter verschiedenen Geflüchteten-Gruppen, im Rahmen gemeinsamer Hüttenwochenenden schneller aufgebrochen wurden, als dies zunächst vermutet wurde:

„Am Anfang hatten wir Grüppchenbildungen. Es waren ganz klar die Afghanen, die Syrer und dann gab es ein paar, mit denen wollte auf jeden Fall niemand ins Zimmer, weil das eben die waren, die im Rang weiter unten standen, die Geflüchteten, mit denen niemand etwas zu tun haben will. Dann gab es noch

¹⁹ siehe Kapitel 5.3.1.

die wenigen Deutschen, vor allem Frauen, die den Geflüchteten gerne helfen wollen. Jetzt ist es tatsächlich gemischt und es fängt an quer über die Kulturen und Gruppen zu gehen. (...) Da waren wir selber völlig baff, weil wir das so schnell nicht erwartet hatten.“

Von positiven Erfahrungen mit dem Aufbrechen der Rolle als Hilfeempfänger*innen wurde von einer Einrichtung auch im Rahmen eines interkulturellen Festes berichtet, bei dem Menschen mit Fluchterfahrung selbstverständlich in der Organisation und Durchführung beteiligt waren:

„Das war sehr spannend, weil auf einmal Geflüchtete im Vordergrund standen etwas zu machen und nicht Deutsche. Da waren so viele Geflüchtete, die dieses Fest gemacht haben und es gab untereinander auch so einen Push, das hat auch im Jugendhaus etwas ausgelöst. Im Nachhinein haben wir viel Rückmeldung erhalten, zum Beispiel, dass sie es total spannend fanden, was [geflüchtete, L.S. / A.S.] Frauen in den Workshops oder auf dem Podium gesagt haben.“

Auch ein interkulturelles Kochangebot, das in diesem Rahmen in der Küche des Jugendhauses, die gewöhnlich nicht von Geflüchteten genutzt wird, stattfand, wurde diesbezüglich als positive Erfahrung berichtet, bei der Menschen mit Fluchterfahrung sich punktuell die Räumlichkeiten des Jugendhauses aneignen konnten. Dies bot zudem auch einen Rahmen für positive Kontaktaufnahmen:

„Dann haben wir im Jugendhaus mit verschiedenen Geflüchteten Gerichte aus ihrer Heimat gekocht. Da hat nochmal ganz viel Begegnung stattgefunden hin zu den Jugendlichen, zum Jugendhaus und dem Stammpublikum. (...) Und das war dann recht spannend, weil auf einmal die Geflüchteten Herr über die Jugendhausküche waren, wo ja eigentlich das Stammklientel sich zuhause fühlt. Das war dann ganz lustig an diesem Tag. Am Ende hat es aber funktioniert, dass einige etwas zusammen gemacht haben und in Kontakt kamen. Das war ganz nett anzusehen.“

Die Erfahrungen der Teilprojekte haben also gezeigt, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass Begegnungen unter Jugendlichen innerhalb der OKJA per se Kontakte auf Augenhöhe darstellen, sondern diese oftmals von Hierarchien und Statusungleichheiten geprägt sind. Möchte man dem Anspruch der Gleichberechtigung der Besucher*innen gerecht werden, gilt es Angebotsformate und Strukturen zu realisieren, in denen Ungleichheiten und Statusunterschiede, beispielsweise zwischen Stammbesucher*innen und neuen Besucher*innen, an Relevanz verlieren und aufgebrochen werden können. Hierfür ist eine differenz- und machtsensible Auseinandersetzung der Mitarbeiter*innen mit der Frage wichtig, wer im Jugendhaus wem aus welcher internen und gesellschaftlichen Position heraus begegnet²⁰. Zudem muss auch auf eine Hierarchisierung innerhalb der Geflüchteten, z. B. in „wirkliche Flüchtlinge“, „Geduldete“ oder „Armutsmigrant*innen“, verzichtet werden.

Des Weiteren weist die Forschung zur Kontakthypothese darauf hin, dass für Begegnungen, die zum Abbau von Vorurteilen beitragen, die in *Institutionen vorherrschenden Werte und Normen, welche die Gleichheit unter den Gruppen fördern oder behindern*, entscheidend sind.

²⁰ Siehe hierzu Amadeu Antonio Stiftung o. J.

Dem wird exemplarisch in einer Projektkonzeption Rechnung getragen, in der wie folgt formuliert wird: „Die Einrichtung nimmt eine Haltung ein, welche Diskriminierung und Ausgrenzung ablehnt und Betroffenen solidarische Unterstützung anbietet.“ Dies soll in der Einrichtung dadurch gewährleistet werden, dass die Hausregeln, die Toleranz, einen respektvollen Umgang miteinander sowie eine demokratische Grundhaltung als Basis des Hauses benennen, für alle Besucher*innen sichtbar an unterschiedlichen Wänden aushängen. Beschimpfungen, rassistische Äußerungen und Diskriminierung sollen von den Fachkräften aufgegriffen und thematisiert und Feindseligkeit und Ausgrenzung durch eine Vorbildfunktion der Mitarbeiter*innen überwunden werden. Auch in einer weiteren Einrichtung lautet eine dementsprechende Zielsetzung des Teilprojektes wie folgt: „Anbindung Geflüchteter durch Vorbildfunktion der Einrichtung und ihrer Mitarbeiter*innen.“ Insbesondere für Einrichtungen, die mit nationalistischen und rechtsextremen Einstellungen der Besucher*innen oder im lokalen Umfeld konfrontiert sind, stellt eine klare antirassistische Positionierung der Einrichtung und der Fachkräfte, etwa in Gesprächen mit Jugendlichen, durch das Verbot einschlägiger Musik oder in Form von Aushängen, eine wichtige Strategie gegen die Ausgrenzung migrantischer Jugendlicher dar. Dass die Einrichtungen dadurch für Jugendliche mit verfestigten rechtsextremen Überzeugungen unattraktiv werden, ist eine nicht vermeidbare Konsequenz einer solchen Öffnung. Spätestens seit den Wahlerfolgen der AfD bei den letztjährigen sächsischen Landtagswahlen wird jedoch erkennbar, dass Einrichtungen mit antirassistischen Haltungen neue Erfahrungen machen. Unter dem Begriff der politischen Neutralität werden antirassistische Jugendhäuser - teilweise erfolgreich - stigmatisiert und kriminalisiert. Eine antirassistische Kinder- und Jugendarbeit steht hier zu Teilen unter einem Rechtfertigungsdruck.²¹

In Hinblick auf die Werte und Normen, die in Jugendhäusern in sichtbarer und glaubwürdiger Weise vertreten werden, kann angenommen werden, dass es auch eine Rolle spielt, inwieweit sich die Einrichtungen der OKJA als politische Akteure verstehen, die sich für die Rechte von Geflüchteten einsetzen und diese auch gemeinsam mit den Stammbesucher*innen thematisieren. Allerdings bedeutet dies nicht, dass ein offenkundiges politisches Engagement zwingend dazu führt, dass ein Jugendhaus in besonderer Weise für Flüchtlinge attraktiv ist, da bei jungen Menschen mit Fluchterfahrung keineswegs generell angenommen werden kann, dass sie daran interessiert sind, sich öffentlich politisch zu positionieren. So wurde z. B. in einem Jugendhaus vor der Projektlaufzeit eine Demonstration gegen Abschiebungen vorbereitet. Zudem beteiligt sich die Einrichtung an Protesten gegen die AfD und sie wird von außen als politisch links und sehr engagiert wahrgenommen. Jugendlichen mit Fluchterfahrung, die, so die Zielsetzung des Projektes, an das Jugendhaus angebunden werden sollten, war das politische Engagement zwar bekannt, es wurde von ihnen aber nicht als Motivation beschrieben, die Einrichtung zu besuchen. Zudem waren die Stilelemente und einige Verhaltensweisen des links-alternativen Milieus der Stammbesucher*innen für die

²¹ Siehe hierzu Kapitel 5.2.5.

jugendlichen mit Fluchterfahrung ein Grund dafür, in Distanz zum Jugendhaus zu gehen. In anderen Einrichtungen wurde nicht deutlich, ob und inwieweit sich die Fachkräfte, beispielsweise in Hinblick auf drohende Abschiebungen, auch als politische Akteure im Interesse geflüchteter Besucher*innen sehen und in wieweit das Wissen der Besucher*innen um die Haltung der Fachkräfte einen Abbau von Vorurteilen begünstigt.

5.2.4. Vorurteile und Widerstände gegenüber einer Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung seitens der Fachkräfte

Zwar haben sich alle am Projekt beteiligten Fachkräfte dafür engagiert, junge Menschen mit Fluchterfahrung in die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu integrieren. Gleichwohl wurde in einzelnen Gesprächen jedoch auch deutlich, dass diese Zielsetzung bei manchen Mitarbeiter*innen auch mit Befürchtungen verbunden ist sowie auch Mitarbeiter*innen der OKJA nicht generell frei von Vorurteilen und kulturalisierenden Annahmen gegenüber der neuen Zielgruppe sind.

In einem Jugendhaus gab es diesbezüglich eine Kontroverse unter den Mitarbeiter*innen, von denen eine/r den jungen Menschen mit Fluchterfahrung ein generelles Desinteresse an Politik sowie an der Begegnung mit Einheimischen unterstellt:

„Das ist einer unserer Streitpunkte bei dem wir uns nicht einig sind. Ich meine, die kannst du nicht motivieren, weil die zu sehr in ihren eigenen Strukturen verhaftet sind.“

Diese Perspektive wird von seiner Kollegin im Gespräch mit uns kritisiert:

„Er hat gesagt: ‚Die wollen nichts mit uns zu tun haben. Die haben einfach eine Abneigung. Die haben gelernt, dass sie nicht mit uns zusammenarbeiten dürfen, dass sie unter sich bleiben müssen, damit das reine Blut reines Blut bleibt. Wir sind für die suspekt‘. Und ich meine das kann schon sein aber ich sehe auch, dass sie mich herzlich umarmen, wenn ich sie treffe, dass sie sehr freundlich sind, wenn ich mit ihnen telefoniere und dass sie auch kommen, wenn ich mich mit ihnen verabrede.“

In einem Teilprojekt wurden die Mitarbeiter*innen eines Jugendhauses von den Kooperationspartner*innen für eine ausgrenzende Haltung kritisiert, die sich insbesondere in religionskritischen Widerständen und Vorurteilen gegenüber muslimischen Jugendlichen mit Fluchterfahrung zeigen würden:

„Dort wurden antimuslimische Tendenzen und Vorbehalte gegen Muslime unter den Haupt-Facharbeitenden sehr deutlich, ohne dass sie es so benennen würden. Immer mit dem Vorbehalt die Frauen würden zu etwas gezwungen, so unter dem Thema gendering.“

In einem anderen Jugendhaus, das sich als „religionsneutrale“, säkulare Einrichtung versteht und bislang kaum von jungen Menschen mit Fluchterfahrung genutzt wird, wird seitens einer Fachkraft die Befürchtung thematisiert, dass es zu Konflikten führen und eine große Herausforderung für die Einrichtung darstellen würde, wenn muslimische Besucher*innen ihren Glauben auch innerhalb des Jugendhauses praktizieren wollen:

„Es treten ganz neue Fragen auf. Gerade, wenn man den nicht-religiösen Rahmen erhalten möchte. Ist es denn ok, wenn die sagen ‚ich muss jetzt meine Hausaufgaben verschieben, weil ich bete möchte und meinen Teppich, den ich mitgebracht habe, ausrolle und dann brauch ich ein wenig Ruhe‘? Wie weit gehen wir da? (...) Wir wollen ja immer noch religionsneutral sein. Es geht so lange wie es niemanden beeinträchtigt, aber sobald es Konflikte gibt, müssen wir sagen, dass es geht nicht mehr.“

In Gesprächen wurde zudem deutlich, dass muslimische Religiosität von einigen Mitarbeiter*innen eher ablehnend beurteilt wird, weil damit antidemokratische und frauenfeindliche Tendenzen assoziiert werden.

Möchte die OKJA tatsächlich ein offener Ort für alle Jugendlichen sein, dann muss dies zweifellos auch für muslimische Jugendliche gelten, auch für solche, für die angenommen wird, dass Religiosität im Alltag für sie eine wichtigere Rolle spielt, als dies typischerweise bei einheimischen Besucher*innen aus säkularen oder christlichen Elternhäusern der Fall ist. Um als Einrichtung Akzeptanz von Vielfalt zu realisieren und Ausgrenzung zu vermeiden, gilt es auch in Bezug auf das Thema Religion einen respektvollen und pragmatischen Umgang mit unterschiedlichen religiösen Orientierungen zu praktizieren. Dies sollte auch die Ermöglichungen von Dialogen und Diskursen unter Jugendlichen umfassen, in denen diesen der Sinn des Prinzips der negativen und positiven Religionsfreiheit verständlich wird. Eine solche Herangehensweise wurde in einem Gruppengespräch von einem muslimischen Jugendlichen ausdrücklich als positive Erfahrung bewertet:

„Was mir am [Projekt x] gefällt ist, dass wir über Religionen, Freiheit und Demokratie reden. In unseren Ländern dürfen wir das so ja eigentlich nicht. Und hier ist klar dass es in einem Gespräch über andere Religionen nicht zum Streit oder zu Schlägereien kommt. Das gefällt mir sehr.“

5.2.5. OKJA im Kontext rechtsextremer Einstellungen

In einem Positionspapier schreibt die AGJF Sachsen:

„Seit seinen Anfängen in den 1990er Jahren muss sich das Arbeitsfeld in Sachsen mit rassistischen, rechtsextremen und nationalistischen Ablehnungshaltungen bei jungen Menschen wie auch in der erwachsenen Bevölkerung und mit einer politischen Kultur auseinandersetzen, die demokratisches und emanzipatorisches Engagement wenig ermutigt und unterstützt.“²²

Damit ist darauf verwiesen, dass nicht nur Ablehnungshaltungen und Vorurteile der Besucher*innen eine Herausforderung für die OKJA darstellen, sondern auch darauf, dass die OKJA vielfach in lokalen Kontexten situiert ist, in denen rechtsextreme und nationalistische Einstellungen verbreitet bzw. akzeptiert sind, die den Zielen und Prinzipien der OKJA entgegenstehen und die Arbeit erheblich erschweren können.

²² <https://www.agjf-sachsen.de/unterstuetzungsseite/articles/unterstuetzungsseite.html>

Die Fachkraft einer am Projekt beteiligten Einrichtung beschreibt in einem Rückblick auf seine Tätigkeit als Sozialarbeiter im ländlichen Raum Sachsens seine Frustration in Hinblick auf eine Jugendarbeit in Mitten „rechter Hegemonie“. Rechtsextreme Überzeugungen haben seiner Einschätzung nach in den letzten Jahren zunehmend an Einfluss gewonnen. Sie stehen einerseits den Interessen der in der Einrichtung engagierten Jugendlichen im Wege und machen darüber hinaus eine öffentliche Positionierung der Jugendarbeit bzw. von Sozialarbeiter*innen für Emanzipation und Selbstbestimmung und gegen jegliche Form der Diskriminierung, wie sie innerhalb der Einrichtung angestrebt werde, immer schwieriger:

„Ich habe im Jahr 2019 nichts anderes gesagt als im Jahr 1999 oder 2009. Doch im Jahr 2019 stört es angeblich den sozialen Frieden in einer sächsischen Kleinstadt, wenn man sagt: man ist Antifaschist oder Anarchist. Es stört den Frieden, wenn man kritisiert, dass es einer Schule egal ist, dass sich eine als verfassungsfeindlich eingestufte Organisation wie die Identitäre Bewegung an ihrer Schule ausbreitet. Wo dieser Wandel begonnen hat und wo es begann, dass man als Sozialarbeiter keine Kritik mehr äußern durfte weiß ich nicht. Was ich weiß ist, dass diese Hegemonie allgegenwärtig ist und dass die Interessen von konservativen und reaktionären Kräften mehr Ansehen und Gewicht haben, als die Interessen von Jugendlichen, die ihre Freizeit gestalten wollen oder die von einer Zukunft träumen, die ohne Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung auskommt. (...) Enttäuschung trifft es, denke ich, am besten, wenn ich das zurück liegende Jahr in einem Wort zusammenfassen müsste. Enttäuscht von einer Stadt in der ca. 30% Faschisten super finden, enttäuscht von der Inkompetenz eines Jugendamtes und enttäuscht von einer Profession, die sich Soziale Arbeit nennt und es nie geschafft hat, den Menschen zu verdeutlichen, was sie denn eigentlich macht.“

Während in dieser Beschreibung auf eine strukturelle Problematik hingewiesen wird, zeigt der folgende Bericht einer weiteren Einrichtung aus Sachsen die direkten Auswirkungen auf migrantische Besucher*innen und Fachkräfte der OKJA auf, die aus der Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen im lokalen Kontext hervorgehen können und verdeutlicht ersichtlich, warum dies eine politische Positionierung erfordert.

Der Bericht bezieht sich auf ein Jugendhaus, das vor allem von einheimischen, punktuell auch von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung besucht wird. Das Miteinander unter den Besucher*innen wird zum Zeitpunkt des Projektes als weitgehend konflikt- und vorurteilsfrei beschrieben. Anfeindungen gegenüber Besucher*innen mit Fluchterfahrung von Bewohner*innen des Stadtteils und die Verbreitung rechter Einstellungen im lokalen Umfeld der Einrichtung stellen jedoch eine erhebliche Problematik dar. Immer wieder komme es zu Beleidigungen und Provokationen von Neonazis gegenüber den Besucher*innen mit Fluchterfahrung. Interventionen der Fachkräfte für die Jugendlichen haben in der Vergangenheit auch dazu geführt, dass deren Autos beschädigt wurden:

„Einen Konflikt hatten wir, als unsere Besucher angegangen wurden. Sie wurden ‚Asylanten‘ genannt, beschimpft und auch bespuckt. Es wurde gesagt ‚eure Eltern bekommen das Geld von mir, weil ich das zahle‘. In solchen Situationen gehen wir dann natürlich dazwischen, reden mit denen und versuchen den Konflikt nicht noch mehr anzuzünden, sondern abzuschwächen. Wir haben gesagt; ‚denkt doch mal darüber nach, das sind Kinder mit wenig finanziellen Mitteln, wir bieten doch einen sicheren Hafen‘ (...) als Antwort kam: ‚Das sehe ich alles nicht so‘. Mein Auto haben sie dann zerkratzt und [Name einer

Mitarbeiterin] haben sie sogar die Scheiben eingeschlagen. (...) Die laufen rum wie Hooligans und fühlen sich dann halt rechts. Das ist alles sehr Klischeehaft. Die haben Hunde und das Haar kurzrasiert und an den T-Shirts und deren Farben, die meist schwarz weiß und rot gehalten sind, erkennt man das eindeutig.“

Die Übergriffe von Rechtsextremen werden von den Fachkräften als große Belastung für die pädagogische Arbeit mit den Besucher*innen mit Fluchterfahrung beschrieben. Denn Bemühungen der Pädagog*innen um Vertrauen in die Aufnahmegesellschaft, das Vermitteln gegenseitiger Akzeptanz sowie Empowerment der Jugendlichen werden mit derartigen Aktionen wieder konterkariert:

„Und leiden müssen dann unsere Besucher*innen. Die sollen hier ja aufwachsen und das als schön empfinden. Wenn du dann einen Monat gearbeitet hast und dann eine solche Person auftaucht, ist deine ganze Arbeit hinfällig. Man sagt Barrieren überwinden und aufeinander zugehen, Vertrauen gewinnen und dann taucht ein Trottel auf und alles ist wieder hinüber. (...) Unsere Jungs fahren dann hoch und fühlen sich in ihrem Ego angegriffen. Ich versuche dann zu intervenieren und sage: ‚lass das doch, du weißt was du kannst, schöpf doch davon die Kraft.‘“

Die Fachkräfte berichten darüber hinaus das Gefühl vermittelt zu bekommen, sich für die Arbeit mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung gegenüber Außenstehenden rechtfertigen zu müssen. Dies führt, so die Einschätzung der Leitung des Teilprojektes, auch dazu, dass pädagogische Einrichtungen, aus der Angst vor Gegenreaktionen im lokalen Umfeld und der Streichung von Fördermitteln, auf eine Teilnahme an Projekten für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung verzichten:

„Im Internet habe ich das Projekt beschrieben, so dass man nachvollziehen kann, woher es kommt. Und dann überkam mich eine Skepsis, ob ich mich in Zukunft entschuldigen muss oder vielleicht sollte, weil wir jetzt was mit ‚denen‘ machen. Vielleicht ist das auch der Grund warum viele Einrichtungen einfach nein sagen, weil ein Spender oder jemand anderes abspringen könnte.“²³

Generell wird die Verbreitung rassistischer Einstellungen, die den pädagogischen Zielsetzungen der OKJA entgegenstehen, als erhebliche Schwierigkeit für die Arbeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit beschrieben:

„Wir sind nur an einer kleinen Stelle, an der wir arbeiten können. Aber wenn alles um dich herum dagegen arbeitet, gegen das was du vermittelst, dann ist es schwierig.“

Auch aufgrund einer aktuellen Mehrheit rechtsextremer Parteien im städtischen Jugendhilfeausschuss äußert der Projektmitarbeiter die Besorgnis, dass es durch entsprechende politische Einflussnahme und Förderung zu einer völkisch-nationalistischen

²³ Die Einschätzung wird auch Seitens der Projektkoordination der AGJF Sachsen geteilt, worauf diese auch die Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Teilprojekten zurückführt: „Es ist auch viel Anfeindung von Außerhalb im Sächsischen Raum, dass es vielen Leuten einfach zu heiß ist zu sagen ich positionier mich da jetzt noch mehr.“

Instrumentalisierung der Kinder- und Jugendarbeit kommen könne und skizziert erschreckende Zukunftsszenarien:

„Keine Ahnung, ob sie ihre Wikingerzelte wieder aufstellen und dann sowas fördern oder so. Man lacht darüber, aber dann malen sie ihre Fahnen wieder an, dann trommelt einer vorne weg. Da kriege ich gerade Gänsehaut, wenn ich das erzähle. Das kann ganz schnell passieren.“

Bei einem Fachkräfteaustausch wurde auch von einer Mitarbeiterin der AGJF Sachsen die Problematik betont, dass Jugendarbeit mit ihren Arbeitsprinzipien oftmals als linksextrem denunziert werde und Angriffen von rechts ausgesetzt ist sowie diesbezüglich zu wenig Beistand von außen erfahre:

„In letzter Zeit ist es schon so, (...) dass Feindseligkeiten geschürt werden. Beziehungsweise Jugendarbeit pauschal als linksextrem, oder Einrichtungen der Jugendarbeit als Horte von Linksextremismus beschrieben werden. (...) Oder, dass es auch gezielt Angriffe auf Einrichtungen gibt, was dann teilweise auch vom Gemeinwesen mitgetragen wird. Und die Jugendarbeit einfach in der schlechten Position steht sich zu verteidigen.“²⁴

Im Projekt „Geflüchtete - Demokrat*innen von Anfang“ wurde erneut deutlich, dass Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Anbetracht von rechtsextremen Entwicklungen auch auf Unterstützung und eine öffentliche politische Positionierung der OKJA gegen rassistische, rechtsextreme und nationalistische Ablehnungshaltungen angewiesen sind. Beispielhaft für den Versuch, fachöffentliche Unterstützung zu organisieren ist die Veröffentlichung des Positionspapiers „Für eine Jugendarbeit im Sinne der Emanzipation“²⁵ der AGJF Sachsen. Solche Positionierungen leisten einen wichtigen Beitrag zu einer fachpolitischen Debatte und stärken Einrichtungen und Fachkräften der OKJA den Rücken.

5.2.6. Zusammenfassung

Die Erfahrungen mit der Zielsetzung, Vorurteile zwischen Stammbesucher*innen und Besucher*innen mit Fluchterfahrung abzubauen, waren in den Teilprojekten uneinheitlich. Es zeigte sich, dass solche Jugendliche, bei denen Vorurteile und Ablehnungshaltungen vor Projektbeginn stark ausgeprägt waren, sich Kontakten mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung mehr oder weniger stark verweigert haben und ein Abbau von Vorurteilen durch Begegnung deshalb nicht möglich war. Während ein Teilprojekt deshalb bereits an der

²⁴ Siehe hierzu exemplarisch die Stellungnahme des „Antifaschismus sollte Konsens sein“ Treibhaus e.V. Döbeln unter: <https://treibhaus-doebeln.de/antifaschismus-sollte-konsens-sein-stellungnahme-des-treibhaus-e-v/>

²⁵ <https://www.agjf-sachsen.de/unterstuetzungsseite/articles/unterstuetzungsseite.html>; veröffentlicht wurde diese auch im Heft 43/2019 der Fachzeitschrift ‚Sozial Extra‘ und sie wurde auf zahlreichen Online-Portalen verbreitet.

fehlenden Bereitschaft der Stammbesucher*innen, sich auf Kontakte einzulassen, gescheitert ist, wurden an anderen Standorten dagegen Erfolge erzielt. Begegnungen führten jedoch nicht durchgängig zu einer Überwindung von Ablehnungshaltungen und Vorurteilen. So berichtet eine Fachkraft, dass die Begegnung mit Mitgliedern der „Fremdgruppe“ dazu führte, dass einzelne Jugendliche als Ausnahmen deklariert und ablehnende Gruppenkonstruktionen nicht aufgebrochen werden konnten.²⁶

„Da ist dann eher die Haltung, dass sie diese einzelne Person ja kennen, dass diese als Ausnahme gesehen wird, Geflüchtete im Allgemeinen aber trotzdem abzulehnen sind.“

Deutlich wird hier, dass punktuelle Erfahrungen bekanntlich keineswegs notwendig zur Infragestellung von Vorurteilen führen, sondern dass es sich dabei um voraussetzungsvolle und langwierige Prozesse handelt, in denen die Bereitschaft entsteht, eigene Überzeugungen infrage zu stellen, die zur Überwindung eines Denkens in Gruppenkategorien führen.

Die negative Kontakthypothese (Barlow et al. 2013) beschreibt das Risiko, dass Kontakte, die durch Konflikte und Konkurrenz gekennzeichnet sind die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Vorurteile gerade nicht aufgelöst, sondern gefestigt werden. Zu solchen negativen Kontakten, wie sie bei einigen Standorten im Offenen Betrieb beobachtet wurden, gilt es seitens der OKJA Alternativen zu bieten und einen Rahmen zur Verfügung zu stellen, der positive Kontakte und die Auseinandersetzung mit diesen in pädagogisch angeleiteter Reflexion ermöglicht. Begegnungen unter Jugendlichen bei gemeinschaftlichen Aktivitäten, die nicht auf Wettbewerb ausgerichtet sind und bei denen sich die Jugendlichen in einer angenehmen Atmosphäre auf Augenhöhe begegnen können, sind ein hilfreiches Setting für einen Abbau von Vorurteilen und das Aufbrechen von Gruppenkonstruktionen. Diesbezüglich wurden seitens der Einrichtungen insbesondere sportliche und erlebnispädagogische Ansätze als erfolgreich beschrieben. Zudem wurde deutlich, dass Formate, in denen es für junge Menschen mit Fluchterfahrung möglich ist, eigene Fähigkeiten einzubringen und damit die Rolle von Hilfsempfänger*innen situativ zu verlassen, wichtige Erfahrungen ermöglichen.²⁷

Der Erfolg oder Misserfolg von Projekten, die auf den Vorurteilsabbau durch Begegnung ausgerichtet sind, hängt aber auch von weiteren Faktoren ab: Bedeutsam sind u. a. gruppensdynamische Prozesse, das Engagement von Einzelpersonen, die Interaktion zwischen Fachkräften und Besucher*innen sowie Dominanzverhältnisse und Ungleichheiten unter den Jugendlichen. Darüber ist es für den Abbau von Vorurteilen hilfreich, wenn Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten kontinuierlich über einen längeren Zeitraum stattfinden können. Dies kann jedoch in der OKJA nicht immer gewährleistet werden, da die Besucher*innenzahl im

²⁶ Die sozialpsychologische Forschung beschreibt es diesbezüglich als zentral, dass Begegnungen zu mehreren Mitgliedern der anderen Gruppe zustande kommen, da andernfalls Vorurteile erhalten bleiben.

²⁷ Siehe hierzu Kapitel 5.4.

Jahresverlauf schwankt und immer wieder auch ein Wechsel der Stammbesucher*innen stattfindet.²⁸

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung wurde zudem deutlich, dass Projekte, mit denen die Anbindung junger Menschen mit Fluchterfahrung an die Offene Kinder- und Jugendarbeit angestrebt wird, in einem gesellschaftlichen Kontext stattfinden, in dem Ablehnungshaltungen und Vorurteile gegenüber Geflüchteten einflussreich sind. Die sich daraus ergebenden Problemlagen und Konflikte machen nicht an den Eingangstüren der Jugendhäuser halt. Es kann deshalb nicht davon ausgegangen werden, dass die Bereitschaft der Stammbesucher*innen und auch der Fachkräfte, jungen Menschen mit Fluchterfahrung den Zugang in das Jugendhaus zu erleichtern, selbstverständlich und generell gegeben ist. Zudem kann die Öffnung dazu führen, dass Mitarbeiter*innen und Einrichtungen der OKJA herausgefordert sind, sich klar für menschenrechtliche und demokratische Positionen zu positionieren, was zu Anfeindungen führen kann.

Die Zielsetzung, eine „Willkommenskultur“ für junge Menschen mit Fluchterfahrung in Jugendhäusern zu etablieren, ist keinesfalls ein harmonischer Weg der gegenseitigen Öffnung, der durch spezifische Maßnahmen konfliktfrei bewältigt werden kann, sondern zeigt sich mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die Bewältigung dieser Schwierigkeiten erfordert bei den Fachkräften Durchhaltevermögen und (Selbst-)Reflexion. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung sind wir auch zu der Einschätzung gelangt, dass ein Bedarf an Fortbildungsmaßnahmen besteht, welche die Fachkräfte bei der Reflexion eigener Erfahrungen unterstützen, sie zu einer kritischen Auseinandersetzung mit eigenen Stereotypen und Vorurteilen anstoßen sowie Anregungen für den pädagogischen Umgang mit rassistischen und antidemokratischen Einstellungen der Besucher*innen geben.

5.3. Die Zugänglichkeit des offenen Betriebs

Für die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist die Zielsetzung von zentraler Bedeutung, Begegnungen, Kommunikation und Kooperation zwischen Jugendlichen zu ermöglichen, die sich im Hinblick auf soziale Herkunft, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund, Geschlecht, politische und religiöse Orientierung und andere Merkmale unterscheiden. Die OKJA beansprucht ein Ort zu sein, an dem soziale Abgrenzungen und gesellschaftliche Hierarchien aufgebrochen werden, der Erfahrungen mit Gleichberechtigung und demokratischen Aushandlungsprozessen ermöglicht. Für die Verwirklichung dieses Anspruchs ist der sogenannte offene Betrieb von zentraler Bedeutung: „Im Mittelpunkt der offenen Kinder- und Jugendarbeit steht der offene, frei zugängliche Raum, der ‚offene Betrieb‘.“ (www.lago-bw.de/prinzipien). Denn der offene Betrieb gilt in der Fachdiskussion als das

²⁸ Siehe hierzu Kapitel 3.4.1

zentrale und niedrigschwellige Angebot der OKJA. Dies ist insofern zutreffend, da dort auf Zugangsregulierungen wie Anmeldung, verbindliche Mitgliedschaft, Bezahlung etc. verzichtet wird. In der Forschung über die OKJA sind jedoch seit längerem Zweifel daran deutlich geworden, ob die Jugendarbeit und der offene Betrieb diesem Anspruch tatsächlich gerecht werden. Diesbezüglich ist u. a. darauf hingewiesen worden, dass unter den Besucher*innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Haupt- und Realschüler überrepräsentiert sind sowie dass insbesondere kleine Einrichtungen der OKJA durch Cliquen von Stammbesucher*innen dominiert werden (s. etwa Schmidt 2010). In Übereinstimmung damit legen die Erfahrungen aus dem Programm „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“ die Einschätzung nahe, dass insbesondere der Bereich des offenen Betriebes dem deklarierten Anspruch der Offenheit nicht gerecht wird, sondern von Ausgrenzungsmechanismen und Zugangsbarrieren für neue Zielgruppen geprägt ist, die in der Fachdebatte vielfach übersehen werden. Dagegen sind Angebotsformate mit einer klar definierten Thematik, Arbeitsweise oder Zielsetzung zumindest für junge Menschen mit Fluchterfahrung leichter zugänglich als der, seinem Anspruch nach für alle offene, „offene Betrieb“.

5.3.1. Dominanz von Stammbesucher*innen

Der Zugang zum offenen Betrieb ergibt sich gewöhnlich über Freunde und Bekannte, die ein Jugendhaus regelmäßig besuchen, die man dort antreffen kann und die quasi als Türöffner für Jugendliche fungieren, die bislang noch nicht zu den Besucher*innen gehören. Wenn dagegen im Jugendhaus keine Freund*innen oder Bekannte, die die Rolle der Türöffner einnehmen können, vorhanden sind, stehen potenzielle neue Besucher*innen vor der Herausforderung, Kontakte zu Besucher*innen aufzubauen, die ihnen bislang unbekannt sind, was auch in anderen Kontexten ein erhebliches Hemmnis darstellt.

In einer Befragung von Besucher*innen zeigte sich entsprechend, dass ca. die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, die ein Jugendhaus besuchen, angeben, dort Freund*innen zu treffen und dass der Kontakt mit Gleichaltrigen das am häufigsten genannte Motiv für den Jugendhausbesuch ist (Mohnke/Breit 2017: 62ff.). Darin zeigt sich, dass Jugendhäuser Einrichtungen sein können, die von einer Gruppe von Stammbesucher*innen als ihr eigener Ort verstanden wird, als ein Treffpunkt, für den sie entscheiden wollen, wer als Nutzer*in zugelassen ist. Die mögliche Ablehnung von Stammbesucher*innen eines Jugendhauses gegenüber neuen Besucher*innen stellt dagegen, wie in Kapitel 5.2. beschrieben, zweifelsohne eine zentrale Barriere in Hinblick auf die Zugänglichkeit eines Jugendhauses für neue Zielgruppen dar. In Gesprächen mit Fachkräften und Jugendlichen wurde darüber hinaus deutlich, dass nicht nur ablehnende Verhaltensweisen, sondern auch bereits die Präsenz von einer als homogen wahrgenommenen Stammbesucher*innenschaft anderen Jugendlichen das Gefühl von Nicht-Zugehörigkeit und Fremdheit vermitteln und diese von einem Besuch der Einrichtung, insbesondere des offenen Treffs, abhalten kann. Dies formuliert der Leiter einer am Programm beteiligten Einrichtung wie folgt:

„Das ist oft die Vorstellung: offene Tür, da kann und soll jeder kommen und es mischt sich dann irgendwie. Ich glaube aber so ist es nicht. Es ist die Angebotsform - offen und niedrigschwellig - aber so wie hier sind ja oftmals Plätze durch Cliques oder Leute, die bereits da sind schon besetzt und dann ist es für Außenstehende, egal woher, mal mehr oder weniger schwierig einen Platz zu finden.“

Auch die Teilnehmer*innen eines Gruppengesprächs mit Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung, an einem der Projektstandorte, beschreiben sich im Jugendhaus vor Ort fremd zu fühlen, da sie nicht einer bestimmten Jugendszene angehören, welche sie als im Jugendhaus primär vertreten wahrnehmen und verbinden dies mit einem Gefühl des Nicht- Dazugehörens:

D: „Wenn ich ins Jugendhaus komme sind verschiedene Gruppen eher da, da ist man nicht so aufgenommen.“

B: „Man fühlt sich allein“.

A: „Ja und ich habe schon das Gefühl es ist eine bestimmte Szene und wenn man selber sich nicht so da zuordnet, dann...“

B: „... dann bist du allein“

A: „Ich bin auch hier auf die Schule gegangen, habe mir aber nie gesagt ‚ich gehe da jetzt hin‘, denn es ist so eine geschlossene Szene für sich, und das war nicht unsere Welt.“

Auch eine Homogenität der Besucher*innen in Hinblick auf das Alter kann andere Altersgruppen von einem Besuch der Einrichtung abhalten. So fiel es einer Einrichtung mit aktuell jüngeren Besucher*innen schwer, auch für ältere Jugendliche attraktiv zu erscheinen und diese als neue Stammbesucher*innen zu gewinnen. Eine andere Einrichtung berichtet diesbezüglich, dass sie bereits ältere langjährige Stammbesucher*innen bewusst dazu angeregt hat, sich einen anderen Ort für die Freizeitgestaltung zu suchen, um im Jugendtreff Raum für die nachfolgende Generationen freizugeben:

„Im Jugendhaus (...) gab es eine ganze Generation, die man begleitet hat, die waren fast 15 Jahre hier und solange eine feste Gruppe im Jugendhaus ist, kommt keine neue Gruppe rein, das ist ja logisch. Die waren gerade am Rausgehen und wir hatten ihnen bewusst gesagt, dass es langsam aber sicher Zeit wird und sie sich allmählich abschotten sollen.“

Der Mitarbeiter eines Jugendhauses, dessen Stammbesucher ausschließlich männliche Jugendliche sind, weist diesbezüglich auch auf geschlechtsspezifische Ausgrenzungsmechanismen hin, die Mädchen daran hindern können, männlich dominierte Einrichtungen zu besuchen.²⁹ Die Mädchen finden sich in einer Situation vor, in der sie wiederkehrend aufgrund ihres Geschlechts zum Objekt einer Aufmerksamkeit werden, die ihnen unangenehm ist:

²⁹ Siehe hierzu auch Kapitel 5.3.6.

„Dadurch, dass nur Jungs da sind, hindert das auch die Mädels einfach mal vorbei zu kommen. Die werden dann ja auch begafft und bestaunt. Da fühlt man sich dementsprechend nicht wohl.“

5.3.2. Unwissen über die Offene Kinder- und Jugendarbeit

Als weitere Zugangsbarriere für junge Menschen mit Fluchterfahrung zur OKJA, insbesondere dem offenen Bereich, schildern von uns befragte Fachkräfte die Erfahrung, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung sowie deren Familien weitgehend unbekannt sei. Dies verweist darauf, dass der offene Betrieb keine global verbreitete Form von Jugendarbeit ist und der Gebrauchswert für Jugendliche bzw. der pädagogische Sinn des offenen Betriebs sich - auch für einen Teil der einheimischen deutschen Jugendlichen und Familien - nicht voraussetzungslos erschließt. Denn warum und für wen Offene Kinder- und Jugendarbeit die bessere Alternative zu Teilnahme an anderen Freizeitangeboten, z. B. von Jugendverbänden und Vereinen, oder aber zu einer Freizeitgestaltung mit Freund*innen und Bekannten außerhalb pädagogischer Einrichtungen ist, ist keineswegs offenkundig. Gleichzeitig aber wird seitens der Jugendzentren gewöhnlich vorausgesetzt, dass potenzielle Besucher*innen wissen können, was Sinn und Funktion des offenen Betriebs ist, da eine verständliche öffentliche Vermittlung dazu gewöhnlich nicht stattfindet. Aufgrund dieses fehlenden Wissens über die OKJA sei der Besuch eines Jugendhauses für junge Menschen mit Fluchterfahrung mit Unsicherheiten und Unbehagen verbunden:

„Die kennen das Konzept nicht, das ist sicher eine Barriere, einfach die Unwissenheit, was das bedeutet.“

„Offensichtlich gibt es viele Geflüchtete, die wirklich nicht ins Jugendhaus kommen, weil sie dort etwas finden, was sie nicht einordnen können oder was ihnen nicht behagt.“

Von Fachkräften wurde berichtet, dass auch der Tätigkeitsbereich von Sozialpädagog*innen vielen Jugendlichen mit Fluchterfahrung und deren Familien unbekannt sei („ist das ein Beruf?“). Neben dem fehlenden Wissen kann auch eine Distanz zu staatlichen Institutionen eine Hürde sein, Angebote der OKJA zu nutzen, wenn eventuelle negative Erfahrungen mit Behörden auf die OKJA übertragen werden oder Angst vor einer negativen Beeinflussung des Asylverfahrens dazu führen könnte, dass keine offene Kommunikation mit den Mitarbeiter*innen über eigene Erfahrungen und Probleme möglich ist. Mehrere Fachkräfte machten die Erfahrung, dass die Bezugnahme auf eine offizielle Behörde eher nachteilig auf die Beziehungsarbeit wirkte und Misstrauen weckte. Zum Beispiel wurde in einem Fall von einer Mitarbeiterin eines Stadtjugendrings das Stadtwappen auf einer Mappe zunächst bewusst sichtbar gezeigt, was später vermieden wurde. Da Behördenstrukturen und Zuständigkeiten sehr komplex sind, wurde angenommen, dass Aussagen gegenüber den Fachkräften wie in anderen Behörden (z. B. Ausländerbehörde/Arbeitsamt) auch gegen die Geflüchteten genutzt werden, bzw. negative Folgen auslösen können. Dieses Misstrauen gegenüber dem Raum Jugendhaus und den Fachkräften musste und muss von den Fachkräften zunächst abgebaut

werden, was sich als besonderer Bedarf bei der Arbeit mit Jugendlichen mit Fluchterfahrung zeigte.

An einem Projektstandort zeigten sich die Jugendlichen mit Fluchterfahrung sehr überrascht darüber, dass die Angebote des Jugendhauses nichts kosteten. In einem Fall wurde von einer geflüchteten Jugendlichen angenommen, dass der Aufenthalt im Jugendhaus einem bestimmten Kenntniserwerb dienen müsse. Auf die Einladung der Fachkraft ins Jugendhaus betonte sie, dass sie ins Jugendhaus kommen will, um etwas zu lernen (Klavierspielen oder Hausaufgaben). Eine Projektverantwortliche berichtet, dass Jugendliche mit Fluchterfahrung ihre freie Zeit oftmals, wie dies ihrer Einschätzung nach in den Herkunftsländern üblich ist, im öffentlichen Raum, z. B. in Einkaufszentren verbringen, anstatt Angebote der OKJA zu nutzen, die ihnen nicht vertraut sind:

„Ich habe jetzt erst herausgefunden, dass viele Syrer und Afghanen ihre Kindheit in Einkaufszentren, in Malls, verbracht haben. Deshalb gehen die dort hin und spielen an Spielautomaten. Das ist für die weitaus normaler als in ein Jugendhaus zu gehen.“

In den von uns geführten Gesprächen mit Mitarbeiter*innen wurde auch deutlich, dass insbesondere bei den Eltern ein großer Bedarf angenommen wird, Wissen über die Kinder- und Jugendarbeit im Aufnahmeland zu erhalten, um Zugangsschwellen abzubauen³⁰:

„Was schon total gut gewirkt hat, (...) war einfach mit den Eltern ins Gespräch zu kommen und ihnen ganz langsam und kleinschrittig, zur Not mit Händen und Füßen, zu erklären, was Offene Jugendarbeit ist. Da ist schon ein großer Bedarf da, einfach strukturell zu verstehen und einordnen zu können, was Soziale Arbeit in Deutschland eigentlich ist.“

Die Fachkräfte zweier weiterer Jugendhäuser weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die OKJA jedoch nicht nur unter Geflüchteten, sondern auch unter Einheimischen nicht allen Eltern und Jugendlichen bekannt ist sowie darauf, dass auch deren Sicht auf die OKJA mit Vorbehalten und Unwissen verbunden sein kann:

„Ich denke, dass vielen Eltern ein komisches Bild von Jugendklubs haben. Das ist etwas, wo ihr Kind am besten nicht hingehet. Mit Elternabenden versuchen wir die Eltern zu erreichen, damit sie sich die das mal ansehen.“

„Es gibt eine Gruppe, in der schon die Eltern früher im Jugendklub waren und deren Kinder dadurch das Konzept kennen. (...) Es gibt aber auch Kinder, so zwischen 8 und 12 Jahren, die fragen, was hier passiert und ob sie Eintritt zahlen müssen um dabei zu sein. Die sind dann eher skeptisch.“

³⁰ Siehe hierzu Kapitel 5.3.7.

5.3.3. Eigenverantwortung als Voraussetzung für den offenen Betrieb

In dem bereits oben zitierten Gruppengespräch beschreiben Jugendliche mit Fluchterfahrung, kein Interesse an einem Besuch des Jugendhauses zu haben, da sie dort über Spielen und das Nutzen von WLAN hinaus keine Möglichkeiten sehen, die Freizeit aktiv zu gestalten. D. h., dass den befragten Jugendlichen die Möglichkeit, sich im offenen Betrieb einfach nur mit Gleichaltrigen zu treffen, um dort mit diesen zu „chillen“, wenig attraktiv erscheint. Die befragten Jugendlichen sind Mitglieder einer interkulturellen Jugendgruppe im Rahmen eines integrativen Kunstprojektes und bewerten das Jugendhaus in Abgrenzung zu den Potenzialen, die sie im interkulturellen Projekt sehen, negativ:

F: „Das [Projekt x] gefällt mir besser als das Jugendhaus, weil es viel zu tun gibt.“

B: „Genau, wir machen viel und lernen auch viel bei [Projekt x].“

F: „Im Jugendhaus ist es einfach nur spielen. (...) Die ganze Zeit nur spielen, sitzen, Wifi, und so. (...)“

C: „Im Jugendhaus fehlt es an verschiedenen Angeboten, (...) da kann man nur chillen und spielen.“

B: „Da sind immer die gleichen Leute und es wird nur gespielt. (...) Wir können auch zuhause spielen. Im [Projekt x] arbeiten wir zusammen und reden, das gefällt mir am besten.“³¹

Im Rahmen von „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“ wurde durch eine Kooperation zwischen diesem interkulturellen Projekt, welches an die verbandliche Jugendarbeit angesiedelt ist, und dem Jugendhaus eine Anbindung der Jugendlichen mit Fluchterfahrung an das Jugendhaus vor Ort angestrebt. Dies wurde nach neun Monaten Projektlaufzeit von den Fachkräften als mühsam beschrieben, und bis zu diesem Zeitpunkt waren nur kleine Erfolge zu verzeichnen:

„Ansonsten ist es ja so, dass wir mit sehr gemischten Gefühlen das Projekt [„Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“] betrachten und daran arbeiten. (...) Der Transfer ins Jugendhaus lässt stark zu wünschen übrig. (...) Ich bin ein bisschen ernüchtert. Von meiner Warte aus, aus dem Jugendhaus heraus betrachtet, hat sich nicht viel getan. Da frage ich mich dann, wozu der Aufwand?“

Eine Fachkraft, die sowohl durch die Begleitung der interkulturellen Jugendgruppe als auch als Honorarkraft im Jugendhaus mit den Jugendlichen in Kontakt steht, interpretiert dies als Folge eines herkunftsbedingten Defizits der Jugendlichen mit Fluchterfahrung. Sie berichtet von ihrem Eindruck, dass Jugendliche mit Fluchterfahrung oftmals noch nicht die Möglichkeit hatten zu lernen, die eigene Freizeit autonom zu gestalten und Freiräume, wie sie die OKJA zur Verfügung stellt, zu nutzen:

„Es kam heraus, dass die Geflüchteten fragten, ‚was sollen wir denn hier im Jugendhaus machen?‘, es hilft nicht, wie bei den deutschen Jugendlichen, zu sagen: ‚Ihr könnt machen was ihr wollt und wir gestalten das frei‘. Weil die Geflüchteten das oft gar nicht kennen und auch noch nicht können. Auf der

³¹ Zu den hier angesprochenen Bedarfen an Austausch und politischer Bildung der Jugendlichen siehe Kapitel 5.4.

anderen Seite (...) sitzen sie meistens eh nur auf dem Sofa und zocken und wollen nichts machen. Auf der anderen Seite wissen sie aber dann doch nicht, was sie machen sollen.“

Ausgeblendet bleibt in dieser Sichtweise, dass der offene Betrieb auch für zahlreiche deutsche Jugendliche kein attraktives Angebot der Freizeitgestaltung ist und es die Aufgabe der Fachkräfte ist, gemeinsam mit den jeweiligen Jugendlichen solche Gestaltungsmöglichkeiten ihrer Freizeit zu entwickeln, die für die jeweiligen Jugendlichen interessanter sind, als das bloße „Abhängen“.

In der abschließenden Befragung des Teilprojektes wurde von den Mitarbeiter*innen die Einschätzung formuliert, dass die Jugendlichen mit Fluchterfahrung „das Jugendhaus als Ort kennengelernt haben und die Möglichkeiten der Selbstgestaltung nutzen“. Neben einer Party, welche die Jugendlichen planen, um Geld für die Unterstützung einer geflüchteten Familie zu sammeln, sind weitere Veranstaltungen, bspw. ein Fest zum Fastenbrechen oder eine „afghanische Party“, im Gespräch. Darüber hinaus ist angestrebt, dass die Jugendlichen mit Fluchterfahrung, die bei dem Kooperationspartner aus der verbandlichen Jugendarbeit eine Jugendleitercard ³² erworben haben, zukünftig als Teamer*innen bei der jährlich stattfindenden Erlebnisfreizeit des Jugendhauses mitarbeiten. Die erreichte Anbindung ist insbesondere auf die gelungene Kooperation zwischen der verbandlichen Jugendarbeit mit Geflüchteten und der OKJA zurückzuführen. Darüber hinaus war eine intensive Begleitung durch die Fachkräfte wichtig, welche durch eine zusätzliche, den Jugendlichen mit Fluchterfahrung bereits bekannte, Honorarkraft gewährleistet werden konnte. Während der Projektlaufzeit konnten dann auch zu den anderen Fachkräften Bindungen aufgebaut werden.

5.3.4. Weitere Aspekte für das Scheitern einer Anbindung junger Menschen mit Fluchterfahrung als neue Zielgruppe

Ein Teil der am Programm beteiligten Einrichtungen kam im Rahmen des Projektes zu der Erkenntnis, dass sich das Ziel, mehr junge Menschen mit Fluchterfahrung an die Einrichtung anzubinden, nicht in der angestrebten Form umsetzen ließ, da neben den beschriebenen Zugangsbarrieren auch festzustellen war, dass der Bedarf bei den Jugendlichen mit Fluchterfahrung nicht im angenommenen Umfang gegeben war. Ein Projektmitarbeiter berichtet, bei der aufsuchenden Arbeit die Erfahrung gemacht zu haben, dass die jugendlichen Bewohner*innen der Geflüchtetenunterkünfte bereits an unterschiedlichen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit teilnehmen und aufgrund dessen kein Bedarf an einer Anbindung an die Einrichtung im Stadtteil bestünde:

„Also die haben einfach ein wahnsinniges Angebot. Das ist das, was ich von denen immer wieder höre. Sie sind in dem Jugendhaus, sie gehen in den Treff, sind da in der Aktion, machen etwas. Wenn es dann

³² Die Jugendleitercard ist ein amtlicher Ausweis, der, nach der Absolvierung eines Gruppenleiter*innen Grundkurses für ehrenamtliche Mitarbeiter*innen in der Jugendarbeit ausgestellt werden kann.

in den Europapark geht, hörst du von ihnen, dass sie mit sechs verschiedenen Gruppen, mit fünf Jugendzentren in den Europapark fahren. (...) Die haben einfach eine Bandbreite von Angeboten bei denen sie sich rauspicken können, was sie jetzt grade machen wollen. Was ich ja gut finde. (...) Ich will die ja auch nicht an den Haaren herbeiziehen müssen, wenn ich das Gefühl habe, dass sie es nicht brauchen.“

An einem weiteren Projektstandort bestehe laut der Projektmitarbeiter*innen ebenfalls ein Überangebot für Jugendliche mit Fluchterfahrung, die sich im Einzugsgebiet von mindestens zwei Gemeinden befinden und von mehreren Organisationen versucht werden zu erreichen. Die Geflüchteten könnten so aus den Angeboten von mindestens zwei Städten wählen, was dazu führe, dass die Jugendlichen aus Zeitgründen häufig gar nicht an den Angeboten einer Einrichtung teilnehmen könnten.

Anders sehen die Möglichkeiten von jungen Menschen mit Fluchterfahrung aus, die schlecht an den ÖPNV angebunden sind. Wie an einem der beteiligten Standorte werden bestimmte Jugendliche, die an abgelegenen Orten untergebracht sind, von Angeboten unterschiedlicher Organisationen wiederum kaum erreicht.

Ein 19-jähriger Jugendlicher aus Afghanistan berichtet in einem Gruppengespräch, dass ihm neben der Berufstätigkeit die Zeit fehle, das Jugendzentrum zu besuchen:

„Also eigentlich haben wir nicht so viel Zeit. Wir arbeiten immer bis 17 Uhr, dann gehen wir nach Hause und kochen etwas. Da bleibt nicht viel Zeit übrig.“

Einige der befragten Jugendlichen berichten zudem, dass das Jugendhaus ihrer Einschätzung nach einen schlechten Einfluss auf sie habe, da der Aufenthalt zum Rauchen verleite:

F: „Wenn ich ins Jugendhaus gehe, fühle ich mich danach oft schlecht. Es wird dort geraucht und andere Sachen gemacht, die ich nicht mag.“

B: „Im Jugendhaus muss man die ganze Zeit rauchen. Das find ich nicht so gut.“

Hier zeigt sich, dass diese Jugendlichen gerade dadurch Verantwortung für sich selbst übernehmen, dass sie bewusst von einem Jugendhausbesuch absehen. Dies wirft offenkundig Fragen an die Qualität der pädagogischen Arbeit und die sich in diesem Jugendhaus unter Jugendlichen vollziehenden Prozesse auf.

Die Fachkräfte einer anderen Einrichtung sind im Projektverlauf zu der Einschätzung gelangt, dass es in Folge von Wegzug und Anschlussunterbringungen nur noch wenig Jugendliche mit Fluchterfahrung in ihrem direkten Einzugsgebiet gibt und man dieses ausweiten müsste, möchte man an dem Projektziel, mehr geflüchtete Jugendliche zu erreichen, festhalten:

„Ich hab das Gefühl, eine Übersicht darüber zu haben, wie viel maximal noch möglich wäre. Es sind aber gar nicht mehr so viele geflüchtete Jugendliche da, man könnte gar nicht mehr so viel erreichen. Man müsste dann über die Grenzen der Stadt hinaus, in die Ortschaften gucken. Durch die Anschlussunterbringung hat es sich einfach verteilt. (...) Ich hab nicht das Gefühl dass da der Bedarf da ist.“

5.3.5. Potenzial 1: Begleitung durch die Fachkräfte

Mehrere Mitarbeiter*innen der OKJA beschreiben in den Interviews die Einschätzung, dass insbesondere Jugendliche mit Fluchterfahrung eine intensive Begleitung durch die Fachkräfte brauchen, um sich in der OKJA zurecht zu finden, darauf bezogene Ängste abzubauen und an die Möglichkeiten herangeführt zu werden, den offenen Raum selbstständig zu nutzen. Dies äußert sich beispielsweise darin, dass Jugendliche mit Fluchterfahrung, die in den offenen Treff kommen, signalisieren, beschäftigt werden zu wollen und den Treff wieder verlassen, wenn sie dort keine Angebote oder Begleitung vorfinden:

„Sie kommen und erwarten dass man etwas mit ihnen macht, mit ihnen redet oder kocht oder gemeinsam spielt. Wenn man damit dann aufhört, weil es ja noch andere Jugendliche in der Einrichtung gibt und man sich nicht immer nur um die gleichen kümmern kann, dann gehen sie, weil sie dann nicht wissen was sie hier sollen.“

Auch in dieser Beschreibung wird deutlich, dass die Fachkräfte das Problem einseitig auf der Seite der Jugendlichen mit Fluchterfahrung verorten, statt hierin einen Anlass zu sehen, die konzeptionelle Anlage und die Rahmenbedingungen des offenen Betriebs zu hinterfragen, also z. B. die Notwendigkeit einer intensiveren Begleitung mancher Jugendlicher anzuerkennen und eine diese ermöglichende Personalausstattung einzufordern.

Auch von der Projektverantwortlichen wird die intensive Begleitung der jungen Menschen mit Fluchterfahrung, die zudem mit Sprachbarrieren konfrontiert sind, als notwendig beschrieben, möchte man den neu nach Deutschland gekommen Jugendlichen eine Anbindung an die OKJA ermöglichen:

„Viele von den Geflüchteten haben keine Ahnung was in den Jugendhäusern passiert und gehen dort nicht hin, sondern bleiben unter sich. Das sagen die uns auch so. Jetzt sind Fälle eingetreten, in denen die Geflüchteten, sofort wieder gingen, wenn sie nicht die Person gefunden haben, die sie kennen, wenn etwa eine Mitarbeiterin nur mal eben in der Küche ist. Da ist viel Animation nötig und viel an die Hand nehmen. (...) Sonst sind sie wieder weg. Trauen sich nicht. Bleiben nicht. Sie wissen nicht was sie machen sollen, fühlen sich fremd, und ich glaub die Sprache ist für manche nach wie vor eine Barriere. (...) Es ist ja auch so schon schwer genug irgendwo neu zu sein und jemanden anzusprechen. Und da ist es dann halt doppelt schwierig.“

Sie betont des Weiteren, dass die Begleitung durch Fachkräfte, insbesondere vor dem Hintergrund wichtig werden kann, dass der offene Betrieb ein voraussetzungsvolles Konzept ist, welches die Fähigkeit zur Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Besucher*innen erfordere, die jedoch nicht für alle Jugendlichen als vorhanden angenommen werden könne. Hier sei es vielmehr notwendig, die Jugendlichen an das Potenzial der OKJA heranzuführen und Lernprozesse in Hinblick auf das Nutzen dieser anzuregen. Dieses Potenzial wird vor allem in der Verfügbarkeit von „Freiräumen“ gesehen, in denen Jugendliche ohne Anleitung oder Aufsicht durch Eltern bzw. Pädagog*innen eigene Aktivitäten entfalten können. Dabei wird jedoch von der Befragten selbstkritisch eingeräumt, dass es eine Annahme der Pädagog*innen

ist, dass junge Menschen mit Fluchterfahrung Freiräume benötigen oder sich diese wünschen, und kein von diesen selbst formuliertes Interesse:

„Das ist eine Sicht und ein Thema der Erwachsenen ‚befreit doch mal die Jugendlichen von dem ganzen Zwang‘, aber wenn die Jugendlichen nicht danach rufen, ist es keine Partizipation. Und wenn sie es nicht können, weil sie etwas ganz anderes gewöhnt sind, dann muss ich ihnen erstmal helfen, Freiräume zu erkennen und diese dann vorsichtig zu begehen und zu benutzen. Und das muss manchmal angeleitet werden.“

Neben sprachlichen Barrieren und Unerfahrenheit mit Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit spielen nach Einschätzung einiger Fachkräfte auch kulturelle Hintergründe oder traumatische Fluchterfahrungen eine Rolle, die eine aktive und selbstständige Nutzung von offenen Angeboten erschweren:

„Das stellen wir immer wieder fest, dass sie [die geflüchteten Jugendlichen, L.S./A.S] Eigeninitiative einfach nicht kennen, sondern eher Autoritäres und Geleitetes gewöhnt sind. Und dass es auch etwas mit Respekt und Höflichkeit, vor allem bei den arabischen Gruppen, zu tun hat, dass man nicht einfach von sich heraus in ein Haus kommt und dort irgendetwas macht. Ich glaube, das eine sind kulturelle Hürden, das andere sind Unsicherheiten. Hinzukommt das viele die Konzepte Offener Jugendarbeit überhaupt nicht kennen.“

„Sowas wie Partizipation und Mitbestimmung muss oft noch angeleitet werden, weil die durch Traumata und schlechte Erfahrungen oftmals überhaupt nicht in sich selber reinspüren können. (...) Es braucht total viel Begleitung und dafür braucht es Beziehungsarbeit und Personal. Ich glaube das ist in der Arbeit am deutlichsten herausgekommen, dass es nicht einfach so passiert, sondern eine Begleitung braucht.“

Die geringe Attraktivität des offenen Betriebs für Jugendliche mit Fluchterfahrung wird dabei vor allem mit dem Verweis auf die Herkunftskultur erklärt, was vordergründig betrachtet plausibel ist. Ausgeblendet wird dabei jedoch, dass der offene Betrieb gerade auch für Jugendliche aus liberalen deutschen Mittelschichtfamilien typischerweise wenig attraktiv ist. Zudem wird hier erneut davon abgesehen, dass Jugendliche sich durchaus auch Freiräume außerhalb von Jugendhäusern erschließen können, so im privaten und öffentlichen Räumen, also an Orten, die ggf. mehr Selbstbestimmung ermöglichen als Jugendhäuser, da dort keine pädagogische Beaufsichtigung gegeben ist.

Auf die Frage nach der Einschätzung der Zugänglichkeit des offenen Bereichs, betont der Mitarbeiter eines weiteren Jugendhauses ebenfalls die zentrale Bedeutung einer Unterstützung durch die Fachkräfte, um den neuen Besucher*innen dabei zu helfen, Kontakte zu den bisherigen Besucher*innen aufzubauen. Auch spezifische Angebote, zu denen neue Besucher*innen eingeladen werden können, beschreibt er dabei als hilfreich:

„Es kommt darauf an, wie der Sozialpädagoge, der den offenen Treff leitet, damit umgeht und wie er auf die zugeht, die kommen. Ich bin mir absolut sicher, dass ein Übergang in den offenen Betrieb möglich ist, wenn der Sozialpädagoge sich erstmal gezielt mit den Neuen beschäftigt. Ich habe schon oft die Erfahrung gemacht, dass es sich lohnt Gespräche anzufangen, nach Hobbies zu fragen und

andere hinzuholt, die ähnliche Interessen haben. Dann gibt man ihnen noch den Inzertiv, dass es einen Spieletag gibt, das ist dann eine Mischung aus einem offenen Bereich und einem Angebot, und dann kommen die zu diesem Spieletag, freunden sich mit den anderen an und dann funktioniert das. (...) Das ist unglaublich wichtig, weil sonst kommt man rein und ist fremd.“

Auch wenn der Großteil der beteiligten Fachkräfte zu der Einschätzung kommt, dass aufgrund der beschriebenen Zugangsbarrieren insbesondere junge Menschen mit Fluchterfahrung bei einer Anbindung an die OKJA auf eine intensivere Begleitung durch Fachkräften angewiesen sind, weisen die Mitarbeiter*innen einer Einrichtung jedoch auch darauf hin, dass es auch Jugendliche mit Fluchterfahrung gibt, die kein Interesse an einem Kontakt mit den Fachkräften haben, sondern lediglich die zur Verfügung stehenden Räume der Einrichtung nutzen wollen. Vor diesem Hintergrund brauche ein Beziehungsaufbau zu den Jugendlichen, der von den Fachkräften durchaus als wichtig beschrieben wird, viel Zeit:

„Das dauert halt, weil du zunächst ja erstmal fremd bist. Eine Beziehung aufzubauen ist schwierig, weil das manche eben auch gar nicht wollen. Die wollen hier ihre Freizeit verbringen, und dass wahrscheinlich nicht immer nach unseren Hausregeln.“

5.3.6. Potenzial 2: Spezifische Angebote

Einige Einrichtungen, bei denen die Öffnung für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung eine zentrale Zielsetzung des Projektes darstellte, haben in den Konzepten festgehalten, dass der neuen Zielgruppe zunächst eine Teilhabe an konkreten Angeboten ermöglicht werden soll, die in der Einrichtung bereits stattfanden oder neu zu diesem Zweck entwickelt wurden. Angebote wie Fußball, Selbstverteidigung, Kochen, Nähen, Basteln etc., die durch Fachkräfte betreut werden, wurden in den Projektkonzeptionen als ein geschützter Rahmen beschrieben, in dem das Ankommen und Kennenlernen leichter fällt als im offenen Betrieb. Dies einerseits aufgrund der Begleitung durch Fachkräfte sowie andererseits durch die Teilnahme an gemeinsamen Aktivitäten. Denn es ist (auch) für Jugendliche mit Fluchterfahrung und deren Familien, so die Erfahrung einiger Fachkräfte, einfacher, einen plausiblen Sinn in der Teilnahme an konkreten Aktivitäten oder klassischen Bildungsangeboten zu sehen, als in der Anwesenheit im offenen Bereich einer Jugendeinrichtung.

Die Mitarbeiterin einer Einrichtung berichtete von dem Vorhaben, junge Menschen mit Fluchterfahrung zukünftig zu spezifischen Aktivitäten im Jugendhaus einzuladen, da sich die Anbindung über den offenen Bereich im Laufe des Teilprojektes als schwierig herausgestellt habe:

„Wir hatten die Idee, vom offenen Betrieb wegzugehen, oder den erst später wieder aufzugreifen und zunächst so etwas wie begleitetes feiern zu organisieren. Wir laden die Jugendlichen konkret ein, wenn hier im Jugendhaus irgendeine Veranstaltung ist, und wir sind bei dieser mit dabei. So wollten wir die Überleitung schaffen. Nicht das offene Angebot, bei dem die oft eh nicht wissen was sie machen sollen, sondern konkret in eine Veranstaltungen mit reingehen.“

Der Projektverantwortlichen zufolge wurde im Rahmen des Teilprojektes ein Prozess im Jugendhaus angestoßen, sich in der Einrichtung, bei der der Schwerpunkt bislang eindeutig auf dem offenen Betrieb lag, für das Anbieten fester Programmpunkte oder spezifischer Aktivitäten zu öffnen, was seitens einzelner Fachkräfte zuvor eher kritisch betrachtet wurde:

„Von den Vorständen wurde jetzt eingebracht, dass es gut ist ein Programm zu haben, das war wohl vorher nicht so. (...) Die anderen Fachkräfte haben sich anfangs dagegen gestellt und waren sehr skeptisch jetzt beispielsweise Bildungsarbeit zu machen und nicht nur einfach anwesend zu sein. Also gezielt an Dingen zu arbeiten, das gab es am Anfang große Ressentiments. Jetzt fangen sie aber an das doch gut zu finden.“

Hier wird erneut deutlich, dass kritische Positionen in der Fachdiskussion zum offenen Betrieb (s. o.), die mit Forderungen nach einer aktivierenden Gestaltung einhergehen, in der Praxis der offenen Jugendarbeit offenkundig nur begrenzte Resonanz gefunden haben.

Dagegen wird von einer anderen Fachkraft des Jugendhauses das Potenzial konkreter Angebote betont:

„Der offene Treff ist nicht falsch, aber ein Angebot, was den Nerv von Einzelnen treffen würde, wäre intensiver. Das kann ein Sportangebot sein, oder ein Gitarrenkurs, damit habe ich vor ein paar Jahren super Erfahrungen gemacht.“

Von Mitarbeitern einer anderen Einrichtung wird der dortige offene Treff des Jugendhauses explizit als Raum beschrieben, der einerseits durch die Dominanz und Abgrenzung einer homogenen Gruppe von Stammbesucher*innen sowie andererseits durch das Fehlen von Aktivitäten von großen Zugangsbarrieren geprägt ist, was immer wieder auch zu Konflikten geführt hat.³³ Um neuen Zielgruppen dennoch eine Anbindung an die Einrichtung zu ermöglichen, wurde neben dem bisherigen offenen Treff, der an zwei Tagen in der Woche stattfindet, ein zusätzlicher Tag eingeführt, an dem verschiedene Aktivitäten wie Beatboxen, Tanzen, Klettern etc. angeboten werden. Durch die gemeinsame Aktivität soll eine Dynamik entstehen, die weniger Anlass für Konflikte und Ausgrenzung bietet und den Anschluss erleichtert:

„Ich habe immer gesagt, dass es wichtig ist eine Dynamik in den Treff zu kriegen, dass dort etwas passiert und dort was geht, dann wäre es wahrscheinlich auch ok, wenn andere Leute wie die Flüchtlingsjungs dazukämen. Aber sie [die Stammbesucher*innen, L.S./A.S.] sitzen hier und schwatzen untereinander einen Haufen Quatsch. (...) Eigentlich ist es eine statische Situation. Da fällt halt jeder, der hier reinkommt, auf wie ein bunter Hund. Donnerstags soll es Angebote geben. (...) Und dann hast du eine Bewegung drinnen, die einfach den Fokus von diesem: ‚Oh da sind jetzt noch andere. Oh, das sind auch noch Flüchtlinge‘ wegnimmt.“

³³ Siehe hierzu Kapitel 5.2.

Der eingeführte, zusätzliche Treff wird bereits regelmäßig von jungen Menschen mit Fluchterfahrung besucht. Diese Strategie, die sich nach Einschätzung der Mitarbeiter*innen bewährt hat, soll auch nach dem Ende der Projektlaufzeit weitergeführt werden.

Auch in einem weiteren Treff war es Zielsetzung des Teilprojektes, Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung durch Angebote, bei denen eine Begegnung mit den Stammbesucher*innen stattfinden kann, an die Einrichtung anzubinden. Ein Mitarbeiter berichtet, dass es für ihn dabei eine unerwartete Erkenntnis darstellte, dass konkrete Angebotsformen wie beispielsweise Kochgruppen für die jungen Menschen mit Fluchterfahrung attraktiver waren als ein Besuch des offenen Bereiches. Seiner bisherigen Erfahrung nach stellt der offene Betrieb für Besucher*innen der OKJA stets das attraktivere Setting dar und spezifische Angebote mussten so gestaltet werden, dass der Charakter der Offenheit und Freiwilligkeit gewahrt blieb, um für die Teilnehmenden nicht unattraktiv zu sein. Für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung sei dies jedoch nicht der Fall:

„Ja, das ist bei uns tatsächlich so. Wobei ich das ungewöhnlich finde. In den Jahren, in denen ich in Jugendhäusern gearbeitet habe, war der offene Treff immer attraktiver. (...) In der offenen Arbeit ist es das schwierigste, eine Offenheit darzustellen, aber trotzdem eine Anbindung hinzukriegen, damit die Kinder sich nicht verpflichtet fühlen, aber trotzdem die Angebote wahrnehmen. Das ist gerade bei der Zielgruppe irgendwie anders.“

In einer anderen Einrichtung war die Kooperation mit einem Verein, der Geflüchtete unterstützt, eine zentrale Erfolgsbedingung für die Anbindung geflüchteter Besucher*innen (siehe hierzu Kapitel 5.3.8.). Zu Beginn der Zusammenarbeit wurden seitens des Vereines lediglich die Räumlichkeiten des Kinder- und Jugendtreffs für ein Kunstprojekt mit ausschließlich Kindern mit Fluchterfahrung genutzt. Das Kunstprojekt, welches zum Projektzeitpunkt bereits seit fünf Jahren besteht, wird inzwischen sowohl von Kindern mit Fluchterfahrung als auch von einheimischen Stammbesucher*innen der Einrichtung besucht. Viele der Kinder mit Fluchterfahrung kommen zunächst ausschließlich zu dem Angebot des Vereines in die Räumlichkeiten der Einrichtung. Durch die Nutzung der Räumlichkeiten und das Kennenlernen der Mitarbeiter*innen und Besucher*innen, vollzieht sich bei einem Teil der Geflüchteten dann jedoch eine schrittweise Annäherung auch an den offenen Treff der Einrichtung. Die Fachkräfte weisen diesbezüglich darauf hin, dass ein derartiger Anbindungsprozess Zeit braucht.³⁴

„Bei dem Kunstprojekt ist es so, dass ein paar Kinder dabei sind, die erstmal nur dieses Angebot nutzen. Das war eigentlich schon immer so. Die [Kunstpädagogin] hat auch öfters mal ein paar neue Kinder mitgebracht, die von [dem Verein der Geflüchteten-Unterstützung] vermittelt werden. Wenn die Kinder neu sind, kommen sie meistens nur zu diesem Kunstprojekt aber wenn das jetzt über ein halbes Jahr

³⁴ Zum Projektzeitpunkt waren ca. 30-40% der regelmäßigen Besucher*innen Geflüchtete zwischen 6 und 16 Jahren.

geht, dann kennen die ja bereits die Einrichtung und uns Mitarbeiter, dann entwickelt sich auch meistens ein Zugang in den offenen Treff,. (...) Es brauch schon ein bisschen Zeit. Ganz schnell funktioniert das nicht.“

Die Erfahrungen dieser Einrichtung sind ein Beispiel dafür, wie ein Übergang von spezifischen Angeboten in den offenen Bereich der OKJA realisiert werden und eine Separierung der Besucher*innen in Nutzer*innen von offenen und spezifischen Angeboten sukzessive aufgelöst werden kann. Sowohl von Mitarbeiter*innen der Teilprojekte als auch von der Projektkoordination wurde die Frage aufgeworfen, ob die Arbeit mit festen Gruppen in spezifischen Projekten mit dem Prinzip der Offenheit der OKJA vereinbar ist bzw. wie Brücken und Verbindungen zwischen dem offenen Betrieb und den Projekten hergestellt werden können sowie welche Misch- und Übergangsformen zwischen geschlossenen Angeboten und offenem Betrieb vorstellbar sind. Konsens bestand diesbezüglich darin, dass eine Aufspaltung der Besucher*innen in eine Teilgruppe, die den offenen Betrieb nutzt und andere, die nur an Projekten teilnehmen, zu vermeiden ist. Anzustreben wäre dagegen, dass der offene Betrieb sich zu einem Ort der Begegnung und des Austausches zwischen unterschiedlichen Nutzergruppen entwickelt. In der Diskussion zwischen der Projektleitung und der wissenschaftlichen Begleitung wurde die Einschätzung formuliert, dass die Gewährleistung eines produktiven Verhältnisses zwischen offenem Betrieb und geschlossenen Projekten eine Herausforderung für die Einrichtungen darstellt, die konzeptionelle Klärungen erfordert und auch zur Klärung der pädagogischen Zielsetzungen des offenen Betriebs zwingt. Denn im Projekt wurde auch deutlich, dass die pädagogischen Ziele des offenen Betriebs von den Fachkräften zwar oft als unstrittig einsichtig unterstellt werden, aber gleichwohl nicht klar formuliert wurde, worin die spezifische pädagogische Bedeutung und Zielsetzung des offenen Betriebs besteht.

Unter den Fachkräften scheint zudem die Annahme konsensuell, dass Gruppen, die ausschließlich für Mädchen angeboten werden, insbesondere für Mädchen mit Fluchterfahrung, eine Voraussetzung für deren Teilhabe an der OKJA sein können. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass es einigen Mädchen mit Fluchterfahrung seitens des Elternhauses nicht erlaubt ist, gemischtgeschlechtliche Angebote zu besuchen bzw. durch die geschlechterhomogenen Gruppen, Ängste der Familien abgebaut werden können. Darauf, dass Jugendhäuser vielfach männlich dominierte Räume³⁵ sind, in denen auch einheimische Mädchen immer wieder mit Formen der Belästigung rechnen müssen, weshalb eigene Mädchen-Räume zu fordern sind, hat bereits die ältere Diskussion um die feministische Mädchenarbeit nachdrücklich hingewiesen. Angebote, die sich speziell an Mädchen richten, wurden im Projektzeitraum in sechs der elf beteiligten Einrichtungen angeboten.

³⁵ Siehe hierzu die Reichweitenuntersuchungen der OKJA für die Städte Freiburg (Mohnke/Breit 2017), Ludwigsburg, Leonberg, Weil der Stadt und Holzgerlingen (Peter/Höfflin 2017).

In einem Jugendhaus wird der Mädchentreff als von Beginn an erfolgreich beschrieben, auch wenn die Besucherinnenzahlen stark schwanken. Über eine Kooperation mit der Schulsozialarbeit konnten Mädchen mit Fluchterfahrung erreicht werden, welche rund die Hälfte der Besucherinnen ausmachen. Das Angebot findet monatlich außerhalb des regulären Betriebs statt. Die männlichen Mitarbeiter sind während des Mädchentreffs außer Haus. Dieser Treff sei für einige eine Voraussetzung für die Teilhabe an der OKJA:

„Es kommen welche, die es nur erlaubt bekommen ins Jugendhaus zu gehen, wenn keine Jungs anwesend sind.“

Die Mitarbeiterin eines anderen Jugendhauses, in dem eine Mädchengruppe bislang nur im Kinderbereich angeboten wird, erläutert, auch für den Jugendbereich ein Mädchenspezifisches Angebot einrichten zu wollen, um den Mädchen auch in und nach der Pubertät weiterhin den Besuch der Einrichtung zu ermöglichen:

„Es ist schon so, dass viele Mädchen sagen, ‚wenn ich älter bin darf ich nicht in den Jugendbereich kommen. Meine Eltern erlauben es nicht, weil ich keinen Kontakt zu Jungs haben darf‘. Das ist dann schon schwierig. In die Mädchengruppe dürfen sie kommen.“

Eines der beteiligten Jugendhäuser berichtet dagegen, dass sich eine für weibliche Besucherinnen reservierte Zeit, aufgrund mangelnden Interesses der Mädchen an dem Format, nicht bewährt hatte. Dies hatte jedoch zur Folge, dass einige Mädchen aufgrund von Widerständen der Familie oder Partner nicht mehr in die Einrichtung kamen:

„Es kam die Rückmeldung: ‚Wir wollen eigentlich gar keine Mädchenzeit für uns haben. Es ist langweilig, wenn keine Jungs da sind‘. Wenn die Jungs dann aber da waren, war es so, dass die Mädchen nicht mehr kommen durften (...) weil die Eltern es nicht wollten oder eben der Freund.“

Auch in einer anderen Einrichtung hatte sich in der Vergangenheit herausgestellt, dass es für ein Mädchenspezifisches Angebot nicht ausreichenden Bedarf gab. Hier wird von der Fachkraft die Einschätzung formuliert, dass das Jugendhaus, trotz mehrheitlich männlicher Besucher, nicht von männlicher Dominanz geprägt ist:

„Wir haben jetzt nicht so eine testosteron-geschwängerte Männerkultur, was ich wirklich gut finde. Es sind hier andere Jungs, die man eher Nerds oder vielleicht Außenseiter nennen könnte.“

In einem weiteren Jugendhaus wird eine wöchentlich während des regulären Betriebs stattfindende Mädchengruppe nur vereinzelt von Mädchen mit Fluchterfahrung besucht; der Mädchentreff einer anderen Einrichtung, der jedoch nicht von Geflüchteten besucht wurde, hat sich aufgrund von Konflikten zwischen den Teilnehmerinnen aufgelöst.

Fachkräfte aus zwei beteiligten Teilprojekten beschreiben den besonderen Anspruch, den sie erfüllen müssen, wenn sie Mädchen mit Fluchterfahrung mit ihren Angeboten erreichen wollen. Eine Fachkraft gibt klar an, dass sie im Rahmen des Projekts keine Zeit für die Beziehungsarbeit zu den Familien von Mädchen habe. Bis es Mädchen von den Familien erlaubt werde, die Angebote der OKJA zu besuchen sei viel mehr und intensivere Beziehungsarbeit

notwendig, als dies bei Söhnen der Fall sei. Nach Einschätzung der Fachkräfte liege das auch daran, dass Mädchen häufig familiäre Aufgaben wahrnehmen müssten, wie die Betreuung von Geschwisterkindern oder Aufgaben im Haushalt. Zudem würden die Mädchen stärker geschützt und gezielt an Begegnungsmöglichkeiten mit gleichaltrigen Jungen gehindert werden.

Der Mitarbeiter eines Teilprojektes berichtet, dass in der Einrichtung, insbesondere unter Geschwistern mit Fluchterfahrung, ein ungleicher Status zwischen den Geschlechtern wahrnehmbar sei und die Mädchen oftmals von ihren Brüdern abhängig zu sein scheinen. Vor diesem Hintergrund war es Ziel des Projektes, die Mädchen in der Einrichtung zu stärken; eine erklärte Zielsetzung war dabei „die kontinuierliche Bewusstseinsentwicklung der Mädchen für Emanzipation im Klub“. Durch spezifische Angebote für Mädchen, wie Nähen oder eine Basketball-AG, sollten diese in einem geschützten Rahmen Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können und in ihrer Persönlichkeit und in ihrer Rolle innerhalb der Einrichtung gestärkt werden:

„Uns ist aufgefallen, dass die Jungs immer das Geld dabei haben, wenn sie mit ihren Geschwistern kommen. Die Mädchen müssen dann immer betteln während die Jungs sagen: ‚nein, du kriegst nichts von mir. Der Vater hat es mir gegeben‘. So hat es sich aufgebaut, die Mädchen waren immer abhängig von ihren Brüdern. Wir haben dann ein Angebot entwickelt, an dem nur Mädchen teilnehmen können, bei dem sie mal im Mittelpunkt stehen und auf einmal fragen die Brüder, ob sie nicht mal mitmachen dürfen?“

Eine andere Fachkraft zeigte sich überfordert mit immer mehr Befindlichkeiten und Ansprüchen der Besucher*innengruppen und deren Familien umgehen zu müssen. Als sie in der Vergangenheit einer Transgender-Jugendlichen die Teilnahme am Mädchenabend erlaubte, durfte in der Folge ein migrantisches Mädchen nicht mehr zum Mädchentreff kommen.

Die Erfahrungen der Teilprojekte haben gezeigt, dass spezifische Angebote für Mädchen eine Möglichkeit sein können, um Mädchen mit Fluchterfahrung den Zugang zu Angeboten der OKJA zu ermöglichen, der Erfolg jedoch von verschiedenen Bedingungen abhängt, die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung nicht abschließend geklärt werden konnten. Hierbei ist auch anzumerken, dass Einrichtungen der OKJA, wie Reichweitenuntersuchungen zeigen (siehe u. a. Rauschenbach 2010), im Jugendbereich oftmals mehrheitlich von männlichen Jugendlichen besucht werden. Dies zeichnet sich, unabhängig der Herkunft der Jugendlichen, auch bei den begleiteten Projektstandorten ab.³⁶ Auch wenn besondere Barrieren für Mädchen mit

³⁶ Zwei der Einrichtungen werden fast ausschließlich von männlichen Jugendlichen besucht. In einer Einrichtung liegt der Anteil der weiblichen Besucherinnen bei lediglich 20 %, bei zwei weiteren Jugendhäusern machen die weiblichen Besucherinnen 35 % bzw. 40 % der Nutzer*innen aus. Für die anderen Einrichtungen liegen keine Zahlen vor, hier wird seitens der Fachkräfte ein Überhang an männlichen Jugendlichen angenommen. Ein Kinder- und Jugendhaus berichtet traditionell mehrheitlich von Mädchen aufgesucht zu werden.

Fluchterfahrung angenommen werden können, handelt es sich dabei keinesfalls ausschließlich um eine flüchtlingspezifische Thematik und ist auch im Kontext gesamtgesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse zu sehen.

5.3.7. Potenzial 3: Aufsuchende Arbeit und Vertrauensaufbau

Während bei einem Teil der Einrichtungen junge Menschen mit Fluchterfahrung bereits vor Projektbeginn Nutzer*innen der offenen Jugendarbeit waren, war es für andere Standorte zentrales Projektziel, Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung erstmalig oder in größerem Umfang als bislang zu erreichen. In den Teilprojekten mit dieser Zielsetzung war eine aufsuchende Arbeit, durch die Jugendliche und ihre Eltern gezielt angesprochen werden sollten, die konzeptionelle Kernidee, die in den Einrichtungen unterschiedlich ausgestaltet wurde. So findet aufsuchende Arbeit in einer Einrichtung beispielsweise durch wöchentliche Besuche und Aktionen an Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete sowie einer Wohnungslosenunterkunft statt. Eine andere Einrichtung setzt auf die Ansprache von Jugendlichen auf der Straße und den persönlichen Beziehungsaufbau zu einzelnen Familien, während in der dritten Einrichtung der Fokus auf der Kontaktaufnahme über die Schulsozialarbeit liegt.

Eine Projektmitarbeiterin berichtet, dass das Thema aufsuchende Arbeit zu Beginn des Teilprojektes unter den Fachkräften des Jugendhauses kontrovers diskutiert und erst im Kontext der Konzeptentwicklung ein Prozess angestoßen wurde, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Dies obwohl die Verbindung von Offener Jugendarbeit und Aufsuchender Jugendarbeit in der Fachdiskussion seit Langem als Potenzial betrachtet wird und sich in einigen Kontexten bewährt hat (Deinet/Krisch 2013). Dabei betont sie, dass für aufsuchende Arbeit personelle und zeitliche Ressourcen erforderlich sind, die im Einrichtungsalltag oftmals nicht ausreichend vorhanden seien:

„Es waren heiße Diskussionen, ob sowas jetzt zur Arbeit gehört oder nicht. Wie fängt man an und wo hört man auf sich abzugrenzen? Wie ist der Arbeitsauftrag? Wir haben lange Diskussionen geführt, die auch nicht zu Ende sind, und für die wir auch nicht direkt Lösungen gefunden haben. Ich kann das verstehen. Also ich meine, überbezahlt ist man definitiv nicht gerade in unserem Feld. (...) Aber es ist ein Thema, ob man Ideen hat das zu lösen.“

Bei einem Fachkräfteaustausch in Sachsen wurde die Problematik angesprochen, dass das Jugendamt Chemnitz aufsuchende Arbeit nicht aus Aufgabenfeld der OKJA betrachtet, sondern diese der mobilen Jugendarbeit vorbehält. Somit sind die Einrichtungen ausschließlich auf eine Komm-Struktur verwiesen und haben nicht die Möglichkeit, aktiv neue Zielgruppen, bspw. junge Menschen mit Fluchterfahrung, anzusprechen und als Besucher*innen zu gewinnen:

„Wir dürfen das Gelände nicht verlassen. Wir dürfen auch keine Stadtteilbegehungen machen, öffentlich rumgehen und die Jugend aufsuchen. Weil die Mobile Jugendarbeit vom Jugendamt finanziert wird und das ihre Aufgabe ist. Wir haben die Einrichtung. Wir können also nur neue Besucher finden,

indem sie vor unserer Haustür stehen. (...) Direkt rausgehen und Kinder suchen, die bei uns in der Umgebung sind und die uns vielleicht noch nicht kennen, dürfen wir nicht.“

In der Fachdiskussion der OKJA ist demgegenüber konsensuell, dass Sozialraumorientierung und aufsuchende Arbeit Qualitätsmerkmale offener Jugendarbeit sind (d. dazu z.B. Deinet/Krisch 2003; Krisch 2009). Fachpolitisch wäre deshalb eine entsprechende Positionierung der betroffenen Einrichtungen und der übergeordneten Fachverbände zu fordern.

Der Mitarbeiter eines Jugendhauses, der wöchentlich unterschiedliche Einrichtungen für Menschen mit Fluchterfahrung besucht, dort Aktivitäten anbietet und zu Angeboten in das Jugendhaus oder zu Ferienfreizeiten einlädt, berichtet von der Erfahrung, dass sich Erfolge erst langfristig abzeichnen und ein Vertrauensaufbau, der als Voraussetzung für eine Anbindung gesehen wird, Zeit brauche:

„Ja es tut sich was. Die Kontakte mit Flüchtlingsheimen - das sind langsame Mühlen, die mahlen, aber sie mahlen. Und die merken in der Zwischenzeit das sie uns vertrauen können.“

Die Kontinuität und Langfristigkeit der aufsuchenden Arbeit wird nach Beendigung des Projektes von der Einrichtung als zentrale Erfolgsbedingung für die weitere Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung beschrieben:

„Die Erfolge im Projekt sind ausschließlich durch die kontinuierliche Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen entstanden. Verschiedene Events und regelmäßige Termine haben das Vertrauen der Jugendlichen und schließlich auch das derer Eltern geschaffen.“

Die Fachkraft eines anderen Teilprojektes betont ebenfalls, dass aufsuchende Arbeit über Informationsvermittlung hinausgehe und vielmehr ein Beziehungs- und Vertrauensaufbau notwendig sei, um Kinder und Jugendliche, auch über den Kontakt zu deren Eltern, für eine Teilhabe an der OKJA zu gewinnen:

„Es braucht eine sehr freundliche Ansprache. Hinfahren, ein Glas Wasser mit der Mutter trinken, den Vater mit Händen und Füßen begrüßen. Ich glaube, dass diese Art Vertrauen aufzubauen sehr wichtig ist.“

Ähnlich wird dies auch von einer weiteren Fachkraft beschrieben:

„Ich denke, einen wirklichen Kontakt zu den Familien zu knüpfen, (...) schafft man in der Offenen Arbeit kaum. Das finde ich schade. Natürlich will man die Leute integrieren, aber dafür müsste man vermutlich vor Ort sein, in die Familie reingehen (...) die Leute besuchen und sagen ‚wir haben da ein Projekt‘.“

Wichtig sei es vor allem, den Jugendlichen und deren Familien als Person bekannt zu sein. Hierfür besuchen mehrere der am Projekt beteiligten Fachkräfte die Gemeinschaftsunterkünfte und die Familien in deren Zuhause. Weiter sei es wichtig, dass die Jugendlichen den Ort der OKJA, sowie den Weg dorthin (gut) kennen. An zwei Projektstandorten wurden die jungen Menschen mit Fluchterfahrung daher von den Fachkräften für die ersten Besuche von ihrer Unterkunft zum Jugendtreff hin begleitet. Auch

wenn Bring- und Holdienste aus Sicht der Fachkräfte den Kindern und Jugendlichen aus der benachbarten Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete eine Anbindung erleichtern würden, konnte diese Unterstützung aufgrund von Personalmangel in dieser Einrichtung nicht aufrechterhalten werden:

„Wir würden das eigentlich gerne machen aber es geht nicht aufgrund der Unterbesetzung. Es war auch der Wunsch, dass wir sie aus der GU abholen und mit rüber nehmen. Wir müssen mal gucken ob wir das hinbekommen.“

Bei diesem Teilprojekt war die Aufrechterhaltung einer gelingenden Kooperation mit Fachkräften der Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete ein zentrales Handlungsziel. Im Rahmen dieser Kooperation finden regelmäßige Austauschtreffen zwischen den Fachkräften des Treffs und den Sozialarbeiter*innen der Gemeinschaftsunterkunft statt, Angebote und Termine der OKJA werden in der Gemeinschaftsunterkunft ausgehängt. Seit einiger Zeit wird zudem ein gemeinsames Ferienprogramm für Besucher*innen der Einrichtung und Bewohner*innen der Gemeinschaftsunterkunft angeboten, bei denen sich die Kinder und Jugendlichen kennenlernen und die jungen Menschen mit Fluchterfahrung einen Zugang zur OKJA finden können. Darüber hinaus werden die Fachkräfte beispielsweise auch zu Festen in die Unterkunft eingeladen, um Kontakte zu den Familien zu knüpfen. Diese Kooperation wird als zentraler Baustein für eine Anbindung der Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrung an die Einrichtung der OKJA benannt.

Die Honorarkraft in einem Jugendhaus, in dem jährlich ein interkulturelles Fest für alle Generationen veranstaltet wird, beschreibt dieses Format auch in Hinblick darauf als erfolgreich, dass die Eltern potenzieller neuer Besucher*innen so die Einrichtung der OKJA kennenlernen und Unsicherheiten überwinden können:

„Der Vorteil ist, dass alle das Jugendhaus kennenlernen. Die Eltern kennen dann das Jugendhaus und den Ort und können sich etwas darunter vorstellen. Vielleicht lernen sie auch die Jugendarbeiter kennen und sind dann bereit ihre Kinder dorthin zu schicken.“

Die Betreuerinnen einer interkulturellen Jugendgruppe, die gemeinsam mit einem Jugendhaus ein Kooperationsprojekt durchführt, berichten von der positiven Erfahrung, die sie damit machen, Jugendliche mit Fluchterfahrung über Messenger persönlich zu Angeboten einzuladen und an Termine zu erinnern. Dies sei bereits fester Bestandteil ihres Arbeitsalltags, den sie auch der OKJA nahe legen. Neben der Information liege der Fokus dabei auch auf der Beziehungsarbeit mit den Jugendlichen:

„Es ist halt sehr viel Aufwand, aber (...) wir chatten immer vorher mit den Jugendlichen. Das läuft so neben der Arbeit her. Wir chatten immer zwei Tage vor der Veranstaltung meistens den ganzen Tag (...), anders würde das nicht funktionieren. Anders hätten wir keine Leute da. Und das nicht, weil die keine Lust oder kein Interesse haben, sondern weil die einfach diesen persönlichen Bezug brauchen um Unsicherheiten zu überwinden.“

Eine Fachkraft einer anderen Einrichtung berichtet ebenfalls von großem Aufwand, um bestimmte Jugendliche zur Teilnahme an Angeboten zu erinnern und zu motivieren. In einem

Fall kamen die Jugendlichen nicht zum vereinbarten Treffen, obwohl sie noch wenige Stunden vor dem Angebot die Teilnahme zusicherten. Die Fachkraft fuhr daraufhin zur Unterkunft der Jugendlichen und erfuhr, dass die Jugendlichen das Treffen verschlafen hatten. Dass die Jugendlichen häufiger angeben, zu müde für Aktivitäten zu sein, führt die Fachkraft auf die problematischen Bedingungen der Unterbringung von Jugendlichen mit Fluchterfahrung zurück. Den Jugendlichen fehle es an sinnvollen Beschäftigungsangeboten, motivierenden Zukunftsperspektiven und psychologischer Betreuung.

In Gesprächen mit den Projektbeteiligten wurde zudem deutlich, dass es bei der aufsuchenden Arbeit – sowohl bei den Eltern als auch bei den Kindern und Jugendlichen – hilfreich ist, zu spezifischen Aktionen einladen zu können, unter denen sich die neue Zielgruppe etwas vorstellen kann, anstatt nur auf das Angebot des offenen Bereiches hinzuweisen.

5.3.8. Potenzial 4: Kooperation mit Vereinen und verbandlichen Jugendarbeit

Neben der Kooperation mit Gemeinschaftsunterkünften ist auch die Zusammenarbeit mit Vereinen oder Beratungsstellen, die sich in der Arbeit mit Geflüchteten engagieren und über Kontakte und Beziehungen zur Zielgruppe verfügen, hilfreich, um Vertrauen zu schaffen und jungen Menschen mit Fluchterfahrung den Zugang zu Einrichtungen der OKJA zu erleichtern.

Ein Teilprojekt berichtet, dass die Zusammenarbeit mit einem Verein, der sich für die Belange von Menschen mit Fluchterfahrung engagiert und unter anderem Beratung im Asylverfahren anbietet, eine wichtige Voraussetzung für die Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung an die Kinder- und Jugendeinrichtung war, die heute zwischen 30 und 40 Prozent der regelmäßigen Besucher*innen ausmachen.

Als 2015 viele Familien in die sächsische Kreisstadt kamen, ist der Verein auf das Kinder- und Jugendhaus zugegangen, um ein gemeinsames Ferienprogramm für die Kinder mit Fluchterfahrung anzubieten, wozu die Fachkräfte bereit waren. Im Anschluss ist der Verein immer wieder für eine Zusammenarbeit bei punktuellen Aktionen für die Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrung auf die Fachkräfte zugekommen, wodurch sich die Kooperation nach und nach intensiviert hat und erste Beziehungen der Fachkräfte der OKJA zu den Geflüchteten aufgebaut werden konnten:

„Es gab immer Veranstaltungen, für die uns [der Verein der Geflüchteten-Unterstützung] angefragt hat. (...) Wir haben uns einfach mit eingeklinkt und Kinder geschminkt oder ähnliches. Dadurch hat sich, Stück für Stück, die Zusammenarbeit intensiviert.“

Durch ein von dem Verein initiiertes Kunstprojekt für Kinder mit Fluchterfahrung kamen regelmäßig Kinder bis 12 Jahre, zum Teil auch in Begleitung der Eltern, in die Einrichtung. Dieses Projekt besteht inzwischen seit 5 Jahren und wurde im Laufe der Zeit auch für einheimische

Kinder geöffnet, was eine längerfristige Anbindung der jungen Menschen mit Fluchterfahrung auch an die offene Arbeit der Einrichtung ermöglicht hat³⁷:

„Damit wurden die Hemmschwellen, die Einrichtung zu besuchen, Stück für Stück, für die Kinder mit Fluchterfahrung abgebaut. Parallel dazu wurden auch die Hemmschwellen der Kinder, untereinander in Kontakt zu gehen, abgebaut.“

Seit drei Jahren wird im Rahmen der Kooperation jährlich eine dreitägige Ferienfreizeit für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren angeboten, an der 2019 achtzehn Kinder mit und ohne Migrations- oder Fluchterfahrung teilgenommen haben.

„Dieses [Name des Ferienevents] ist zu einem regelmäßigen Ferienevent geworden. Wir führen es zusammen durch und schauen, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einheimischen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund herrscht.“

Die Zusammenarbeit mit der Organisation, die geflüchtete Menschen solidarisch unterstützt, wird von den Fachkräften als wichtige Erfolgsbedingung für einen Vertrauens- und Beziehungsaufbau zu geflüchteten Familien beschrieben:

„Die Mitarbeiterinnen des Vereins hatten die besten Kontakte zu den Familien mit Fluchterfahrung und konnten der Einrichtung gegenüber den Eltern einen Vertrauensvorschuss geben. Damit waren die Eltern einverstanden, ihre Kinder in die Offene Kinder- und Jugendeinrichtung zu bringen.“

Die Fachkräfte raten auch anderen Einrichtungen, auf derartige Möglichkeiten vor Ort zurückzugreifen, um eine Anbindung von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung an die OKJA zu ermöglichen:

„Das kann man nur empfehlen, wenn es so einen Partner im Umkreis gibt, dass man darauf zurückgreift, dass man gemeinsam anpackt.“

Diesbezüglich hebt auch ein anderes Teilprojekt in der abschließenden schriftlichen Reflexion die Bedeutung einer Verbindung von sozialarbeiterischen Tätigkeiten und Bildungsangeboten in der Arbeit mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung hervor, da diese auf spezifische Beratungsangebote und Unterstützung angewiesen sein können. Könnte man diesem Bedarf als Einrichtung nicht gerecht werden, ist es nach Einschätzung der Mitarbeiter*innen sinnvoll, mit Beratungsstellen oder Jugendverbänden zusammenzuarbeiten. Kooperationen könnten darüber hinaus auch dazu beitragen, sowohl innerhalb der OKJA, als auch in der verbandlichen Jugendarbeit spezifische Milieueffekte auszugleichen und soziale Abgrenzungen aufzubrechen:

„Die Verknüpfung von Sozialarbeit und Bildungsarbeit hat in unserem Projekt besondere Früchte getragen. So sollte von Anfang an genug Zeit für Einzelfallarbeit und Beratung eingeplant werden und/oder gleich entsprechende Stellen mit in die Kooperation geholt werden. (...) Für die Ergänzung der

³⁷ siehe hierzu Kapitel 5.3.6.

eigenen Ressourcen hilft es, Kooperationen mit anderen Trägern einzugehen. So werden die Jugendgruppen heterogener – was gesellschaftlichen Verhältnissen entspricht.“

5.3.9. Zusammenfassung

Wie im Rahmen der Evaluation deutlich wurde, ist der offene Bereich der OKJA mit verschiedenen Zugangsbarrieren verbunden, die insbesondere auch für junge Menschen mit Fluchterfahrung relevant sind. Es kann zum einen nicht davon ausgegangen werden, dass Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung und deren Familien das Format der OKJA aus den Herkunfts- und Fluchtländern bekannt ist sowie dass ihnen dessen Sinn unmittelbar einleuchtet. Dies gilt insbesondere für den offenen Betrieb. Versuche, die von den Fachkräften als fraglos offenkundig betrachtete Bedeutung und die Nützlichkeit des offenen Betriebs potenziellen Besucher*innen und ihren Eltern in klarer und verständlicher Weise zu verdeutlichen, wurden im Rahmen der Teilprojekte unserer Kenntnis nach nur am Rande unternommen. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass junge Menschen mit Fluchterfahrung, wie auch andere Jugendliche, die bislang keine Besucher*innen sind, durch die Präsenz einer oftmals homogenen Stammbesucher*innenschaft oder einer bestimmten Jugendszene, der man sich nicht zugehörig fühlt, abgeschreckt werden sowie gegebenenfalls mit einem Abwehr- und Dominanzverhalten konfrontiert sind. Zudem ist die Teilnahme am offenen Betrieb offenkundig spezifisch voraussetzungsvoll: Sie setzt die Bereitschaft und das Interesse voraus, pädagogisch zur Verfügung gestellte Freiräume zu nutzen; aus Sicht der befragten Fachkräfte ist darüber hinaus fraglich, ob Jugendliche mit Fluchterfahrung die Fähigkeit erworben haben, diese Freiräume für sich zu erkennen und zu nutzen. Insofern kann die zusammenfassende Einschätzung formuliert werden, dass der offene Betrieb keineswegs voraussetzungslos für alle Jugendlichen auch tatsächlich zugänglich ist, er ist weniger offen, als die gängige Bezeichnung suggeriert.

Das Anbieten konkreter Aktivitäten, die den offenen Bereich ergänzen und zu denen im Rahmen von aufsuchender Arbeit eingeladen werden kann, stellt eine mögliche Strategie dar, um neuen Besucher*innen den Zugang zu erleichtern. Diese haben einen für Jugendliche und ihre Familien erkennbaren Sinn und Gebrauchswert und sie bieten einen relativ niedrigschwelligen Rahmen für ein Ankommen und Zurechtfinden in der Kinder- und Jugendarbeit. Auch die aufsuchende Arbeit, die im Rahmen der Teilprojekte als langfristiger Vertrauens- und Beziehungsaufbau zur neuen Zielgruppe beschrieben wird, kann als wichtige Strategie zur Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung an die OKJA festgehalten werden.

Durch die Teilnahme am Projekt „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“ waren die beteiligten Einrichtungen immer wieder dazu aufgefordert, sich mit der Frage nach der Zugänglichkeit und möglichen Hürden zu beschäftigen, diese kritisch in den Blick zu nehmen und ggf. im Team mögliche Umgangsweisen mit Zugangsbarrieren zu finden. Insbesondere von einer Einrichtung wurde in der abschließenden Befragung betont, wie wichtig diesbezügliche

Aushandlungs- und Reflexionsprozesse waren und dass Prozesse auf Teamebene eine Voraussetzung für Schritte hin zu einer Öffnung des Jugendhauses für neue Zielgruppen waren. Auch bei den Stammbesucher*innen wurde eine Reflexion über die Zugänglichkeit des Jugendhauses angestoßen:

„Es wurden Prozesse auf der Strukturebene des Jugendhauses ausgelöst. Fragen darum, welche Zielgruppe erreicht wird und erreicht werden soll. Zielformulierungen werden vermehrt und explizit zwischen dem hauptamtlichem Team und dem ehrenamtlichen Vorstand besprochen. Auch unter einigen Stammbesucher*innen kommt die Frage nach Zugangsbarrieren und der Diversität ihrer Gruppe auf.“

Zum Ende dieses Teilprojektes wurde ein Folgeprojekt geplant, welches an die bisherige Zielsetzung der Öffnung des Jugendhauses für junge Menschen mit Fluchterfahrung anknüpfen soll.

Auch von einer weiteren Einrichtung wurde in der Abschlussbefragung hervorgehoben, dass durch das Projekt wichtige Prozesse hin zu einer Sensibilisierung für Vielfalt bei den Fachkräften angestoßen wurden:

„Wir Mitarbeiter*innen bekamen wertvolle Impulse, Fortbildung, Reflexion und einen Weitblick für den Wert des Miteinanders unterschiedlicher Kulturen sowie mehr Durchhaltevermögen und Geduld im Umgang mit den teils für uns zu langwierigen Prozessen, gerade auch nach Rückschlägen mit einzelnen Kindern und Jugendlichen. Das Projekt hat uns dabei sehr motiviert und beflügelt weiter zu machen und dran zu bleiben.“

5.4. Politische Bildung, Partizipation und Empowerment in den Teilprojekten

Das Ermöglichen von demokratischen Erfahrungen der Besucher*innen der OKJA war ebenso zentrale Zielsetzung des Programmes, wie die Positionierung der OKJA als „Lernort für Demokratie“ (Siehe hierzu Kapitel 3.2.). Von den beteiligten Einrichtungen wird in Übereinstimmung damit in den Projektanträgen und Konzeptionen sowie in Gesprächen immer wieder die Bedeutung von Partizipation als Strukturmerkmal der OKJA hervorgehoben, die, zumindest programmatisch, ein fest verankertes Gestaltungsprinzip innerhalb der Einrichtungen zu sein scheint. Exemplarisch formuliert dazu eine Fachkraft:

„Es gehört eigentlich zum Alltag des Jugendhauses dazu, dass hier mitentschieden wird. Gerade im offenen Bereich war das eigentlich eine Demokratie, wie man sie sich nur wünschen kann.“

Bei den Projektstandorten war bereits im Vorfeld der Teilprojekte eine Bandbreite von Beteiligungsformaten vorzufinden: Zwei Einrichtungen, deren Besucher*innen überwiegend einer politisierten Jugendszene zugerechnet werden können, verwiesen auf regelmäßige offene Plena als Beteiligungsplattform. Insbesondere eines der Projekte, welches jedoch nach drei Monaten aus der Projektförderung ausstieg, war durch die erfolgreiche Umsetzung ihrer

partizipativen Grundhaltung gekennzeichnet. Die Selbstorganisation der Jugendlichen steht hier im Mittelpunkt und wird durch die hauptamtlichen Fachkräfte lediglich unterstützt. Die Besucher*innen eines anderen Jugendhauses haben die Möglichkeit, ihre Interessen in täglich stattfindenden Stuhlkreisen zu äußern sowie Wünsche anonym zu artikulieren und in einen dafür bereitgestellten Kasten zu werfen. Ein weiteres Jugendhaus verwies ebenfalls auf eine Wunsch- und Kritikbox, und in einer anderen Einrichtung stand zu diesem Zweck ein Whiteboard zur Verfügung. In zwei Einrichtungen wurden regelmäßige Hausversammlungen für alle Besucher*innen angeboten, in zwei weiteren gab es formale Mitbestimmungsstrukturen, u. a. mit gewählten Mitgliedern. Ein Treff verfügt über eine eigene Beteiligungsmentorin, die auf vielfältige Partizipationsformen verwies, welche sich am Beteiligungskonzept des Trägers orientieren. Ein Jugendhaus bietet den Besucher*innen die Möglichkeit, nach dem Erwerben einer Jugendleitercard das Haus auch außerhalb der Öffnungszeiten in Selbstverwaltung zu nutzen. In mehreren Einrichtungen gaben die Fachkräfte an, dass es zwar keine formalen Strukturen der Mitbestimmung gibt, diese in Hinblick auf die Programmplanung jedoch durch informelle Gespräche stattfindet. Dazu, wie die in den Einrichtungen etablierten Formate von den Besucher*innen genutzt und bewertet werden sowie, ob diese dazu geeignet sind, den Partizipationsanspruch der Einrichtungen in der Praxis zu realisieren, konnten im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung keine Daten erhoben werden.

Wie bereits in Kapitel 3.4. aufgezeigt wurde, stellte die in der Programmausschreibung formulierte Verbindung der Themen Einbezug von jungen Menschen mit Fluchterfahrung in die OKJA und Vermittlung demokratischer Handlungsorientierungen die Fachkräfte bei der Erarbeitung der Projektkonzeption vor die Herausforderung, Ideen zu entwickeln, die es ermöglichen sollten, beiden Aspekten in einer Weise gerecht zu werden, die sowohl den Anforderungen der Programmausschreibung, als auch den Interessen und Möglichkeiten der Zielgruppe entsprechen. Dass es sich hierbei um eine schwierige Aufgabenstellung handelt, wurde von den Fachkräften wiederkehrend betont:

„Der Demokratiegedanke ist ein wenig schwierig. Diesen Gedanken ins Politische gehend miteinzubinden, so dass es niederschwellig genug für unsere Jugendlichen ist, die ja selbst gar keine Möglichkeit haben zu wählen, ist herausfordernd. Ich jedenfalls finde es selber immer noch schwierig, das Politische richtig einzubinden in dem Projekt.“

Eine spezifische Problematik resultierte diesbezüglich nach Einschätzung einiger Fachkräfte auch aus einer autoritären Sozialisation eines Teils der jungen Menschen mit Fluchterfahrung:

„Das stellen wir immer wieder fest, dass sie [die geflüchteten Jugendlichen, L.S./A.S.] Eigeninitiative einfach nicht kennen, sondern eher Autoritäres und Geleitetes gewöhnt sind.“

„Ja das ist oft so, dass dieser kulturelle Hintergrund mit reinspielt, dass sie fragen: ‚Warum entscheidest du das jetzt nicht?‘“

Diese Aussagen sind aus Sicht der Fachkräfte Ergebnis ihrer Erfahrungen; sie bringen jedoch eine potenziell problematische Sichtweise zum Ausdruck: Es handelt sich dann um

kulturalistische Zuschreibungen, wenn unklar und ungeprüft bleibt, ob sich Jugendliche mit Fluchterfahrung diesbezüglich von einheimischen Jugendlichen unterscheiden. Und generell ist es wenig plausibel anzunehmen, dass junge Menschen mit Fluchterfahrung keine Eigeninitiative kennen, da gerade die Flucht selbst ja gewöhnlich Ausdruck eines hohen Maßes an eigeninitiativem Handeln ist. Zudem fiel auf, dass „das Politische“ und „demokratisches Handeln“ von einigen Fachkräften selbst sehr eng definiert wurde, so dass Jugendlichen leicht abgesprochen werden kann, politisch interessiert zu sein.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung zeigte sich, dass die Zielsetzung der Programmausschreibung, demokratische Erfahrungen zu ermöglichen und politische Bildung zu fördern, von den einzelnen Standorten unterschiedlich interpretiert und umgesetzt wurde: Während ein Teil der Einrichtungen den Fokus auf das Ermöglichen von Begegnung zwischen Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung setzte, die sich im Rahmen der OKJA als gleichberechtigte Besucher*innen erleben sollten (siehe hierzu die Kapitel 5.2. und 5.3.), sollte dem Aspekt der Demokratieförderung an anderen Projektstandorten durch politische Bildung oder die Beteiligung an Mitbestimmung im Rahmen der Einrichtung oder im kommunalpolitischen Kontext eine stärkere Bedeutung zukommen.

An einem Projektstandort war vorgesehen, der Zielsetzung „Förderung von Demokratisierungsprozessen“ zunächst mit klassischen Formaten politischer Bildung nachzugeschlossen. Das Projektkonzept sah vor, bei wöchentlich stattfindenden Treffen mit einer Gruppe von Stammbesucher*innen politische Fragen zu thematisieren. Die Themen wurden gemeinsam mit den Jugendlichen gewählt, wobei sich die im Teilprojekt beteiligten Fachkräfte uneinig darüber zeigten, inwieweit die Themen tatsächlich den Interessen der Jugendlichen entsprachen oder von den Fachkräften nahegelegt wurden. In den ersten Wochen, bevor die Gruppe aufgrund fehlender Kontinuität und mangelndem Interesse der Teilnehmer*innen zum Erliegen kam, wurden u. a. die Themen „Europa“ und „Populismus“ mit den Jugendlichen besprochen. Zudem wurde mit einigen Kindern und Jugendlichen im Vorfeld der Europawahl der Wahl-O-Mat ausprobiert. Dabei stellt sich jedoch heraus, dass das Wissen der Besucher*innen nicht ausreichend war, um alle Fragen zu beantworten, was seitens der Fachkraft auch darauf zurückgeführt wird, dass das Niveau des Wahl-O-Mates für die Nutzer*innen des Jugendhauses, die zum Großteil Haupt- und Realschulen oder eine Förderschule besuchen, nicht angemessen ist: „Das wurde ganz schnell klar, dass die Fragestellung des Wahl-O-Mates nicht für nicht-Gymnasiasten gemacht wurden.“ Eine Möglichkeit, auf diese Einschätzung konstruktiv zu reagieren, war für die Fachkräfte nicht sichtbar.

Nachdem mit diesen traditionellen Formaten politischer Bildung wenig positive Erfahrungen gemacht wurden, fand eine Neuorientierung in eine Richtung statt, die von einem Mitarbeiter als „mehr basal als verknüpft“ beschrieben wurde. Demokratie sollte stärker erfahrungsorientiert und anschaulich thematisiert werden. Umgesetzt wurde dies mit einem Besuch der Bundesgartenschau, durch den Kindern und Jugendlichen die Bedeutung ökologischen Bewusstseins und politischen Handelns verdeutlicht werden sollte:

„Das ist für mich Demokratie pur. Absolut. Das ist nämlich gelebte Demokratie. Was wird hier gezeigt? Welche Form von Gartenverständnis, von Naturverständnis, von Wildwuchsverständnis haben wir? Ist das unserer Lebensweise entsprechend, nach allem was wir jetzt wissen? Wo befinden wir uns gerade als Menschen in dieser durch die Menschen veränderten Welt? (...) Wie ich schon sagte: Politik ist alles. Und wenn ich mit Kindern und Jugendlichen über die Gartenschau gehe, ist das auch Politik.“

Deutlich wird hier, dass ein qualifiziertes Verständnis von Konzepten und Methoden der politischen Bildung bei Fachkräften der offenen Kinder- und Jugendarbeit keineswegs als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann. Denn hier wird ein entgrenztes Politikverständnis in Anspruch genommen, das Unterschiede zwischen alltäglichem Lernen zu Themen, die auch politisch bedeutsam sein können, und der Auseinandersetzung mit den politischen Kernthemen nivelliert. Zudem findet hier eine Gleichsetzung der Auseinandersetzung mit politischen Themen mit Demokratie statt, die dazu tendiert, die eigenständige Bedeutung einer Thematisierung von verfassungsrechtlichen Prinzipien sowie demokratischen Verfahren und Institutionen auszublenden.

Der Ausflug, an dem auch Kinder mit Fluchterfahrung teilnahmen, wurde von den Fachkräften als sehr positiv und interessant für die Teilnehmer*innen beschrieben. So wurde beispielsweise ein Container besucht, indem man die Möglichkeit hatte, Blindsein nachzuempfinden, was auf großes Interesse stieß. Das damit entstandene Interesse wurde im weiteren Gang des Teilprojekts jedoch nicht aufgegriffen.

In einer anderen Projektkonzeption, die als zentrale Idee einen Sprachunterricht einiger Besucher für die Fachkräfte vorsah, sollten darüber hinaus bei einem Treffen die Unterschiede zwischen den politischen Strukturen Deutschlands und des Herkunftslandes der Besucher, - es handelt sich um aus dem Irak nach Deutschland geflüchtete männliche Jugendliche - behandelt werden. Die Zielsetzung sah zudem vor, den Jugendgemeinderat für diesen Austausch zu gewinnen, um den Besuchern die kommunale Jugendpolitik näher zu bringen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Stammbesucher bei der Wahl des Jugendgemeinderates, welche vor Projektbeginn im Jugendhaus stattfand, von den Fachkräften als politisch uninteressiert erlebt wurden:

„Die ganze Wahl vom Jugendgemeinderat hat auch im Jugendhaus stattgefunden. Das haben die auch mitbekommen, aber die haben dann eher auf die Gesichter geguckt ‚das ist eine Hübsche, die würd ich wählen‘. Die tatsächlichen Inhalte haben sie dann weniger interessiert, es ging eher ums Äußerliche. Aber da können die von Jugendgemeinderat auch noch ein bisschen erzählen (...). Da haben unsere Jugendlichen weniger Sicht drauf, was die wirklich bewegen können und was nicht und wo die Schwierigkeiten sind.“

Das Thema ‚Vergleich politischer Strukturen Deutschlands und des Irak‘ wurde nicht von den Jugendlichen ausgewählt, sondern diesen von den Fachkräften vorgegeben, um dem in der Projektausschreibung vorgegebenen Projektelement demokratische Bildung gerecht zu werden. Kurz vor Abschluss des Projektes konnte das beschriebene Vorhaben realisiert werden. Neben sieben bis acht Stammbesuchern haben zwei Vertreter des Jugendgemeinderates sowie die Schulsprecherin einer örtlichen Schule teilgenommen. Von den Fachkräften wurde der

Austausch, bei dem ein großer Gesprächsbedarf der Jugendlichen mit Fluchterfahrung, insbesondere zur politischen Situation im Herkunftsland, deutlich wurde, als sehr erfolgreich beschrieben. Bei den einheimischen, jugendpolitisch engagierten Jugendlichen konnte nach Einschätzung der Fachkräfte zudem mehr Sensibilität und Verständnis für die Situation der jungen Menschen mit Fluchterfahrung angeregt werden:

„Das hat super gut funktioniert. (...) Im Laufe der Zeit hat man gemerkt, dass es zu vielem Gesprächsbedarf gibt, dass man gar nicht durchkommt zu den Fragen, die man sich überlegt hatte. Aber es war - so die Rückmeldung vom Jugendgemeinderat und von den Kids - eine sehr coole Veranstaltung. Man hat das Gefühl bekommen, dass die zwei Jungs aus dem Jugendgemeinderat und die Schulsprecherin, sich erstmal überhaupt nicht vorstellen konnten in was für einer Situation sie stecken oder warum sie geflüchtet sind. Das war schon spannend an zu sehen.“

Das Interesse der Jugendlichen führen die Fachkräfte darauf zurück, dass die Jugendlichen mit Fluchterfahrung die Möglichkeit hatten, über ein Thema zu sprechen, das sie persönlich betrifft und bei dem sie aufgrund ihrer Erfahrungen und ihres Wissens eine Expertenrolle einnehmen können. Den Stammbesuchern wird durch die Fachkräfte dagegen kein generelles Interesse an politischen Themen zugesprochen, sondern die Einschätzung formuliert, dass die Jugendlichen ein geringes Interesse daran hätten, sich mit den politischen Strukturen in Deutschland auseinanderzusetzen:

„Ich glaub schon dass es Jugendliche gibt, die da gar kein Interesse haben. Das hat mit den Jugendlichen auch nur deshalb funktioniert, weil man eben griffige Themen angesprochen hat - wie es zum Beispiel aktuell im Irak um die Demokratie steht, was sie dort verändern würden usw. Das waren Themen, zu denen sie sich angesprochen gefühlt haben und etwas sagen konnten. Man hat gemerkt, dass es für sie interessant ist. Ich denke, wenn es jetzt nur darum gegangen wäre sich die politische Struktur in Deutschland anzugucken, wäre es wahrscheinlich schwierig gewesen. Weil sie eben noch viel mit den Strukturen im Irak beschäftigt sind. Da können sie drüber sprechen und ihre Sicht der Dinge zeigen.“

Die Fachkräfte streben an, die Kooperation mit dem Jugendgemeinderat auch nach Abschluss des Projektes weiterzuführen, insbesondere um die Mitglieder des Jugendgemeinderates weiter für die Belange der Jugendlichen mit Fluchterfahrung zu sensibilisieren.

Auch in einem weiteren Teilprojekt wurde versucht, politische Bildungsprozesse zu initiieren, hier im Rahmen von Wochenenden mit einer Jugendgruppe, die von den Fachkräften als „interkulturell“ charakterisiert wird. Im Rahmen der Wochenenden und bei weiteren Treffen setzten sich die Jugendlichen gemeinsam mit den Fachkräften und ehrenamtlichen Betreuer*innen mit gesellschaftspolitischen Themen und eigenen biografischen Erfahrungen im gesellschaftlichen Kontext auseinander. Zentral war dabei die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Religion, was von den Jugendlichen selbst eingebracht wurde und für die Teilnehmer*innen auch vor dem Hintergrund attraktiv war, da Religion nach Einschätzung der Fachkräfte in anderen Kontexten meist nicht bzw. nicht in einer für die Jugendlichen angemessenen Weise thematisiert wird. Dieses Thema ist aus Sicht der Fachkräfte deshalb für die politische Bildung wichtig, da Religion und Demokratie von den Jugendlichen oftmals als miteinander im Gegensatz stehende Orientierungsrahmen

wahrgenommen werden und die Jugendlichen vor der Herausforderung stehen, ihre Religiosität und demokratische Prinzipien miteinander zu vereinbaren:

„Ein Anziehungspunkt ist, dass wir Religion zum Thema machen. Das ist ein Thema ist, das sonst ganz klar in der Jugendarbeit und in Schulen ausgeklammert wird. Weil es ja oft so ist, dass jeder neutral sein soll und Religion hier nichts verloren hat.“

„Für uns war Partizipation das, was kommt. Da kam das Thema Religion und es wurde zu einem Dauerthema dass immer wieder aufgegriffen wurde. Für die Jugendlichen ist es ein Thema, das schwierig zu bearbeiten ist. Es dreht sich viel um Demokratie oder Nicht-Demokratie, um Frauenrechte, Männerrechte und die Fragen: wie lebe ich, was ist eigentlich Freiheit? In der Alltagspraxis nehmen wir ganz viele Diskrepanzen wahr. Ist das jetzt hier gut oder war das doch besser in einem autoritären Land?“

Auch von einem beteiligten, aus Afghanistan geflüchteten Jugendlichen wird die Bedeutung der Auseinandersetzung mit dem Thema Religion hervorgehoben:

„Was mir hier gefällt ist, dass wir über Religionen, Freiheit und Demokratie reden. In unseren Ländern dürfen wir das so ja eigentlich nicht.“

Neben einer darauf ausgerichteten politischen Bildung ist auch das Empowerment der Jugendlichen mit Fluchterfahrung definierte Zielsetzung der Gruppenaktivitäten: diese sollen den Jugendlichen bewusst machen, nicht auf die Rolle von Hilfebedürftigen verwiesen zu sein, sondern auch eigene Fähigkeiten einbringen und sich aktiv beteiligen zu können:

„Wir haben gesagt es muss zumindest etwas für die Jugendlichen herauskommen (...), dass Geflüchtete nicht in einem Hilfsprojekt sind, sondern dass es Empowerment gibt und die Gesellschaft sieht: das sind nicht nur Hilfsempfänger, die tun und können was.“

Dass diese Zielsetzung wirksam realisiert werden konnte, wurde in einem Gruppengespräch deutlich; dort haben die beteiligten Jugendlichen immer wieder die Bedeutung der durch das Teilprojekt angestoßenen Stärkung der eigenen Persönlichkeit hervorgehoben:

A: „Ja ich glaube wir lernen bei **[Projekt x]** auch etwas für uns selbst. Zum Beispiel hast du [zu einem anderen Jugendlichen] eine ganze Gruppe moderiert. Wir lernen, wie wir selber stark werden können. Das ist etwas Besonderes, finde ich.

F: Und man kann viele Sachen lernen, die ich vorher nicht konnte. Ich kann von anderen Leuten lernen.

B: Genau. Als ich vor etwa zwei Jahren nach Deutschland gekommen bin, konnte ich mit Leuten kein Deutsch reden. Dann bin ich zu **[Projekt x]** gekommen, ich konnte dort einfach so richtig mit Leuten reden und dadurch mein Deutsch verbessern.

A: Ich spreche Deutsch, das ist für mich kein Problem, aber ich war immer sehr schüchtern und ich glaube **[Projekt x]** hilft mit fremden Menschen ins Gespräch zu kommen oder wenn es schwierige

Situationen gibt. Es kamen ja immer wieder Leute [AfD Anhänger*innen oder andere Menschen mit fremdenfeindlicher Einstellung³⁸] vorbei, ich habe gelernt, wie man damit umgeht.“

Ein zentraler Bestandteil des Teilprojektes war auch die Mitarbeit der Jugendlichen an einer Containerausstellung, die sich mit dem Thema Flucht beschäftigt. Die Mitglieder der Jugendgruppe nahmen darüber hinaus auch gemeinsam mit den Fachkräften an einer Seebrücke-Demonstration und bei Protesten gegen eine AfD-Veranstaltung teil. Mit dieser Aktion wurde auch die Zielsetzung verfolgt, dass die Jugendlichen Formate politischer Beteiligung kennenlernen, mit denen eigene Interessen öffentlich vertreten werden können.

Die Fachkräfte der verbandlichen Jugendarbeit, die für diese Jugendgruppe zuständig sind, raten den Einrichtungen der OKJA, vermehrt Raum für Formate der politischen Bildung zu bieten und dabei auch dem Bedarf von Jugendlichen mit Fluchterfahrung nachzukommen, da diese ihrer Einschätzung nach in hohem Maß politisch interessiert sind:

„Eine Anregung für andere Jugendhäuser ist es, sich nicht davor zu scheuen politische Bildung zu betreiben oder Menschen eine politische Plattform zu geben. In dem Sinne, den Geflüchteten einen Raum auf Augenhöhe zu geben, in dem sie über politische Themen sprechen können oder in dem sie ihre Geschichten erzählen können. Die Geflüchteten haben ein totales Interesse daran zu verstehen, wie Politik hier funktioniert.“

Deutlich wird hier, dass die Annahmen der Fachkräfte aus den unterschiedlichen Standorten zum politischen Interesse junger Menschen mit Fluchterfahrung und ihrer Erreichbarkeit für Angebote der politischen Bildung sehr uneinheitlich sind. Eine naheliegende Erklärung dafür ist die mehr oder weniger große Attraktivität der Einrichtungen und der Angebote für denjenigen Teil der jüngeren Besucher*innen mit Fluchterfahrung, die sich für politische Themen und Handlungsmöglichkeiten interessieren.

In einem der beteiligten Jugendhäuser fand im Projektzeitraum ein Jugendforum mit dem Bürgermeister statt, das von einzelnen Jugendlichen des Treffs besucht wurde. Die beim Jugendforum anwesende Fachkraft berichtete, dass die wenigen anwesenden Jugendlichen ihre Interessen engagiert vertreten haben und beispielsweise mehr Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum gefordert haben. Sie äußert jedoch die skeptische Einschätzung, dass es sich bei der Veranstaltung für den Bürgermeister um einen Prestigetermin handelte, und nicht darum, den Jugendlichen wirkliche Mitbestimmungsmöglichkeiten einzuräumen:

„Der Bürgermeister war zufrieden mit dem Format. Die Jugendlichen... naja. Jemand, der schon ein bisschen Erfahrung mit dem politischen Miteinander hat, hat schnell gemerkt, dass das für ihn ein Pflichttermin ist. Dass das zwar gehört wurde aber, er hat das auch richtig formuliert: ‚Wenn wir so ein Konzept besprechen, werden wir das berücksichtigen‘. Was so viel heißt wie: ‚Danke für die Anmerkung‘.“

³⁸ Der im Gruppengespräch angesprochene Kontakt zu Menschen mit rechten Haltungen bezieht sich auf Begegnungen im Rahmen der unten erwähnten Containerausstellung.

Diese Interpretation der Intentionen des Bürgermeisters legt es nicht nahe, mit den Jugendlichen weitere Möglichkeit zu überlegen, wie sie an die deklarierte Offenheit für ihre Anliegen mit weiteren Veranstaltungen und Aktionen anknüpfen können. Denn dies ist aus Sicht der Fachkraft von vornherein aussichtslos. Insofern tendiert diese Skepsis dazu, weiteres Engagement der Jugendlichen zu entmutigen.

Die Mitarbeiter*innen wiesen in den Interviews immer wieder darauf hin, dass politische Bildung innerhalb der Einrichtung oft in Form von persönlichen Gesprächen mit den Besucher*innen stattfindet. Insbesondere Fachkräfte aus Sachsen berichten, dass diese informelle „demokratische Bildung“ insbesondere wichtig sei, um rechtsradikalen Einstellungen unter den Jugendlichen und in deren Umfeld entgegenzuwirken. Dabei wird jedoch auch auf den in Anbetracht des mancherorts erheblichen Mobilisierungspotenzials der Rechten begrenzten Einfluss der Fachkräfte hingewiesen:

„Wir reden viel über politische Themen und Ansichten mit den Kids. Weil ja auch oftmals so Alltagsrassismus mitschwingt und wir uns klar dagegen positionieren und oft mit denen darüber reden.“

„Ich kann ja nicht jeden aufklären, deswegen versuchen wir es unseren Kindern hier demokratisch zu erklären, dass die schon mal zusammenfinden und sich nicht gegenseitig die Köpfe einhauen. Aber das muss dann so bleiben, wenn die uns verlassen. Wir fragen schon manchmal nach, wer in welchem Stadtteil rumspringt oder sich welcher Clique angeschlossen hat. Wir hatten früher Kinder und Jugendliche, die haben den Fitnessraum genutzt, da dachte ich, die kriegst du grad noch hin und dann erkennst du sie auf Bildern im Internet mit irgendeiner Gruppe und die stehen dann so [Andeutung eines Hitlergrußes] da. (...) Ich kann denen ja nicht nachreisen und fragen ‚was sie da machen. (...) Beim [Name des städtischen Fußballclubs] wird mit einer wahnsinnigen Kraft rekrutiert.“

Alle projektbeteiligten Einrichtungen nahmen während der Projektlaufzeit an den U18-Jugendwahlen zur Landtagswahl 2019 in Sachsen teil. Die Fachkräfte einer Einrichtung berichten, dass die AfD, die zum Zeitpunkt des Wahlkampfes in den als mehrheitlich konservativ-rechts beschriebenen Stadtteilen und den Medien sehr präsent war, für viele Jugendliche die einzige ihnen bekannte Partei darstellte. Diese sei für die Jugendlichen „irgendwie cool“, ohne dass ihnen Genaueres über die Ziele und Hintergründe der Partei bekannt war. Generell sei das politische Wissen der Jugendlichen sehr begrenzt gewesen, woraufhin sich mit dem Ziel der Förderung politischer Bildung zu einer Teilnahme an den U18-Wahlen entschieden wurde. Im Vorfeld der Wahl wurden die Parteiprogramme gemeinsam mit den Jugendlichen in den Blick genommen. In der Einrichtung haben sich rund 20 Jugendliche ab 14 Jahren sehr engagiert an der Auseinandersetzung mit den Parteiprogrammen beteiligt. Dass sich das Interesse der Jugendlichen zunächst sehr auf die AfD fokussierte, nahmen die Fachkräfte zum Anlass die Partei mit den Jugendlichen genauer in den Blick zu nehmen:

„Die U18-Wahl war für viele neu, die haben sich noch nicht mit Politik beschäftigt. Die kennen vielleicht die AfD und Frau Merkel, wobei sie bei Frau Merkel meistens gar nicht wissen, zu welcher Partei sie gehört. Aber die AfD kennen sie, von denen hängt bei uns ja auch die meiste Werbung. (...) Im Kontext der Wahlen waren wir zum ersten Mal mit politischer Bildung beauftragt, aufzuzeigen wie die AfD

entstanden ist, dass es da einen sehr rechten und einen konservativen Flügel gibt und was die eigentlich für Programme haben.“

Eine AfD-kritische Perspektive, die dabei von den Fachkräften eingenommen wurde, stieß bei den Jugendlichen, die dies als linke Einflussnahme interpretierten, auf Widerstand. Aufgrund dessen haben sich die Fachkräfte dazu entschieden, in den Hintergrund zu treten und den Jugendlichen die Auseinandersetzung mit den Programmen selbst zu überlassen:

„Die waren sehr überrascht und uns gegenüber auch eher skeptisch, dass wir vielleicht eher links denken, dass wir denen vor die Nase werfen, dass das was Schlechtes sei. (...) Da haben wir uns dann etwas zurückgenommen und eher die Angebote ausgelegt, damit die vielleicht selbst darauf kommen.“

An der Wahl nahmen ca. 40 Jugendliche teil. Neben den Besucher*innen der Einrichtung beteiligten sich auch Jugendliche, die von der mobilen Jugendarbeit angesprochen wurden. Die Wahlergebnisse der U-18 Wahl interpretieren die Fachkräfte als Erfolg der vorangegangenen politischen Auseinandersetzung: Obwohl die AfD zunächst die einzig bekannteste und eine beliebte Partei war, haben dann die Tierschutzpartei und die Grünen die meisten Stimmen von den Jugendlichen erhalten.³⁹

Die Fachkräfte einer anderen Einrichtung berichten ebenfalls von dem Versuch, die Jugendlichen im Vorfeld der U18-Wahlen in Gesprächen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der AfD anzuregen. Dies stellte sich jedoch als wenig erfolgreich heraus. Die Einwände der Fachkräfte wurden von den Jugendlichen abgewehrt und die AfD erhielt einen großen Anteil der Stimmen:

„Und dann gibt es natürlich die anderen, die das nicht ganz so klar in den Vordergrund stellen, die aber am Tag der U-18 Wahl sagen: ‚AfD ist geil‘ und dann müssen wieder darüber reden. (...) Ich sage dann: ‚überlege dir das doch mal, was das für Konsequenzen hat, guck dir doch mal die Sachen an, die die AfD vorhat‘. Als Antwort kommt dann: ‚das interessiert mich nicht, ich bin nur gegen das und das‘.“

Eine weitere Einrichtung, berichtet von einem dreitägigen Projekt der politischen Bildung im Vorfeld der Landtagswahlen 2019, das in Kooperation mit einer Schule in den Räumlichkeiten der Einrichtung durchgeführt wurde. Das Konzept sah die Auseinandersetzung mit Parteiprogrammen vor, die von Schulsozialarbeiter*innen, den Fachkräften der Kinder- und Jugendeinrichtung und Gemeinschaftskundelehrer*innen begleitet wurde. Am dritten Tag sollte eine Podiumsdiskussion stattfinden, bei der die Jugendlichen die Rollen der verschiedenen Parteien einnehmen und im Anschluss daran die U18-Wahlen durchgeführt werden sollten. Eine Fachkraft, die selber nicht am Projekt teilgenommen hat, berichtet, dass die bei den Jugendlichen sehr beliebte AfD im Mittelpunkt der Veranstaltung stand und die

³⁹ Bei den U-18 Wahlen 2019 in Sachsen bekamen die Grünen mit 27,3% die meisten Stimmen, gefolgt von der AfD mit 15,5%. Die LINKE erhielt 11% und die CDU 10% der Stimmen. Weitere Zahlen unter: <https://www.u18.org/vergangene-wahlen/2019-sachsen/wahlergebnisse>

Podiumsdiskussion aufgrund rechtsradikaler Stimmungsmache abgebrochen werden musste. Bei der U18-Wahl hat die AfD eine Mehrheit der Stimmen bekommen.⁴⁰

„Alle wollten immer die AfD sein. Es gab ganz, ganz viel Diskussion über die Partei. Echt ein schwieriges Thema im Stadtteil. Es haben schon echt alle rechtere Einstellungen im Stadtteil. Die Podiumsdiskussion ist völlig eskaliert und wurde dann sogar abgebrochen. (...) Bei der U18-Wahl war die AfD top im Kurs.“

Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass populistische Einstellungen unter den Besucher*innen die Fachkräfte der OKJA vor die Herausforderungen stellen, geeignete Formate der politischen Bildung für die OKJA zu erarbeiten und zu erproben.

Neben den unterschiedlichen Formaten der politischen Bildung, spielte in einigen Einrichtungen das Ermöglichen von formalen Mitbestimmungsmöglichkeiten eine zentrale Rolle bei der Etablierung einer demokratischen Kultur innerhalb der Einrichtung. An einem Standort war es Projektziel, innerhalb eines Nachbarschaftszentrums, in dem auch die OKJA angesiedelt ist, ein formales Mitbestimmungsgremium einzuführen und zu etablieren. In der ersten Projektphase fanden Wahlen für ein neu zu gründendes Komitee statt, das über ein festgelegtes Budget frei entscheiden kann. Von jeder Altersgruppe sollten zwei Vertreter*innen gewählt werden, die sich als Repräsentant*innen innerhalb des Gremiums für deren Interessen einsetzen sollten. Die Projektleitung berichtet, dass sie durch die Ausschreibung des Programmes „Geflüchtete - Demokrat*innen von Anfang an“, dazu angeregt wurden, dieses neue Beteiligungsformat auszuprobieren: „Das mit Demokratisierung in dem Projekt, das hat uns schon dazu inspiriert. Sonst hatten wir das eher so informeller.“

Bei den Wahlen wurden dann zwei Jugendliche mit Fluchterfahrung in das Komitee gewählt, was für die Mitarbeiter*innen sehr überraschend war, da diese von größeren Vorbehalten der Stammesbesucher*innen gegenüber Geflüchteten ausgegangen waren. Eine erste Aufgabe des neuen Gremiums war es, eine Hausordnung zu erarbeiten, für die im Vorfeld Wünsche aller Besucher*innen gesammelt wurden, was aus Sicht der Fachkräfte mit viel Engagement angegangen wurde:

„Das war mehr Demokratie, als wir dachten. Wir hätten nie gedacht, dass Flüchtlinge tatsächlich gewählt werden. (...) Und dann waren die natürlich top motiviert in dem Komitee alles durchzudiskutieren. Von dem her ist das jetzt eigentlich indirekte Demokratie. Die sind gewählt worden und haben mehr oder weniger die ganzen Ergebnisse von allen Altersgruppen durchdiskutiert und im Komitee diesen Endvorschlag für Charta und Regeln erarbeitet.“

Neben der Hausordnung wurde dem Komitee beispielsweise die Möglichkeit gegeben, über die Frage zu entscheiden, wie lange Kinder in der Einrichtung bleiben dürfen. Entsprechend des

⁴⁰ Genauere Informationen liegen hier nicht vor, da die am Projekt beteiligte Fachkraft zum Zeitpunkt der Erhebung nicht mehr in der Einrichtung tätig war.

Ergebnisses muss die Einrichtungsleitung nun ein Ergebnis akzeptieren, das bei einer top-down Entscheidung anders ausgesehen hätte:

„Zum Beispiel bei langer Öffnung, wie lange die Kinder bleiben dürfen, ob man die noch bis 20 Uhr reinlässt, wenn das Jugendhaus bis 22 Uhr geöffnet ist. Ja oder Nein? Ich hatte eigentlich entscheiden, die Kinder müssen um 18 Uhr gehen. Die kamen dann ganz stolz zurück und haben entschieden, dass die Kinder bis 20 Uhr bleiben dürfen. Also gut, da hab ich Pech gehabt, dann machen wird es halt so.“

Das Beispiel verdeutlicht, dass das Ermöglichen von wirksamer Mitbestimmung für Fachkräfte immer auch einen Verzicht auf Macht bedeutet, den es, möchte man das Partizipationsversprechen einhalten, seitens der Fachkräfte auszuhalten gilt, auch dann wenn dies bedeutet, Entscheidungen zu akzeptieren, welche die Fachkräfte anders getroffen hätten.

Eine weitere Herausforderung bestand aus Sicht der Fachkräfte darin, dass ein Teil der in das Komitee gewählten Jugendlichen Schwierigkeiten hatte, mit der neuen machtvollen Rolle angemessen umzugehen:

„Die Kinder und Jugendlichen ließen es zum Teil etwas raushängen, dass sie jetzt die großen Zampanos sind, und müssen da zum Teil runter geholt werden.“

Einzelne wollten beispielsweise gegen andere, mit denen sie in einem konfliktvollen Verhältnis standen, Hausverbote erteilen, was jedoch nicht durchgesetzt wurde. In Bezug auf einen der Jugendlichen berichtet der Einrichtungsleiter von problematischem Verhalten ihm selbst gegenüber, was er auf ein falsches Verständnis der Position als Komiteemitglied und der damit einhergehenden Befugnisse zurückführt:

„Dann wurde anschließend der J. ins Komitee gewählt und dann ist ihm wieder der Kamm geschwollen. (...) Der hat sich aufgespielt, als ob er jetzt das Sagen hat. Da hat er halt bei der Charta der Hausordnung bei allem mitgesprochen, und weil er überall groß im Mittelpunkt stand, hat er gedacht, er kann sich jetzt alles erlauben und hat dann beim Fußball auch den großen Macker gemacht.“

Dieses Beispiel macht deutlich, dass nicht vorausgesetzt werden kann, dass alle Kinder und Jugendlichen mit der Position, die ihnen mit einer Rolle als Repräsentant*in zukommt und der neu gewonnenen Macht, über die andere nicht verfügen, von vornherein verantwortungsvoll umgehen können. Folglich muss dies mit einem pädagogisch angeleiteten Lernprozess einhergehen, in dem den Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zur Reflexion angeboten werden. Dies wurde in einem Gespräch zum Ende des Projektes auch von der Einrichtungsleitung eingeräumt:

„Dass man ihn so an die Hand nehmen und anleiten muss Verantwortung zu übernehmen habe ich ehrlich gesagt unterschätzt und meine Kollegin auch. Ich glaube wir haben dem einfach zu schnell zu viel zugetraut und hätten das vermutlich stückweise und in kleineren Portionen bei ihm machen müssen.“

Nachdem die Arbeit des Komitees anfänglich als sehr erfolgreich beschrieben wurde und dieses Gremium nach Einschätzung der Fachkräfte auch zur Integration der Besucher*innen mit Fluchterfahrung beigetragen habe (siehe Kapitel 5.2.3.), stellte sich gegen Ende der

Projektlaufzeit heraus, dass die Kontinuität, welche Voraussetzung für die Arbeit des formalen Mitbestimmungsgremiums gewesen wäre, nicht aufrechterhalten werden konnte. Denn nur noch zwei der acht gewählten Komiteemitglieder besuchen weiterhin regelmäßig die Einrichtung. Auch hier wird die in Kapitel 3.4. angesprochene Problematik der geringen Kontinuität der Besucher*innen innerhalb der OKJA deutlich. Um die Erfolge und Schwierigkeiten des neu gegründeten Gremiums zu reflektieren und daraus Schlüsse für die Zukunft abzuleiten, planen die Fachkräfte nach dem Ende der Projektlaufzeit, Gespräche mit den gewählten Mitgliedern zu führen.

Dass formale Mitbestimmungsstrukturen, die eine kontinuierliche Teilnahme erfordern, in der OKJA schwierig umsetzbar sein können, haben auch weitere Einrichtungen geschildert. So berichtet eine Fachkraft, dass ein wöchentlicher Klubrat, der über mehrere Jahre immer wieder initiiert wurde, von den Besucher*innen der Einrichtung nicht angenommen wurde, und die Regelmäßigkeit und der dadurch entstandene verbindliche Charakter abschreckend auf die Kinder und Jugendlichen wirkte:

„Der Klubrat hatte nicht funktioniert. Dieses strukturelle ‚immer Mittwochabend um fünf‘ ist irgendwie nicht machbar. Das hat sich immer wieder zerschlagen und dass obwohl die jeden Tag da sind. Die fühlen sich eingeschränkt, wenn man sich verbindlich festlegen möchte. Die würden immer an dem Mittwoch kommen, wenn das nicht verbindlich wäre. Aber sobald diese Verbindlichkeit da ist, stresst sie das (...) Das ist eine Barriere und das macht das ganze schwieriger. Wir haben es mehrfach über die ganzen Jahre probiert aber es hat nicht funktioniert.“

In der Folge ist die Einrichtung dazu übergegangen, die Interessen und Belange der Besucher*innen in informellen Gesprächen zu erfragen. Darüber hinaus steht ein Whiteboard zur Verfügung, an das die Besucher*innen ihre Wünsche schreiben können. Jedes Jahr beteiligen sich die Besucher*innen außerdem an der Organisation eines Weihnachtsfestes. Der Zeitraum zwischen den Herbstferien und Weihnachten sei dabei „schon das höchste der Gefühle“, was den Fachkräften zufolge an kontinuierlicher Beteiligung von den Besucher*innen erwartet werden könne.

Eine andere Einrichtung berichtet ebenfalls, dass ein in der Vergangenheit wöchentlich angebotenes formales Beteiligungsmodell aufgrund fehlender Kontinuität nicht langfristig am Laufen gehalten werden konnte. Dieses sei durch das konzentrierte Zusammensitzen und den „Schulcharakter“ für viele unattraktiv gewesen. Eine erneute Initiative der Fachkräfte, das Gremium nach einem Personalwechsel und Regeländerungen wiederzubeleben, wurde von den Jugendlichen angenommen, da es diesen aktuell ein großes Anliegen ist, ein in der Einrichtung geltendes Verbot von Energydrinks aufzuheben:

„Das hat weniger stattgefunden (...), wurde aber nie so wirklich wahrgenommen, oder nicht oft. Aber jetzt gerade, mit dem Personalwechsel und sich ändernden Regeln, haben wir nochmal eines angesetzt und das wurde dann auch wieder angenommen. Gerade wenn es um Verbote geht, wollten die Kids nochmal die Chance nutzen und sich einzubringen. Wir haben ein Energy-Drink Verbot in der Einrichtung, und das ist nicht so gern gesehen. Die wollen das unbedingt abschaffen.“

Auch hier wird deutlich, dass es zwar schwierig sein kann, bei formalen Mitbestimmungsgremien dauerhafte Kontinuität aufrechtzuerhalten, diese aber auch punktuell bei besonderen Anliegen auf Initiative der Fachkräfte oder Besucher*innen aktiviert werden können. Hier zeigt sich die Möglichkeit einer Mischform im Sinne eines Gremiums, das den Besucher*innen Mitsprache und Teilhabe an Aushandlungsprozessen mit den Fachkräften ermöglicht, jedoch nicht zwangsläufig eine Regelmäßigkeit und Kontinuität in der Teilnahme erfordert.

In einer weiteren Einrichtung zeigt sich ein pragmatischer Umgang mit fehlender Kontinuität im sogenannten Klubrat, dem formalen Mitbestimmungsgremium des Kinder- und Jugendklubs. Auch wenn einzelne Kinder und Jugendliche (aktuell vier) in den Klubrat gewählt werden, haben alle Besucher*innen die Möglichkeit, sich bei den zweimal im Monat stattfindenden Treffen einzubringen und so beispielsweise bei der Angebotsplanung mitzubestimmen. Auch wenn die Beteiligung in den letzten Jahren immer wieder nachließ, wurde das Format von den Fachkräften beibehalten und die Besucher*innen immer wieder angeregt, dort ihre Interessen einzubringen. Denn auch wenn das Angebot zeitweise ungenutzt bleibt, gibt es immer wieder Situationen, beispielsweise zur Planung des Ferienprogramms, in denen Kinder und Jugendliche ihre Wünsche einbringen:

„Der Klubrat ist etwas, was wir immer durchziehen. Den lassen wir nicht weg. Manchmal lässt das Interesse nach und es sind nur noch wenige Personen dabei aber wir leiern das immer wieder an. Wir machen dafür Werbung. (...) Die beste Möglichkeit ist es, den Kindern und Jugendlichen dem immer einen festen Termin mitzugeben, so dass sie wissen, wann und wie sie sich einbringen können. Das ist so ein Angebot, dass wir immer wieder machen.“

Das Gremium stellt hier also ein regelmäßiges und kontinuierliches Angebot für die Besucher*innen dar, mit der Möglichkeit sich sowohl konstant als auch punktuell einzubringen.

An einem anderen Projektstandort bestand der Kern des Konzeptes darin, dass sich die Stammesbesucher*innen, zum Großteil Jugendliche mit Fluchterfahrung, auf ein Projekt ihrer Wahl einigten und dieses gemeinsam organisieren und umsetzen konnten. Die Mitarbeiter*innen beschreiben, dass die OKJA über ein großes Potenzial verfüge, um Mitbestimmung Schritt für Schritt zu vermitteln, was ihrer Erfahrung nach innerhalb der Einrichtung erfolgreich funktioniert. Dies sehen sie auch darin bestätigt, dass Jugendliche in ihrer Einrichtung immer wieder selber Initiative ergreifen, um für Ihre Interessen einzustehen. In dem Teilprojekt sehen die Fachkräfte die Möglichkeit, in einem größeren Rahmen, für den finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, an die bereits erlernten Fähigkeiten der Besucher*innen anzuknüpfen:

„Das fängt ja schon bei der Frage an, was es zum Nachtsch geben soll. Diese ganz kleinen Abstimmungsprozesse lernen sie bei uns. Wenn sie jünger sind, meistens schon im Kids-Treff. Wenn sie mit dem Treff mitwachsen und später im Jugendtreff sind, merkt man, dass sie mitbestimmen wollen. Sie entwickeln eigene Ideen und sagen, wir stimmen jetzt ab‘ oder ‚wir haben was vorbereiten‘ oder sie kommen plötzlich mit einem Brief an unseren Chef: ‚Wir wollen einen Ausflug machen...‘. Das ist dann

total nett und wir finden das super. Deswegen haben wir uns auch über das Projekt und die Möglichkeit gefreut, Dinge im Großen zu machen.“

Nachdem zu Projektbeginn mit allen Besucher*innen Vorschläge für ein gemeinsames Projekt gesammelt wurden und die Jugendlichen sich auf ein Abstimmungsverfahren geeinigt haben, wurde entschieden, mit dem Jugendhaus den Europapark zu besuchen. Zu Beginn waren ca. 12 Jugendliche an dem Projekt beteiligt. Die genauere Planung des Ausfluges wurde von einer Kerngruppe (vier männliche Jugendliche aus Syrien im Alter zwischen 13 und 17 Jahren) übernommen, die den Fachkräften zu Folge zunächst sehr engagiert und mit großem Interesse an dem Projekt gearbeitet hat:

„Also die Jugendlichen haben sich total gut drauf eingelassen und es läuft besser als ich gedacht hätte. Sie sind motiviert da mitzuarbeiten.“

Zwei der Jugendlichen, die bei einem Besuch der Einrichtung anwesend waren, gaben als Motivation für ihr Engagement an, Lust zu haben, etwas gemeinsames zu machen und als diejenigen Besucher, die im Vergleich zu anderen schon besser Deutsch sprechen, Verantwortung übernehmen zu wollen.

Wichtig war den Fachkräften, die Jugendlichen während des Partizipationsprozesses auf Anfrage bei bestimmten Aufgaben zu unterstützen. So wurden sie beispielsweise von den Jugendlichen gebeten, sich bei der Busgesellschaft nach den Kosten zu erkundigen oder Rabatte für den Eintritt in den Vergnügungspark zu erfragen. Auch die Visualisierung im Rahmen der Planungsgruppe wurde von den Mitarbeiter*innen übernommen. Dies wurde von den Jugendlichen gewünscht, um potenziell beschämende Situationen vor der Gruppe zu vermeiden:

„Den Jugendlichen ist es peinlich, selber zu schreiben, weil sie Rechtschreibfehler machen und vor der Gruppe nicht ausgelacht werden wollen. Deshalb haben sie einstimmig beschlossen, dass alles, was erstmal verschriftlicht wird, von uns geschrieben wird.“

Neben konkreten Hilfeleistungen war auch eine ideelle Unterstützung durch die Mitarbeiter*innen für den Projekterfolg wichtig. So wurden die Jugendlichen bei auftretenden Selbstzweifeln von den Fachkräften immer wieder dazu ermutigt, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu haben:

„Sie sagen oft ‚ich kann das nicht ich bin dumm‘, das ist echt eine Standardantwort von ihnen. Daran anzusetzen und sagen, ‚doch, du kannst das sehr wohl, ich glaube daran und ich glaube, dass du das schaffst‘. Genau das sind so kleine Erfolgserlebnisse.“

Das Teilprojekt wurde von den Mitarbeiter*innen während der ersten Projektphase als sehr erfolgreich beschrieben. Dies insbesondere in Hinblick auf die große Beteiligungsbereitschaft und Motivation der Jugendlichen, was sie auch darauf zurückführen, dass unter den Besucher*innen ein großer Zusammenhalt besteht und innerhalb der Gruppe kaum Statuskämpfe zu beobachten sind. Diese positiven Ausgangsbedingungen des Gruppengefüges wurden als wichtige Erfolgsbedingung für das Teilprojekt beschrieben:

„Ich glaube aber auch, dass sie in der Clique soweit zusammengewachsen sind, dass sie Sicherheiten sowohl in der Clique, als auch bei uns haben und dass es in dem Projekt nicht darum geht, wer der Machthaber ist, sondern gemeinsam über etwas abzustimmen, was Spaß macht. (...) Das hat eine Tragfähigkeit durch viele Sicherheiten und eben dieses Gemeinschaftsgefühl entsteht dadurch nochmal neu.“

Auch der Empowerment-Gedanke spielte im Rahmen des Partizipationsprojektes eine wichtige Rolle. So lautete die entsprechende Zielformulierung: „Stärkung von Selbstwirksamkeitsgefühl, Durchhaltefähigkeit, Eigen- und Fremdverantwortung durch Beteiligung.“

Ziel des Teilprojekts war neben der Entwicklung eines demokratischen Verständnisses somit auch eine Befähigung und Bemächtigung der Jugendlichen zu mehr Autonomie. Dies war nach Einschätzung eines der beteiligten Jugendlichen auch erfolgreich:

„Wir haben gelernt, dass wir alleine arbeiten können. Zum Beispiel beim ersten Ausflug hat [Namen der Mitarbeiter*innen] alles gemacht. Jetzt machen wir es alleine.“

Trotz der erfolgreichen Planungsphase kam es kurz vor der Umsetzung des Ausfluges zu Schwierigkeiten, da sich herausstellte, dass einige Jugendliche den geplanten Termin nicht wahrnehmen können und bei anderen die Befürchtung aufkam, dass der Tagesausflug möglicherweise seitens der Familie nicht erlaubt werde. Dies führte in Verbindung mit einem Gefühl der Überforderung der Jugendlichen durch die Größe des geplanten Ausfluges zu einem Rückgang der Teilnahmebereitschaft. Diese aufgetretenen Unsicherheiten führten dann, in Verbindung mit fehlender Konstanz der Anwesenheit der Besucher*innen während und nach den Sommerferien, zu einer Neuorientierung des Teilprojektes. Anstatt den Europapark zu besuchen, entschieden sich die Jugendlichen dazu, einen Ausflug in einen kleineren und näher gelegenen Freizeitpark umzusetzen. Kurz vor dem Ausflug kam es aufgrund eines Konfliktes, der nicht mit dem Projekt in Verbindung steht, jedoch zu einer Spaltung der Gruppe und einem weiteren Wegfall von Stammesbesucher*innen, so dass die Aktion - anstatt wie zunächst geplant mit zwölf Jugendlichen - nur von fünf Jugendlichen in Begleitung zweier Fachkräfte durchgeführt wurde. Der von den Jugendlichen im Alter von 13 und 17 Jahren im Rahmen des Beteiligungsprojektes selbstständig geplante und organisierte Ausflug wurde von den Fachkräften dennoch als sehr erfolgreich beschrieben. Die Fachkräfte berichten, dass das Selbstwertgefühl der beteiligten Jugendlichen dadurch erheblich gestärkt wurde, sie immer wieder stolz von ihrem Projekt berichten und ein im Anschluss entstandenes Fotobuch allen neuen Besucher*innen und Gästen der Einrichtung präsentieren.

Die Eigeninitiative der am Teilprojekt beteiligten Jugendlichen wurde auch darin deutlich, dass diese sich bei den Fachkräften danach erkundigten, ob noch Restgelder der Projektförderung zur Verfügung stünden. In Absprache mit den anderen Besucher*innen wurde daraufhin die Initiative ergriffen, eine Tischtennisplatte für den Treff anzuschaffen. Dies mit dem Gedanken, dass auch diejenigen Besucher*innen von dem Projekt profitieren sollten, die nicht am Ausflug teilnehmen konnten:

„Die Initiative kam tatsächlich von den Jugendlichen. Was machen wir eigentlich mit dem Restgeld? (...) Das fand ich ganz schön und das ist tatsächlich auch das, was jetzt noch nachwirkt.“

Dass die beteiligten Jugendlichen das Projekt, welches ihnen die Möglichkeit gab selbstständig über finanzielle Mittel zu entscheiden, als sehr positiv erlebt haben zeigt sich auch darin, dass die Besucher*innen bereits kurz nach Abschluss des Projektes überlegen und recherchieren, wo weitere Gelder für ein Nachfolgeprojekt beantragt werden könnten:

„Jetzt planen sie auch schon wie sie eventuell dieses Jahr nochmal an Gelder kommen können, so dass sie wieder ein Budget für sich zur Verfügung haben, dass sie dann selber verplanen können.“

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bei den einzelnen Teilprojekten unterschiedliche Wege und Formate verwendet wurden, um der Zielsetzung des Programmes, Partizipation und Demokratie zu fördern, nachzukommen. Die Programmkoordination stellte den Projektstandorten diesbezüglich die Möglichkeit zur Verfügung, mit unterschiedlichen Formaten zu experimentieren und deren Eignung ergebnisoffen zu erproben.

Während es in den Einrichtungen darum ging, den Besucher*innen erste Erfahrungen mit Mitbestimmung zu ermöglichen und diese lebensweltorientiert an politische Themen heranzuführen, gehörten andernorts die Selbstorganisation der Jugendlichen und politisches Engagement bereits zum Alltag der Einrichtung; so beispielsweise in Form der Organisation von Demonstrationen gegen Abschiebungen oder von Musikfestivals, die von den Jugendlichen mit Unterstützung der Fachkräfte geplant und durchgeführt wurden. Dazu, welche Beteiligungsstrukturen erfolgreich sind, können für das heterogene Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in dem sich in ihren Nutzer*innen erheblich nach Alter, Bildungsstand und Partizipationserfahrungen unterscheiden, keine generalisierenden Aussagen getroffen werden. Vielmehr gilt es, gemeinsam mit den jeweiligen Besucher*innen entsprechende Formate zu finden, auszuprobieren, zu reflektieren und ggf. zu überdenken. Wie gezeigt, haben sich Formate einer politischen Bildung, bei denen die Themen von den Fachkräften vorgegeben werden, diesbezüglich nicht bewährt; vielmehr hat sich erneut bestätigt, dass OKJA dann erfolgreich sein kann, wenn sie sich an den Fragestellungen und Interessen ihrer Adressat*innen orientiert. Zudem haben sich solche Formen der Partizipation als attraktiv erwiesen, bei denen Jugendlichen wirksame Möglichkeit der aktiven Mitgestaltung und Mitbestimmung im sozialen Nahraum angeboten werden. Zudem sind Beteiligungsformen erforderlich, in denen die Möglichkeiten und die Grenzen von Mitsprache und Mitwirkung transparent, also keine illusionären Partizipationsversprechen der Ausgangspunkt sind, die dann enttäuscht werden.

6. Hinweise und Empfehlungen für die Praxis der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Auf der Grundlage der Evaluation der Teilprojekte im Rahmen des Programmes „Geflüchtete – Demokrat*innen von Anfang an“ werden im Folgenden Hinweise und Empfehlungen für die Praxis der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Arbeit mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung formuliert. Diese werden über den vorliegenden Bericht hinaus als Handreichung für Fachkräfte der OKJA veröffentlicht.

Konflikte und Vorurteile bei der Anbindung junger Menschen mit Fluchterfahrung als neue Zielgruppe

1. Antidiskriminierung und Offenheit sind wichtige Elemente einer „Willkommenskultur“ der OKJA. Die Zielsetzung, eine „Willkommenskultur“ für junge Menschen mit Fluchterfahrung in Jugendhäusern zu etablieren, stellt jedoch keinen harmonischen Weg der gegenseitigen Öffnung dar, der konfliktfrei bewältigt werden kann. Die Bewältigung dieser Konflikte und Schwierigkeiten erfordert bei den Fachkräften Durchhaltevermögen und (Selbst-)Reflexion. Das unterscheidet Offene Kinder- und Jugendarbeit mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung jedoch nicht grundsätzlich von der Arbeit mit anderen Zielgruppen. Konflikte in der OKJA sind nichts Außergewöhnliches, sondern immer dann der Normalfall, wenn Jugendarbeit tatsächlich für Besucher*innen mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen und Interessen offen ist. Auftretende Konflikte sind zudem keinesfalls als prinzipiell negativ zu bewerten, sondern können auch Anlässe für spezifische pädagogische Interventionen und Lernprozesse sein.
2. Direkte persönliche Begegnungen sind ein entscheidendes Mittel, um Vorurteile abzubauen. Erst diese bieten die Möglichkeit, einer wechselseitigen Wahrnehmung als Individuum mit jeweiligen persönlichen Stärken und Schwächen. Um Vorurteile abzubauen, müssen diese Begegnungen jedoch bestimmten Kriterien entsprechen:
 - Die Begegnungen finden in einer freundlichen und zwanglosen Umgebung statt.
 - Die Begegnung ist auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet, das nur durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten erreicht werden kann. Diesbezüglich hat sich in den Teilprojekten gezeigt, dass insbesondere spezifische Gruppenangebote, die mit gemeinsamen Aktivitäten verbunden sind, eine positive Kontaktaufnahme eher begünstigen als Begegnungen im Offenen Betrieb.
 - Die Begegnungen finden auf Augenhöhe – d. h. unter Gleichrangigen und Gleichberechtigten – statt. Bei der Begleitung der Teilprojekte wurde deutlich, dass insbesondere die offenen Bereiche der Einrichtungen oftmals von

bestimmten Stammbesucher*innen oder Cliques besetzte und somit von Dominanzverhältnissen geprägte Räume sind. Es muss daher in den Blick genommen werden, dass ein Kontakt zwischen neuen Zielgruppen und Stammbesucher*innen nicht per se eine Begegnung auf Augenhöhe darstellt – dies auch unabhängig von den ohnehin gegebenen Ungleichheiten, die durch ihre soziale Situation (z. B. Aufenthaltsstatus, Sprachkompetenz, Bildungssituation) bedingt sind.

- Möchte man dem Anspruch der Gleichberechtigung der Besucher*innen gerecht werden, gilt es Angebotsformate und Strukturen zu realisieren, in denen Ungleichheiten und Statusunterschiede, beispielsweise zwischen Stammbesucher*innen und neuen Besucher*innen, an Relevanz verlieren und aufgebrochen werden können. Diesbezüglich wurden von den Einrichtungen insbesondere sportliche und erlebnispädagogische Ansätze als erfolgreich beschrieben. Zudem wurde das Potenzial von Formaten deutlich, in denen es für junge Menschen mit Fluchterfahrung möglich ist, eigene Fähigkeiten einzubringen und damit die Rolle von Hilfsempfänger*innen zu verlassen.
 - Wichtig für den Abbau von Vorurteilen ist auch, dass demokratische und menschenrechtliche Werte in Jugendhäusern in sichtbarer und glaubwürdiger Weise vertreten und gelebt werden. Dafür ist es auch bedeutsam, dass Einrichtungen der OKJA sich für die Rechte von Geflüchteten einsetzen und diese auch gemeinsam mit den Stammbesucher*innen thematisieren.
3. Der Beziehungsaufbau zu neuen Besucher*innen und die Prozesse, in denen bisherige Stammbesucher*innen und neu hinzugekommene ihrer Beziehungen zueinander aushandeln, benötigen Zeit. In der Planung und Reflexion ist es wichtig, sich Klarheit darüber zu verschaffen, welche Zeiträume dafür als erwartbar und angemessen gelten. Das heißt z. B.: Wie lange es sinnvoll sein kann, abzuwarten und zu beobachten, wie sich der Verhältnis von Stammbesucher*innen und Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung entwickelt und was der richtige Zeitpunkt für pädagogische Angebote und ggf. Kriseninterventionen ist.
 4. Projekte, mit denen die Anbindung junger Menschen mit Fluchterfahrung an die Offene Kinder- und Jugendarbeit angestrebt wird, finden in einem gesellschaftlichen Kontext statt, in dem Ablehnungshaltungen und Vorurteile gegenüber Geflüchteten einflussreich sind. Die sich daraus ergebenden Problemlagen und Konflikte machen nicht an den Eingangstüren der Jugendhäuser halt. Es kann deshalb nicht davon ausgegangen werden, dass die Bereitschaft der Stammbesucher*innen und auch der Fachkräfte, jungen Menschen mit Fluchterfahrung den Zugang in das Jugendhaus zu erleichtern, selbstverständlich und generell gegeben ist. An der Stelle ist die Reflexion eigener Haltungen und eben auch eigener Vorurteile unabdingbar. Eine klare fachpolitische Positionierung gegen rassistische, nationalistische und rechtsradikale

Ablehnungshaltungen ist wichtig, um demokratische und menschenrechtliche Haltungen innerhalb der Einrichtungen der OKJA zu stärken.

5. Widerstände von Stammbesucher*innen gegenüber einer Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung können daraus resultieren, dass sich das Interesse der Stammbesucher*innen, das Jugendhaus als einen Ort zu verteidigen, den man weitestgehend exklusiv nutzen kann, mit spezifischen Vorurteilen gegenüber Geflüchteten und Ablehnungshaltungen überlagert. Zudem sind Ablehnungshaltungen gegenüber Geflüchteten für Jugendliche auch eine Möglichkeit, Gefühle eigener Benachteiligung zu artikulieren; es kann sich für sie deshalb als gerechtfertigt darstellen, den aus ihrer Sicht ohnehin „privilegierten“ Geflüchteten den Zugang zum „eigenen“ Jugendhaus zu erschweren.
6. Um Maßnahmen, die zu einer Öffnung von Jugendhäusern für junge Menschen mit Fluchterfahrung beitragen, bei vorhandenen Abwehrhaltungen der Stammbesucher*innen sinnvoll und gezielt einsetzen zu können, ist es u. E. zunächst unverzichtbar, die Gründe von Ablehnungshaltungen sowie deren Funktionalität genauer zu analysieren. Das wiederum setzt funktionierende Beziehungen voraus, die Fragen nach biografischen Hintergründen, Einstellungen und (Vor)Urteilen zulassen.
7. Im Programm wurde deutlich, dass es den Mitarbeiter*innen im fachlichen Austausch schwer fiel, problematische Verhaltensweisen von einzelnen Jugendlichen mit Fluchterfahrung zur Sprache zu bringen, da sie nicht in den Verdacht geraten wollten, selbst Vorurteile zu haben oder diese zu verstärken. Angesprochen ist damit die Schwierigkeit, problematische Verhaltensweisen (auch) von Jugendlichen mit Fluchterfahrung in einer politisch aufgeladenen Atmosphäre anzusprechen, ohne in falsche Verallgemeinerung zu verfallen und ohne dass dies als Bestätigung von Vorurteilen missverstanden wird. Eine fachliche Kommunikation, auch über mögliche Schwierigkeiten und Konflikte mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung in der OKJA, ist unserer Meinung nach jedoch wichtig, um einen konstruktiven Umgang mit diesen zu finden. Gefragt ist an der Stelle eine reflektierte, achtsame und vor allem differenzierte Sprache.
8. Es zeigte sich, dass die Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung bei einzelnen Mitarbeiter*innen mit verschiedenen Befürchtungen verbunden ist und auch diese nicht generell frei von Vorurteilen und kulturalisierenden Annahmen gegenüber der neuen Zielgruppe sind. In Gesprächen wurde zudem deutlich, dass muslimische Religiosität von einigen Mitarbeiter*innen eher ablehnend beurteilt wird, weil damit antidemokratische und frauenfeindliche Tendenzen assoziiert werden. Um als Einrichtung Akzeptanz von Vielfalt zu realisieren und Ausgrenzung zu vermeiden, gilt es einen respektvollen und pragmatischen Umgang mit unterschiedlichen religiösen Orientierungen zu praktizieren. In der allgemeinen pädagogischen Arbeit bedeutet dies auch, Klarheit über eigene Wertehaltungen zu haben und Grenzen gegenüber

menschenfeindlichem Verhalten und Äußerungen unabhängig von der (angenommenen) Religiosität einzelner Besucher*innen zu setzen. Aushandlungs- und Reflexionsprozesse auf Teamebene und die Verständigung über gemeinsame pädagogische Ziele sind wichtige Schritte hin zu einer Öffnung von Einrichtungen der OKJA für neue Zielgruppen, die ebenfalls Zeit brauchen.

9. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung sind wir zu der Einschätzung gelangt, dass ein Bedarf an Fortbildungsmaßnahmen besteht, welche die Fachkräfte bei der Reflexion eigener Erfahrungen unterstützen. Zudem sollten sie zu einer kritischen Auseinandersetzung mit eigenen Stereotypen und Vorurteilen anstoßen sowie Anregungen für den pädagogischen Umgang mit rassistischen und antidemokratischen Einstellungen der Besucher*innen geben.

Fragen für die Reflexion:

- Gibt es im Jugendhaus Situationen, Angebote und Räume, in denen eine Begegnung von Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung „auf Augenhöhe“ stattfinden kann? Wie fördere ich genau diese Art der Begegnung? Wie gehe ich mit dabei ggf. auftretenden Konflikten um?
- Welche Elemente (z.B. Gestaltungsprinzipien, Regeln, Interventionen) sorgen dafür, dass Hierarchien abgebaut werden oder weniger relevant in der Begegnung sind?
- Welche offenen oder verdeckten Vorurteile gibt es auf Seiten der Stammbesucher*innen gegenüber anderen Jugendlichen, die einer vermeintlichen Gruppe zugeordnet werden (z.B. „die“ Geflüchteten)? Auf welche Weise werden diese Vorurteile mit den Jugendlichen besprochen?
- Welches Konzept, wie mit gruppenbezogenen Abwertungen in der Einrichtung umgegangen wird, gibt es? Wie thematisieren wir eventuelle Benachteiligungs- und Diskriminierungserfahrungen auch der Stammbesucher*innen?
- Für welche Werte und Normen steht mein Jugendhaus? Auf welche Weise werden diese für alle sichtbar, nachvollziehbar und erlebbar?
- Wie spüren wir als Fachkräfte eigene Vorurteile auf? Auf welche Weise werden in unserem Team Diversität und diversitätsbewusste Perspektiven besprochen?
- Wie wird eine differenzierende, diskriminierungskritische pädagogische Haltung im Team erreicht? Welche Reflexionsräume und Möglichkeiten der Weiterbildung gibt es für die Fachkräfte?
- Welche Zielgruppen wollen wir erreichen? Welche erreichen wir tatsächlich? Gibt es Kooperationsprojekte mit anderen Trägern, um neue Zielgruppen zu erreichen?

Zugänglichkeit und Hürden der Offenen- Kinder- und Jugendarbeit

10. Der offene Betrieb gilt in der Fachdiskussion als das zentrale und niedrigschwellige Angebot der OKJA. Die Erfahrungen aus dem Projekt legen jedoch die Einschätzung nahe, dass insbesondere der Bereich des offenen Betriebes seinem Anspruch der Zugänglichkeit nicht gerecht wird, sondern eher von Ausgrenzungsmechanismen und Zugangsbarrieren für neue Zielgruppen geprägt ist:
- a) Bereits die Präsenz von einer als homogen wahrgenommenen Stammbesucher*innenschaft kann anderen Jugendlichen das Gefühl von Nicht-Zugehörigkeit, Fremdheit oder nicht-erwünscht-sein vermitteln. Dadurch können diese von einem (weiteren) Besuch der Einrichtung, insbesondere des offenen Treffs, abgehalten werden, auch ohne, dass bewusste Ausgrenzung stattfindet.
 - b) Dominanzverhältnisse zwischen etablierten und neuen Besucher*innen, die insbesondere im Offenen Betrieb erwartbar sind, können den Abbau von Vorurteilen durch Begegnung erschweren.
 - c) Eine weitere Zugangsbarriere für junge Menschen mit Fluchterfahrung zum offenen Bereich resultiert daraus, dass die Strukturprinzipien und Zielsetzungen Offener Kinder- und Jugendarbeit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung sowie deren Familien weitgehend unbekannt und deren Sinn für sie auch nicht unmittelbar einsichtig ist. Das kann zunächst zu Verunsicherung führen – die gerade junge Geflüchtete ohnehin häufig erleben. Aufsuchende Arbeit, Beziehungsarbeit mit den Familien der Geflüchteten oder öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie beispielsweise interkulturelle Feste, können wichtige Stützen in der Vermittlung sein.
 - d) Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Besuch eines Jugendhauses für alle Jugendlichen attraktiv ist. So beschrieben einige Jugendliche mit Fluchterfahrung, die als Zielgruppe angeworben werden sollten, kein Interesse an einem Jugendhausbesuch zu haben, da sie dort keine Möglichkeiten wahrnahmen, die eigene Freizeit aktiv zu gestalten. Auch nahmen die Jugendlichen das schlechte Image des Jugendhauses in der Kommune wahr und befürchteten, dass der Aufenthalt dort einen schlechten Einfluss auf sie habe.
11. In den Teilprojekten zeigte sich dementsprechend, dass neue Zielgruppen, insbesondere Jugendliche mit Fluchterfahrung, eine intensive Begleitung durch die Fachkräfte brauchen, um sich in der OKJA zurecht zu finden und darauf bezogene Unsicherheiten abzubauen. Durch eine Begleitung können die Jugendlichen an Möglichkeiten herangeführt werden, den offenen Raum selbstständig zu nutzen. Die in der OKJA vorhandenen Freiräume und die dadurch gegebenen Möglichkeiten gilt es den (neuen) Besucher*innen verstehbar zu machen. Sie erschließen sich dieser Zielgruppe nicht unmittelbar und selbstverständlich. Dazu sind in Einrichtungen der OKJA ggf. konzeptionelle Klärungsprozesse erforderlich, in denen eine Verständigung über die

Funktion und den pädagogischen Sinn des offenen Betriebs sowie sein Verhältnis zu Projekten und Gruppenangeboten erfolgt. Es gilt dabei auch Überlegungen dazu anzustellen, wie Brücken und Übergänge zwischen den unterschiedlichen Angebotsformen geschaffen werden können.

12. Das Anbieten konkreter Gruppenaktivitäten, die den offenen Betrieb ergänzen und zu denen im Rahmen von aufsuchender Arbeit eingeladen werden kann, stellt eine mögliche Strategie dar, um neuen Besucher*innen den Zugang zu erleichtern. Diese haben einen für Jugendliche und ihre Familien erkennbaren Sinn und Gebrauchswert und sie bieten einen relativ niedrigschwelligen Rahmen für ein Ankommen und Zurechtfinden in der Kinder- und Jugendarbeit. Angebote wie Fußball, Selbstverteidigung, Kochen etc., die durch Fachkräfte betreut werden, wurden in den Projektkonzeptionen als ein geschützter Rahmen beschrieben, in dem das Ankommen und Kennenlernen leichter fällt als im offenen Betrieb.
13. Die Erfahrungen der Teilprojekte haben gezeigt, dass spezifische Angebote für Mädchen eine Möglichkeit sein können, um Mädchen mit Fluchterfahrung den Zugang zu Angeboten der OKJA zu ermöglichen.
14. Auch die aufsuchende Arbeit, die im Rahmen der Teilprojekte als langfristiger Vertrauens- und Beziehungsaufbau zur neuen Zielgruppe beschrieben wird, kann als wichtige Strategie zur Anbindung junger Menschen mit Fluchterfahrung an die OKJA festgehalten werden. Insbesondere Fachkräfte aus der Arbeit mit Geflüchteten stellten sich als wichtige Multiplikator*innen heraus.
15. Es zeigte sich auch als bedeutsam, dass die Jugendlichen den Ort sowie den Weg in die Einrichtung der OKJA (gut) kennen. So kann es beispielsweise hilfreich sein, die Kinder und Jugendlichen bei einem ersten Besuch zu begleiten. Bring- und Holdienste wurden zudem als anstrengenswert beschrieben, konnten jedoch bei den beteiligten Einrichtungen aufgrund fehlender Ressourcen nicht angeboten werden.
16. Es ergaben sich zudem Hinweise auf das Potenzial einer Zusammenarbeit der OKJA mit der verbandlichen Jugendarbeit. Eine Kooperation zwischen der verbandlichen und Offenen Kinder- und Jugendarbeit könnte eine Chance für beide Arbeitsfelder darstellen, die auch in Hinblick auf die Anforderungen der Jugendbeteiligung, sowie der Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung, wichtige Synergieeffekte ermöglichen könnte. Hier stellt sich die Frage, warum derartige Kooperationen weder in der Praxis verbreitet sind noch in der Fachdiskussion aufgegriffen werden, wohingegen die Zusammenarbeit mit Schulen weit verbreitet ist. In Hinblick auf die Anbindung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung könnte insbesondere auch die Kooperation mit Migrant*innenselbstorganisationen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren und Initiativen aus der Arbeit mit Geflüchteten eine wichtige Rolle spielen.

Fragen für die Reflexion:

- Wie erkläre ich neuen Zielgruppen, was OKJA ist und auf welche Weise sie selbst von der OKJA profitieren können? Welche Ideen, Konzepte, Vorlagen gibt es für die Vermittlung der Chancen und Möglichkeiten der OKJA?
- Was bedeutet es für die Einrichtung/für das Team, wenn eine Zielgruppe „erreicht“ wird? Woran bemisst sich das, über die bloße Anwesenheit im Jugendhaus hinaus?
- Wie wird eine Balance zwischen offenem Betrieb und zielgruppenspezifischen, inhaltlich vorstrukturierten Angeboten hergestellt? Was sind die Kriterien dafür? Wen erreichen wir mit dem offenen Betrieb, wen mit den inhaltlich vorstrukturierten Angeboten? Lassen sich die beiden Bereiche miteinander verbinden?
- Welche Angebote der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit sind in der Einrichtung bekannt? Wie könnte eine Kooperation aussehen?

Tipp: „15 Punkte für eine Willkommenskultur in Jugendeinrichtungen“ (Amadeu Antonio Stiftung) https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/15-punkte-plan_web-2.pdf

Hinweise und Empfehlungen für Beteiligungsprojekte

17. In den Teilprojekten mit Ausrichtung auf Beteiligung und politische Bildung zeigte sich, dass diese nur dann erfolgreich waren, wenn die Themen und Formate sich an den Fragestellungen und Interessen ihrer Adressat*innen orientieren und nicht von den Fachkräften vorgegeben wurden. Es bleibt jedoch die Aufgabe, die Fragestellungen und Interessen ins „Politische“ zu übersetzen. Denn von Politik und politischer Bildung zu reden ist nur dann sinnvoll, wenn es auch um die Frage nach der anzustrebenden Gestaltung der Gesellschaft, die Aufgaben politischer Institutionen und Akteure sowie damit zusammenhängende Kontroversen und Konflikte geht.
18. Es haben sich solche Formen der Partizipation als attraktiv erwiesen, bei denen Jugendlichen wirksame Möglichkeit der aktiven Mitgestaltung und Mitbestimmung im sozialen Nahraum angeboten werden.
19. Es sind Beteiligungsformen erforderlich, in denen die Möglichkeiten und die Grenzen von Mitsprache und Mitwirkung transparent, also keine illusionären Partizipationsversprechen der Ausgangspunkt sind, die dann enttäuscht werden.
20. Für einige Teilprojekte war die kontinuierliche und aufeinander aufbauende Arbeit mit einer konstanten Gruppe eine zentrale Zielsetzung. Die angestrebte Kontinuität war auch aufgrund der spezifischen Strukturmerkmale der OKJA kaum erreichbar. Im Rahmen von Förderprogrammen könnte es die Umsetzung von Projekten in der OKJA

erleichtern, wenn der Fokus auf Aktivitäten gelegt würde, die keine kontinuierliche Teilnahme erfordern. So etwa auf die Unterstützung der Planung und Initiierung von Veränderungen, die Sensibilisierung der Fachkräfte und Besucher*innen für bestimmte Themen oder den Aufbau von Kooperationen, beispielsweise mit Initiativen oder Unterkünften für Geflüchtete, Schulen oder der verbandlichen Jugendarbeit.

21. Dass sich innerhalb des Projektes die Umsetzung aufeinander aufbauender Partizipationsstufen nicht realisieren ließ, bedeutet jedoch keineswegs, dass der Partizipationsanspruch innerhalb der OKJA herabgesetzt werden sollte. Ziel soll es vielmehr sein, immer wieder neue Impulse für unterschiedliche und situationsangemessene Formen der Partizipation und der politischen Bildung zu setzen.
22. Da sich die Konzeptionsentwicklung und das Formulieren konkreter Projektziele für einige Fachkräfte als Herausforderung darstellte, wäre es für zukünftige Förderprogramme hilfreich, der Bewerbungsphase eine Fortbildung oder andere Unterstützungsangebote zur Entwicklung der Projektkonzeption voranzustellen.

Fragen für die Reflexion

- Welche Möglichkeiten haben die Besucher*innen unserer Einrichtung, sich aktiv an Entscheidungen zu beteiligen?
- Auf welche Weise identifizieren wir, welche Themen für Jugendliche relevant sind?
- Welche Gründe gibt es, für die Jugendlichen, sich zu beteiligen?
- Wie wird den Jugendlichen Beteiligung als demokratische, politisch bedeutsame Erfahrung vermittelt?
- Wie gelingt es, Jugendliche mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen für den Beteiligungsprozess zu gewinnen?
- Wie werden die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses dokumentiert und öffentlich präsentiert, v. a. für die beteiligten Jugendlichen und Entscheidungsträger*innen? Auf welche Weise werden die Ergebnisse zeitnah umgesetzt?

Literatur

- Allport, G. W. (1954 /1971): Die Natur des Vorurteils. Köln: Kiepenheuer & Witsch
- Amadeu Antonio Stiftung (o. J.): 15 Punkte für eine Willkommensstruktur in Jugendeinrichtungen. Aufrufbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/juan/15-punkte-plan_web.pdf
- Barlow, F.K./Hornsey, M. J./Thai, M./Sengupta, N. K/Silbey, C. G. (2013): The Wallpaper Effect: The Contact Hypothesis Fails for Minority Group Members Who live in Areas with a High Proportion of Majority Members. PLOS ONE, 8(12). S. 1–8
- Böhnisch, L./Münchmeier, R. (1990): Pädagogik des Jugendraums. Weinheim und München
- Cremer, H. (2014): Uneingeschränkte Rechte für junge Flüchtlinge. Zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend und des Integrationsausschusses des Landtags NRW. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte
- Deinet, U./ Krisch, R. (2003): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deinet, U./Krisch, R. (2013): Das sozialräumliche Muster in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet/Sturzenhecker (Hrsg.) Handbuch Offene Jugendarbeit. S. 311–324. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- Elias, N./Scotson, J. L. (1993): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt: Suhrkamp Verlag
- Espenhorst, N. (2013): Kinder zweiter Klasse: Bericht zur Lebenssituation junger Flüchtlinge in Deutschland an die Vereinten Nationen zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes. München: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e. V.
- Etiemble, A./Zanna, O. (2013): „Des typologies pour faire connaissance avec les mineurs isolés étrangers et mieux les accompagner“. In: Topik. Mission de recherche Droit et Justice. Convention de recherche, S. 12–22
- Frechtling, J.A. (2007): Logic Modeling. Methods in Program Evaluation. San Francisco: JosseyBass
- Höfflin, P./Bartz, A. (2017): Reichweitenuntersuchung zur offenen Kinder- und Jugendarbeit in Ludwigsburg, Leonberg, Weil der Stadt und Holzgerlingen Abschlussbericht zum Teilprojekt: Durchführung einer repräsentativen Jugendbefragung
- Icking, M. (2019): Ergebnisse einer bundesweiten Befragung von Einrichtungen der OKJA in der Flüchtlingsarbeit. In: Deinet U. (Hrsg.) Herausforderung angenommen. Offene Kinder und

Jugendarbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Weinheim/Basel: Belz Juventa, S. 46–66

Krisch, R. (2009): Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende Verfahren. Weinheim und München

Lechner, C./Huber, A. (2017): Ankommen nach der Flucht. Die Sicht begleiteter und unbegleiteter junger Geflüchteter auf ihre Lebenslagen in Deutschland. München: Deutsches Jugendinstitut

Lempp, M./ Möller, K./Nolde K./ Schumacher, N. (2017): Mit Rückgrat gegen PAKOs!

Mohnke, M./Breit, H. (2017): Jugendarbeit für den Raum Freiburg Abschlussbericht zur Untersuchung im Rahmen des Förderprogramms Reichweitenuntersuchungen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit. Freiburg

Möller, K./Neuscheler, F. (Hrsg.): Wer will die hier schon haben? Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer

Oulios, M. (2015): Blackbox Abschiebung – Geschichte, Theorie und Praxis der deutschen Migrationspolitik. Frankfurt: Suhrkamp

Owen, J.M./Rogers, P.J. (1999): Program Evaluation. Forms and Approaches. London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage

Rauschenbach, T (2010): Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Dortmund, Frankfurt a.M., Landshut, München im März

Scherr, A. (1997): Subjektorientierte Jugendarbeit. Weinheim und München

Scherr, A. (2005): Konzeptionen Entwickeln. In: Deinet, U./ Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, 3. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 613–622

Scherr, A. (2015a): Subjektorientierte Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 297–310

Scherr, A. (2015b): Abschiebungen. Verdeckungsversuche und Legitimationsprobleme eines staatlichen Gewaltakts. In: Felixberger, Peter/ Nassehi, Armin (Hrsg.): Kursbuch 183: Wohin flüchten? Hamburg: Murmann, S. 60–74

Scherr, A./ Yüksel, G. (Hrsg.) (2016): Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit. Neue Praxis, Sonderheft 13. Neuwied: Verlag Neue Praxis

Scherr, A.(2017): Die Abschwächung moralischer Empörung. In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung, H. 1, S. 88–105

- Scherr, A./Inan, C. (2017): Flüchtlinge als gesellschaftliche Kategorie und als Konfliktfeld. In: Ghaderi, Cinur /Eppenstein, Thomas (Hrsg.): Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge. Wiesbaden: Springer VS, S. 113–128
- Scherr, A. (2018a): Flüchtlinge, nationaler Wohlfahrtsstaat und die Aufgaben Sozialer Arbeit. In: Bröse, Johanna/ Faas, Stefan/Stauber, Barbara (Hrsg.): Flucht. Herausforderungen für die Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 37–60
- Scherr, A. (2018b): Ablehnung und Solidarität gegenüber Geflüchteten. In: Möller, Kurt/Neuscheler, Florian (Hrsg.): Wer will die hier schon haben? Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer, S. 165–183
- Scherr, A. (2019): Junge Flüchtlinge – eine Bewährungsprobe für die Offene Jugendarbeit Albert. In: Dienet, U. (Hrsg.) Herausforderung angenommen. Offene Kinder- und Jugendarbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa. S. 193–202
- Scherr, A. /Yüksel, G./Breit, H./Sachs, L. (2019): Abschlussbericht der Evaluation des Programms „Vielfalt gefällt! Orte des Miteinanders“
- Schmidt, H. (2010) (Hrsg.): Empirie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden
- Schütze, F. (1996): Organisationszwänge und hoheitsstaatliche Rahmenbedingungen im Sozialwesen. In: Combe, Arno/Helsper; Werner (Hrsg.): Pädagogische Professionalität. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.183–274
- Spiegel, H. v. (2013): Konzeptionen entwickeln in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Dienet, U./ Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Handbuch offene Kinder- und Jugendarbeit, 4. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 491–501